



Worldwide. 30 Jahre GTZ. Partner für Perspektiven. Weltweit. 30 Years GTZ. Partner for t

Im Blickpunkt

Stadtmanagement

Panorama

Uganda:
Dezentral auf Draht

Usbekistan:
Brennpunkt Brutgebiet

Bolivien:
Bio-Hunter mit Renditegespür



Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Inhalt



Im Blickpunkt: Stadtmanagement



08 | Authentischer Alltag

Steinmetz in Aleppo.
Foto | Paul Hahn

- 08 **Authentischer Alltag**
SYRIEN: Stadtmanager führen Altstadtbewohner von Aleppo zurück in bewährte Strukturen
- 13 **Konzepte ohne Abrissbirne**
CHINA: Yangzhou will Ökostadt werden, und Prozessberater helfen dabei
- 17 **Allianz gegen die Armut**
Interview mit Peter Palesch, dem Stadtstrategen der Cities Alliance
- 18 **Masterplan für den Merkato**
ÄTHIOPIEN: Infrastruktur belebt Handelszentrum von Addis Abeba
- 21 **Low Cost Housing**
ÄTHIOPIEN: Wohnhausbau-Konzept wird Selbstläufer
- 22 **Tritt auf die Verkehrsbremse**
RUMÄNIEN: Sibiu/Hermannstadt entdeckt den öffentlichen Raum
- 26 **Die Welt wird Stadt**
Prozessorientierte GTZ-Expertise für gutes Stadtmanagement



Panorama



28 | Dezentral auf Draht

Energie für Haus und Wirtschaft.
Foto | Thomas Veser

- 28 **Dezentral auf Draht**
UGANDA: Politik leitet Energie in Entwicklung armer ländlicher Gebiete
- 31 **Aids im Abseits**
SÜDAFRIKA: Fußball geht gegen Immunschwäche in die Offensive
- 33 **An vielen Fronten gegen Aids**
- 34 **Brennpunkt Brutgebiet**
USBEKISTAN: Wie die GTZ die Heuschreckenplage am Aralsee eindämmt
- 38 **Feilen am EU-Fahrplan**
MAZEDONIEN: Auf dem Weg zu westlichen Gesetzesstandards
- 40 **Zäsur im Paradies**
SLOWAKEI: Twinningprojekt schützt einmaligen Artenreichtum
- 43 **Bio-Hunter mit Renditegespür**
BOLIVIEN: Exquisite Bio-Produkte erobern Nischen auf dem Weltmarkt



Service



- 03 Impressum
- 04 Aktuell
- 46 Telegramm aus der Internationalen Zusammenarbeit
- 48 Alles hängt am roten Faden
GTZ präsentiert sich mit neuem Internetauftritt
- 49 Termine
- 50 Fachliteratur
- 51 Vorschau

Die Zahl der Stadtbewohner wächst weltweit täglich um 180 000 Menschen. Der Handlungsdruck auf Stadtpolitiker und -verwaltungen ist so enorm, dass ihre Kapazitäten angesichts der dynamischen Stadtentwicklung versagen. In Technischer Zusammenarbeit lassen sich jedoch wichtige Weichen stellen: mit Integrierenden Lösungsstrategien sowie mit der Förderung von Good Urban Governance und Capacity Development.

**Heidemarie
Wieczorek-Zeul,**
Bundesministerin für
wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Die Armut in den Entwicklungsländern wird zunehmend urban. Schon heute lebt fast die Hälfte der Armen in Städten. Von den zwei Milliarden Menschen, die bis 2030 zur gegenwärtigen Weltbevölkerung von sechs Milliarden Menschen hinzukommen – fast ausschließlich in den Entwicklungsländern –, werden 90 Prozent in Städten leben. Ob die UN-Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden, entscheidet sich daher auch in den Städten, vor allem in ihren informellen Siedlungen und Slums.

Die Entwicklungspolitik muss sich daher in Zukunft noch mehr den Städten zuwenden. Nicht nur, weil sie Brennpunkte von Armut, Krankheit und täglicher Gewalt vor allem gegenüber Frauen und Mädchen sind; sondern auch, weil sie Chancen für einen Ausweg aus der Armutsspirale bieten. Nicht zufällig sind Bangalore in Indien, Curitiba in Brasilien, Chengdu in China Symbole für einen Aufstieg zu wirtschaftlich starken Zentren und lebenswerten Kommunen. Die wirtschaftliche Dynamik dieser Städte wirkt weit in die ländlichen Regionen hinein und bietet Millionen von Menschen eine Perspektive.

Die Urbanisierung hat auch ihre Kehrseite: Verschmutzung von Luft und Wasser und ein hoher, häufig wenig effizienter Energieeinsatz sind Folgen eines oft hektischen Wachstums, dem sich Stadtplanung und Infrastrukturausbau stellen müssen. Die Entwicklungspolitik unterstützt eine nachhaltige Stadtentwicklung, die neue Spielräume öffnet für Wirtschaft und Beschäftigung und die oft unerträglichen Lebensbedingungen verbessern hilft: durch sicheres Trinkwasser auch in Slums, durch hygienische Sanitärversorgung, um Krankheiten einzudämmen, sowie durch umweltverträglichen Verkehr und eine Abfallwirtschaft, die die Wiederverwertung ausbaut.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz spielen dabei eine zentrale Rolle. Dies wird besonders in China deutlich, wo das Wachstum der Städte einen enormen Zuwachs des Energieverbrauchs zur Folge hat. Die Internationale Konferenz renewables 2004 in Bonn hat einen Impuls für eine Energiewende erzeugt, der bis nach China wirkt: Das Land will als Beitrag zum Internationalen Aktionsprogramm seinen Anteil an erneuerbarer Energie bis 2010 auf zehn Prozent erhöhen.

Das zeigt: Wir haben mit unserer Entwicklungspolitik erkannt, vor welchen globalen Herausforderungen wir stehen und mit welchen Programmen wir zu deren Lösung beitragen können. Auf diesem Weg werden wir voranschreiten – um in der Armutsbekämpfung und in der gerechten Gestaltung der Globalisierung verlässlich für unsere Partner in den Entwicklungsländern zu bleiben.

Heidemarie Wieczorek-Zeul



13 | Konzepte ohne Abrissbirne

Straßenszene in Yangzhou.
Foto | Christiane Kühl

18 | Masterplan für den Merkato

Im Marktzentrum von Addis.
Foto | Thomas Veser



34 | Brennpunkt Brutgebiet

„Zähne des Windes“ nennen die Bewohner am Aralsee die Heuschrecken, die die Region heimsuchen.

Foto | Thomas Grabka

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, D-65726 Eschborn, Postfach 5180; Telefon: +49 6196 790, Telefax: +49 6196 796169. Volker Franzen, Johannes Seifen

Redaktion: Jens Heine/jens.heine@gtz.de (verantwortlich) und Georg Schuler/KonzeptTextRedaktion, Mainz

Lektorat: Ursula Debus/textaction, Aschaffenburg

Layout: c m u k, Wiesbaden

Druck: Wetzlardruck GmbH, Wetzlar

Lithos: Communications!, Albecker und Haupt GmbH, Frankfurt am Main

Papier: Recyclingpapier ohne optische Aufheller

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder. Erscheinungsweise: viermal jährlich plus Sonderausgaben.

Erscheinungsdatum der vorliegenden Ausgabe: Januar 2005.

ISSN 0945-4497

Besuch an der Projektbasis

Bundespräsident Köhler hat bei seiner Reise nach Afrika mehrere Entwicklungsprojekte besucht. In Sierra Leone eröffnete er ein Trainingszentrum. In Benin setzte er sich an einen runden Tisch.

Waterloo/Sierra Leone: Bundespräsident Horst Köhler hat bei seiner Afrikareise im Dezember vergangenen Jahres mit Ehefrau Eva Köhler in Waterloo, Sierra Leone, Station gemacht. Die Gemeinde erwartete den prominenten Besuch gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der GTZ vor dem neuen Trainingszentrum des Grundbildungsprojekts. Fabio Germano, der Leiter des GTZ-Teams im Projekt, und der Gemeindevorstand begrüßten den Bundespräsidenten, der das Trainingszentrum persönlich eröffnete.

Das sierra-leonisch-deutsche Projekt zur Grundbildung für marginalisierte Jugendliche bietet ein umfangreiches Grundbildungs-



Bundespräsident Horst Köhler beim Besuch des Low-Cost-Housing-Vorhabens in Addis Abeba.
Foto | Erlbeck

angebot und bereitet Kinder und Jugendliche auf die Arbeitswelt und eine psychosoziale Betreuung vor. Die GTZ unterstützt das Projekt im Auftrag des Entwicklungsministeriums. Horst Köhler würdigte in seiner Eröffnungsrede das deutsche Engagement in Sierra Leone. Jugendliche zu unterstützen und Bildung zu fördern seien von zentraler Bedeutung. Der Bundespräsident informierte sich über die Ausbildungsangebote des Projekts im Metall- und Schmiedehandwerk, im Weben, in der Stoffverarbeitung und in der Landwirtschaft. Mit ehemaligen Auszubildenden sprach er anschließend über deren Erfahrungen und Perspektiven.

Als zweite Station seiner Afrikareise besuchte Bundespräsident Köhler das Nachbarland Benin. Programmhöhepunkte hier: zwei Round-Table-Gespräche mit Vertretern von Staat, Gemeinden und Zivilgesellschaft zu den Themen New Partnership for Africa's Development und Dezentralisierung. Der Bundespräsident eröffnete außerdem eine Fotoausstellung über das Biosphärenreservat Pendjari, das die GTZ und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) fördern. Köhler würdigte den Einsatz und die Kompetenz der Entwicklungsfachleute und sagte, er werde alles ihm Mögliche dazu beitragen, dem Thema Internationale Zusammenarbeit in der deutschen Öffentlichkeit und der Politiklandschaft mehr Gehör zu verschaffen.

Dritte Etappe seiner Afrikareise war die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba. In Begleitung von Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, besuchte Köhler ein Projekt, das die GTZ im Auftrag des BMZ und der Stadt Addis Abeba durchführt: In der so genannten Low-Cost-Housing-Technik wird in großem Stil günstiger Wohnraum geschaffen. In seiner Rede lobte Köhler das Projekt und hob hervor, dass es einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungsförderung leiste, Kaufkraft schaffe und die lokale Wirtschaft belebe. ◀

ENERGIE FÜR MILLIONEN

Nordwijk: Deutschland und die Niederlande kooperieren beim Energizing Development. Die Vereinbarung dazu unterzeichneten beide Seiten in Nordwijk. Für zunächst vier Jahre soll Deutschland mit niederländischen Geldern in Höhe von jährlich 15 Millionen Euro mehr Menschen in Entwicklungsländern den Zugang zu modernen Energieformen verschaffen. Die Niederlande wollen damit dem Ziel einen weiteren Schritt näher kommen, bis 2015 zehn Millionen Menschen aus der Energiearmut zu befreien. „Mit ihrer Erfahrung in rund 40 Ländern ist die GTZ der ideale Partner für die Niederländer, die ihrerseits keine vergleichbare Energie-Expertise haben“, sagte BMZ-Staatssekretär Erich Stather.

„Energie ist der Schlüssel zu wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung“, so Stather weiter. Die Partnerschaft wolle vor allem die besonders benachteiligten Menschen im ländlichen Raum dauerhaft versorgen. Energie soll vor allem dort hinkommen, wo Energiemangel die Menschen bisher daran hinderte, ein Einkommen zu finden. Besonders in Afrika, wo die meisten der insgesamt rund zwei Milliarden Menschen ohne Zugang zu Energie leben, sollen die Gelder der Niederländer eingesetzt werden: entweder zur Aufstockung von Programmen und Projekten, die die GTZ bereits in Partnerländern der Niederländer fördert, oder in Form neuer Projekte. Mit den Geldern lassen sich schätzungsweise weitere drei Millionen

Menschen mit Energie versorgen: fürs Kochen, Heizen und Beleuchten in privaten Haushalten, kleinen und mittleren Unternehmen sowie in sozialen und medizinischen Einrichtungen, Schulen oder Gemeindezentren.

Die Niederlande und Deutschland hatten zuletzt auf der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien, renewables 2004, ihr Engagement auf dem Energiesektor bekräftigt. Auf Einladung von Bundeskanzler Gerhard Schröder waren mehr als 3600 Teilnehmer nach Bonn gekommen, um ein Zeichen für eine globale Energiewende zu setzen. Die GTZ hatte die viel beachtete Konferenz maßgeblich mit vorbereitet. ◀

Aufbau statt Abfall

Eschborn: Um Abfälle in Entwicklungsländern besser zu beseitigen, ist die GTZ mit dem Zementhersteller Holcim eine Allianz eingegangen. Bestimmte Abfallstoffe werden in Zementöfen des Unternehmens energetisch und materiell verwertet. Die Entwicklungspartnerschaft mit Holcim, einem der weltweit führenden Konzerne zur Zementherstellung, führt der Zementwirtschaft somit billige Energie zu und beseitigt zugleich bestimmte Abfälle und Sonderabfälle auf praktikable Weise. Der Richtlinienentwurf zum Co-Processing ist die Grundlage für Verhandlungen zwischen Vertretern aus Politik, Industrie und Zivilgesellschaft in den Pilotländern Chile, Mexiko, Marokko und Philippinen. Ein langfristiges Ziel ist die internationale Anerkennung der Richtlinien durch das UN-Umweltprogramm. ◀

30 Jahre GTZ

Der 1. Januar 1975 gilt als der offizielle Geburtstag der GTZ. Das Entwicklungsunternehmen ist also im besten Alter und blickt auf drei Dekaden zurück.

Eschborn: Die GTZ feiert ein rundes Dienstjubiläum. Das Bundesunternehmen, hervorgegangen aus der Bundesstelle für Entwicklungshilfe (BfE) und der Deutschen Fördergesellschaft für Entwicklungsländer (GAWI), ist nun 30 Jahre alt. Am 12. Dezember 1974 unterschrieb der damalige Entwicklungsminister Egon Bahr den Vertrag, der die 213 Mitarbeiter der BfE mit den 414 Mitarbeitern der GAWI zusammenschloss. Die GTZ als eine GmbH im Bundesbesitz galt als beste Lösung für eine Technische Zusammenarbeit ohne formale, oft langwierige Behördenabläufe.

Seit ihrer Gründung ist die GTZ ein Unternehmen „in Entwicklung“. Dies bedeutet auch,

dass sich die GTZ den jeweiligen Anforderungen anpasst und stetig verändert. Am Anfang stand das Projekt an der Basis. Längst jedoch ist die Entwicklungszusammenarbeit dazu übergegangen, auf politische, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen in den Partnerländern einzuwirken. Die Entwicklungsfachmänner und -fachfrauen von heute müssen neben der Arbeit an der Basis auch parkettsicher in Ministerien sein.

Das GTZ-Entwicklungsmagazin Akzente, das nun ins zwölfte Erscheinungsjahr geht, wirft in den kommenden Ausgaben einige Schlaglichter auf den Wandel in der Technischen Zusammenarbeit. ◀



Bühnenreife Prinzipien

Phnom Penh: Das Thema Good Governance kam in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh bemerkenswert zur Geltung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GTZ wählen aus einem alten kambodschanischen Epos Material aus zu Fragen guter Staats- und Mitarbeiterführung sowie zum Thema Vertrauensbildung. Das Ergebnis war ein Theaterstück (Bild oben), das rund 50 Schauspieler, Musiker und Theater-

leute auf die Beine stellten. Dreimal hieß es: Vorhang auf! Thomas Engelhardt, Leiter des GTZ-Büros in Phnom Penh, sagte: „Wir wollten vermitteln, dass Good Governance kein Import aus Europa oder aus der westlichen Welt ist.“ Die Botschaft des Theaterstücks lautete vielmehr: Die Prinzipien guter Regierungsführung haben ihre Wurzeln tief in der kambodschanischen Kultur. ◀

Foto | Engelhardt



Großauftrag für die GTZ in Afghanistan: Die afghanische Regierung vertraut bei ihrem Nationalen Solidaritätsprogramm (NSP) zum Wiederaufbau des Landes auf Technische Zusammenarbeit. In Kabul unterzeichneten Mohammad Haneef Atmar, Minister für Wiederaufbau und Entwicklung und Hendrik Linneweber, GTZ-Landesdirektor Afghanistan, einen Vertrag über 16,2 Millionen Dollar. Der GTZ stehen nun zur Steuerung des NSP knapp 27 Millionen Dollar aus der Weltbankkasse zur Verfügung. Das NSP richtet sich an bis zu 15 000 afghanische Gemeinden, verteilt über alle 32 Provinzen. Lokale und internationale NGOs beraten die Gemeinden dabei, die Kleinprojekte zu planen und umzusetzen. ◀

Foto | Thomas Grabka

Premiere für Proklima

Nürnberg: Das GTZ-Programm Proklima hat den ersten deutsch-brasilianischen Workshop zum Erfahrungsaustausch in der Kältetechnik veranstaltet. In Kooperation mit der brasilianischen Handelskammer diskutierten die Teilnehmer in Nürnberg über Normen und Regularien. Gast der Veranstaltung am Rande der Klimafachmesse IKK war Ruy Barros, der Staatssekretär des brasilianischen Umweltministeriums. Hintergrund des Treffens: die Weiterbildung von 36 000 brasilianischen Kältetechnikern zur umweltfreundlichen Wartung von Kälteanlagen. Proklima fördert diese Ausbildung. Der Workshop beschäftigte sich außerdem mit Sicherheitsaspekten in der Kältetechnik und mit Alternativen zu gefährlichen Substanzen. ◀

Hilfe nach der Flut

Die GTZ hat nach der Flutwelle im Indischen Ozean sofort reagiert und ihr logistisches Netz in den Dienst der Nothilfe gestellt. Allein in Sri Lanka sind 230 Kolleginnen und Kollegen im Einsatz.



In Sri Lanka leisteten die GTZ-Teams in ihren Projektregionen Soforthilfe. Fotos | GTZ

Eschborn: Für rund 230 Kolleginnen und Kollegen der GTZ in Sri Lanka ist nach der Flutwelle die Soforthilfe das Gebot der Stunde. „Wir versorgen von der ersten Stunde an Gemeinden in unseren betroffenen Projektregionen mit Lebensmitteln, Trinkwasser und Decken“, sagte Roland Steurer, GTZ-Büroleiter in Colombo. Die Teams in Projektstandorten der überschwemmten Gebiete übernahmen Koordinationsaufgaben, betreuten Hilfsbedürftige in der Deutschen Botschaft, suchten nach Vermissten und kümmerten sich um Touristen.

In Jaffna unterstützte die GTZ im Auftrag des BMZ Flüchtlinge und Vertriebene mit Kleidung, Hygieneartikeln, Babykleidung und Nahrungsmitteln. Ein Sofortprogramm zum Bau von Notunterkünften in Dadamradchi East hat begonnen. Fischerfamilien wird bei der Existenzsicherung geholfen. In Trincomalee wird das Info-Ma-

nagement in enger Abstimmung mit lokaler Verwaltung und internationalen Organisationen koordiniert. In Batticaloa dreht sich alles um die Trinkwasserversorgung und den Bau von Notunterkünften. Mit Terre des Hommes arbeitet die GTZ bei der Gesundheitsversorgung zusammen. In Tangalle und Galle half ein Projekt mit Nahrungsmitteln; es wird vor allem den stark betroffenen Fischereisektor unterstützen. Ein DLRG-Team erhält finanzielle und logistische Unterstützung durch ein Projekt für medizinische Notversorgung entlang der Küste zwischen Weligama und Tangalle.

In Thailand half die GTZ der Deutschen Botschaft und Hilfsorganisationen bei der Koordination. In Indonesien startete ein Erkundungsteam in die Katastrophenregion. In diesen beiden Ländern gab es keine Projektstandorte in den betroffenen Regionen. ◀

Vielfältiger Fortschritt

Berlin: „Dies ist ein Dialog, in dem niemand die Lizenz zur Wahrheit besitzt“, sagte Swetlana Kolbanjowa aus Kaliningrad und brachte damit das Thema der Konferenz in Berlin auf den Punkt. Der Begriff Fortschritt in unterschiedlichen Kulturen stand dort zur Debatte. Rund 200 geladene Gäste, begrüßt von Geschäftsführer Bernd Eisenblätter, zogen im GTZ-Haus das Fazit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen zu diesem Thema, das GTZ und Goethe-Institut zuvor in einer Gemeinschaftsaktion weltweit auf die Tagesordnung gesetzt hatten: in Alexandria, Kalkutta, La Paz, Windhoek, Kaliningrad und Dresden.

Jutta Limbach, die Präsidentin des Goethe-Instituts, umschrieb das Ergebnis der einmaligen Veranstaltungsreihe zum Kulturbegriff mit den Worten: „Entwicklung ohne Kultur ist blind.“ Die kulturellen Unterschiede im Fortschrittsbegriff seien für jede Entwicklung so wichtig, dass der Dialog darüber zwischen allen Regionen der Welt nicht abbrechen dürfe, sondern intensiviert werden müsse. „Wir sollten den Austausch in den Gesellschaften und zwischen den Ländern des Südens zu diesem Thema fortsetzen“, pflichtete Adolf Kloke-Lesch bei. Der Unterabteilungsleiter im Entwicklungsministerium war sich mit den Teilnehmern der Abschlusskonferenz darin einig: Die Entwicklungsarbeit droht ins Leere zu laufen, wenn sie die Kulturen der Partnerländer nicht kennt.

Viele Veranstaltungsteilnehmer wollten sich deshalb einer gängigen Meinung nicht anschließen, wonach der Westen per se den Fortschritt bringe. Diese Art von Fortschritt sei zu sehr auf Technologie fixiert. Lebensqualität beinhalte mehr. „Wäre es nicht auch für den Westen ein Fortschritt, wenn er von Indern und Namibiern, von Russen, Ägyptern und Bolivianern bewährtes Kulturgut übernehmen würde?“, fragten Teilnehmer der von GTZ und Goethe-Institut angeregten Debatte zurück. Die Antwort auf die Frage nach dem Fortschrittsbegriff verberge sich jedenfalls in der Vielfalt der Kulturen. ▶

Roland Knauer



Jutta Limbach, Präsidentin des Goethe-Instituts, im GTZ-Haus in Berlin. Foto | Wassermeyer

Saubere Standards

Die algerische Wirtschaft bereitet sich auf eine Assoziation mit der EU vor. Eine Entwicklungspartnerschaft mit Henkel zeigt auf, vor welchen Problemen algerische Unternehmen dabei stehen und wie sie sich lösen lassen.

Algier: Als sich das Düsseldorfer Unternehmen Henkel im Jahr 2000 am algerischen Waschmittelhersteller ENAD beteiligte, war dies eine der ersten großen Privatisierungen nach rund zehn Jahren Bürgerkrieg in dem nordafrikanischen Land. Die algerischen Unternehmen stehen mit dem WTO-Betritt, der EU-Assoziation und der geplanten euro-mediterranen Freihandelszone vor einer Markttöffnung. Wie wenig die algerische Wirtschaft darauf vorbereitet ist, bekam Henkel zu spüren.

Schnell zeigte sich, dass es auch bei den lokalen Zulieferern von ENAD mit Produktqualität, Liefergeschwindigkeit und -zuverlässigkeit haperte.

Modernes Management war weitgehend unbekannt. Sicherheits- und Umweltstandards entsprachen nicht annähernd dem bei Henkel üblichen Niveau. Das Unternehmen plante deshalb mit der GTZ eine breit angelegte Qualifizierung. Um Organisation und Abläufe nachhaltig zu optimieren, wurden Arbeits- und Umweltschutzbehörden und Zulieferer eingebunden. Die GTZ organisierte Workshops und Seminare für ausgewählte algerische Betriebe und Teile der Verwaltung.

Der algerische Umweltminister Chérif Rahmani würdigte das Engagement. Bei der Schlussveranstaltung in Algier sagte er: „Dieses Projekt hat Modellcharakter.“

Unabhängiger vom Öl

Abu Dhabi: Die Länder auf der Arabischen Halbinsel bereiten sich langsam auf eine Zeit nach dem Ölboom vor. Alternative Energiequellen stehen auch hier zur Diskussion. Die erste Windkraftanlage in Arabien wurde jetzt in Abu Dhabi eingeweiht. Das Emirat hatte GTZ International Services und Dornier Consulting damit beauftragt, die

850-Kilowatt-Anlage zu planen, zu bauen und für zwei Jahre zu betreiben. Die Anlage ist für besonders hohe Temperaturen und extreme Luftfeuchtigkeit ausgelegt. Sheikh Mansour Bin Zayed Al Nahyan, der Leiter des Präsidentenbüros, nahm die Windkraftanlage im Beisein zahlreicher prominenter Gäste in Betrieb. ◀



Sheikh Mansour Bin Zayed Al Nahyan (dritter v. l.) nahm die erste Windanlage auf der Arabischen Halbinsel in Betrieb.

Foto | Döhler

Kleines Geld gegen Armut

Eschborn: Das International Year of Microcredit hat begonnen. Fachleute sehen das Mikrofinanzwesen als wirksames Mittel gegen Armut. Kleinstkredite und Sparkonten bilden die Basis für unternehmerische Initiative und neue Arbeitsplätze. Die GTZ fördert Mikrofinanzprojekte in mehr als 20 Ländern. Der Weltbank-Trustfund CGAP bescheinigte jüngst die Wirksamkeit. Zu den Projekten der GTZ zählt ein Programm in Indien. Nach dem Konzept des Linkage Banking organisieren sich dort Millionen Dorfbewohner in Gruppen und eröffnen ein gemeinsames Sparkonto. BMZ und GTZ stellen das Instrument Mikrofinanzierung demnächst in Bonn gemeinsam mit der Sparkassenstiftung vor. ▶

Noten und Normen

Eschborn: Die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE) und die GTZ arbeiten gemeinsam daran, die Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern zu verbessern. Die Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft will in elf Ländern Asiens und Osteuropas anerkannte Sozialstandards in Zulieferbetrieben der deutschen Textilindustrie einführen: die Kernarbeitsnormen der ILO und den Standard SA8000 für soziale Verantwortung.

Unabhängige Prüfer, darunter mehrere TÜV-Töchter, inspizieren bis zum Herbst rund 2000 Produktionsstätten und unterziehen sie einem Erst-Audit. Ihr Ziel: Missstände erkennen, lokale Verhältnisse verstehen und

den Handlungsbedarf ermitteln. Zulieferbetriebe, die die Ansprüche der deutschen Partner nicht erfüllen, erhalten Nachhilfe. Kein Zulieferer soll voreilig vom Markt ausgeschlossen werden. Fragebögen und Audits erlauben es den Projektpartnern, regionalen Qualifizierungsservice anzubieten. Die GTZ moderiert Foren, die eine breitere Diskussion über Sozialstandards anregen. An den Veranstaltungen nehmen Vertreter von Regierungen, Gewerkschaften und NGOs teil. Soziale Normen sollen auch über den Textil- und Exportsektor hinaus beachtet werden.

In Deutschland begleitet ein runder Tisch zum Thema Verhaltenskodizes den Prozess. ▶

Schmerzlicher Abschied

Berlin: Friedhelm Mensing ist tot. Der Journalist, dem die Leserinnen und Leser von Akzente zahlreiche Beiträge verdanken, starb am 22. Oktober vergangenen Jahres in Berlin an den Folgen seiner heimtückischen Krankheit. Fast 20 Jahre lang hatte Friedhelm Mensing entwicklungspolitische und soziale Themen zu seinem Schwerpunkt gemacht. Mit wachen Augen war er den Menschen in den Entwicklungsländern zugewandt, stets neugierig auf deren Lebensumstände, fasziniert von ihrem Ringen um ein besseres Leben und traurig wegen ihrer Niederlagen. Engagiert setzte sich Friedhelm Mensing mit der Arbeit der GTZ auseinander. Die Redaktion von Akzente hat mit ihm einen Kollegen verloren, der ihr in kritischer Solidarität verbunden war. ▶

Brennpunkt
Faszination
Chance

Die Stadt von morgen

2005

Das Jahrtausend der Städte ist angebrochen. Mehr als zwei Drittel der Menschen wird im Jahr 2030 in urbanen Strukturen leben.

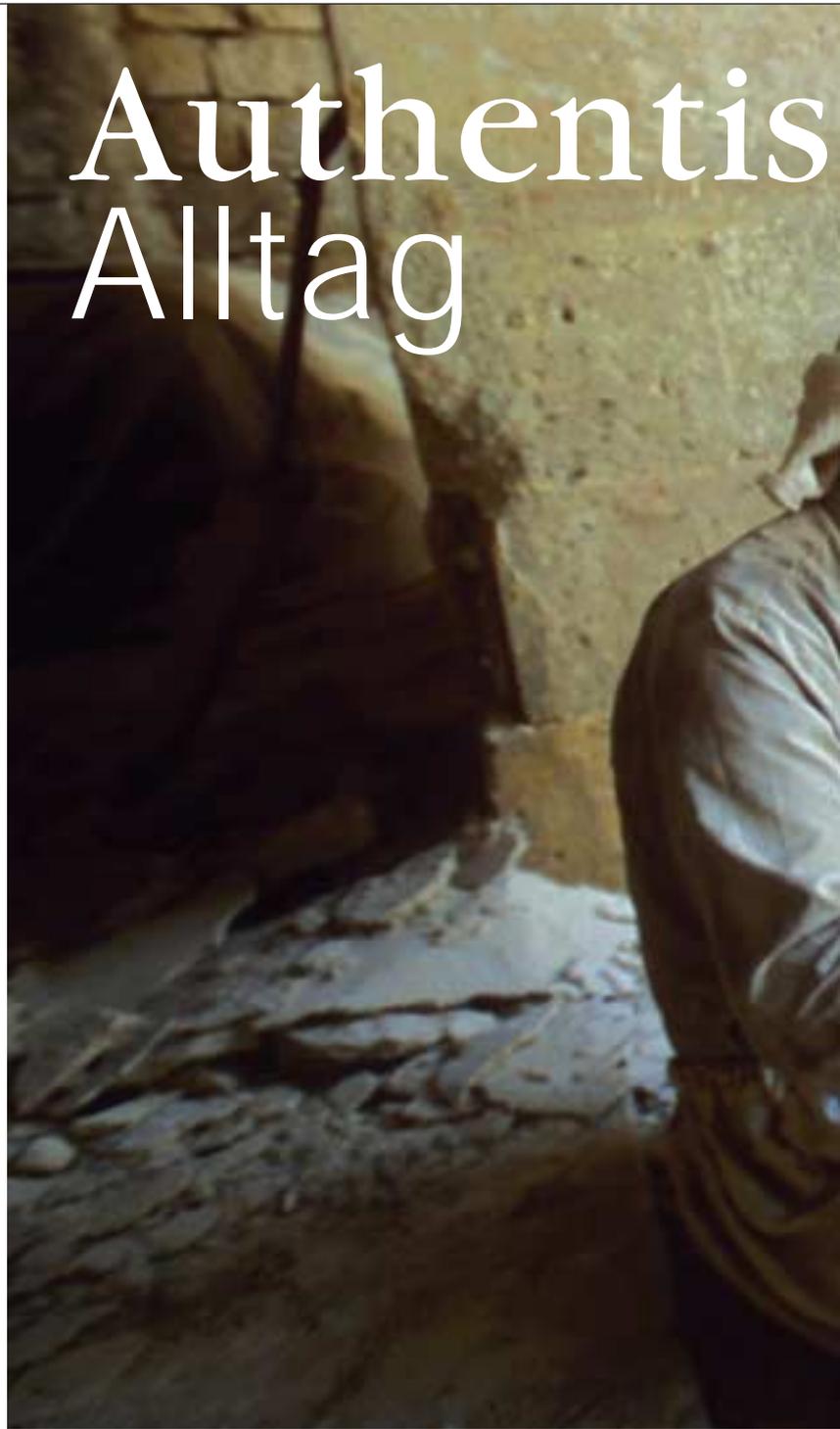
Internationale Konferenzen richten deshalb in den kommenden Monaten und Jahren den Blick auf die Aufgaben, die das stetige Wachstum der Städte mit sich bringt.

Im Mai kommen politische Entscheider aus rund 400 Haupt- und Millionenstädten zum Weltkongress Metropolis 2005 nach Berlin. Im nächsten Jahr lädt Vancouver zum World Urban Forum ein, das den 1996 in Istanbul auf der UN-Konferenz Habitat begonnenen Dialog fortsetzt. Die Organisatoren der EXPO 2010 in Shanghai haben das Thema Stadt ebenfalls auf die internationale Agenda gehoben. Ihr Motto: Better City, better Life. Die GTZ macht die Stadtentwicklung zum Jahresthema 2005 und fördert den internationalen Fachdialog mit ihrer Expertise aus rund 30-jähriger Erfahrung mit diesem Thema. In mehr als 100 Projekten unterstützen Entwicklungsfachleute, meist im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, derzeit integrierte Lösungsansätze für städtische Probleme.

Die Technische Zusammenarbeit verbessert die Rahmenbedingungen für zukunftsfähige urbane Räume. Diese Arbeit steht im Zeichen der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen, denn ob die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden, wird sich auch in den Städten und urbanen Räumen entscheiden. In Publikationen, Diskussionen und internationalen Konferenzen kommt die GTZ mit Fachleuten ins Gespräch, die Impulse für die Stadt von morgen geben können. Zu den Eschborner Fachtagen der GTZ im Juni sind rund 400 nationale wie internationale Stadtexperten eingeladen. Den Auftakt zum Jahresthema 2005 „Brennpunkt – Faszination – Chance: Die Stadt von morgen“ bildet das Schwerpunktthema Stadtmanagement in dieser Ausgabe von Akzente. ➔

Mehr zum Thema Stadtentwicklung erfahren Sie im Internet unter:
www.gtz.de/Jahresthema

Authentis Alltag



Paul Hahn | Text und Fotos

Die Altstadt von Aleppo ist ein architektonisches Gesamtkunstwerk. Doch nicht Kunsthistoriker sollen sich nach ihrer Renovierung darin wohlfühlen, sondern die Aleppiner selbst. In Scharen verließen sie einst das historische Zentrum. Ein Stadtentwicklungsplan führt sie in funktionierende Strukturen zurück.

cher



Jamal al Jaber blickt am renovierten Mauerwerk entlang in die Höhe. Dort klafft ein schwarzes Loch, mit schwerem Gerät brachial in die Westwand gestemmt. Und das in der als Denkmal geschützten Shibani-Schule, dem künftigen Kulturzentrum, einem seiner Lieblingsorte!

Täglich kommt der GTZ-Experte in die von den Franziskanern im frühen 19. Jahrhundert gebaute Schule und überwacht die Sanierungsarbeiten. Manchmal reicht die Zeit für einen Bittermokka mit Adnan Ghrewati, der im renovier-

ten Ostflügel Besucher durch eine Ausstellung mit dem Thema: „Die Rettung der Altstadt von Aleppo“ führt. Doch nun ist keine Zeit fürs Kaffeetrinken: Jamal ruft per Handy Baupolizist George Kashok vom Altstadtdezernat sofort zur Schule, er befürchtet sogar Einsturzgefahr. Jamal will kein Risiko mehr eingehen. Das haben andere getan, vor seiner Zeit als Bauleiter. Ein Bauunternehmer ließ im Dezember 2003 seine Arbeiter nahezu gleichzeitig die hölzernen Zwischendecken im maroden Nordflügel entfernen, ohne dabei an die Statik zu denken. Die 13 Meter

hohe Wand stürzte ein. Schwere Kalksteinquader erschlugen vier Arbeiter und verletzten drei schwer.

Eine Toilette wolle der benachbarte Textilhändler im ersten Stock seiner ehemaligen Karawanserei einbauen, erfährt George von den Arbeitern. Durch das Loch sollten die Abwasserrohre entlang der gemeinsamen Wand nach unten geführt werden. Als die Arbeiter keine Baugenehmigung zeigen können, macht der Baupolizist kurzen Prozess: Er schnappt sich den Bohrhämmer und die Werkzeugkiste und schickt die Arbeiter

Bewährtes Handwerk: Im Judeida-Viertel der Altstadt von Aleppo arbeitet ein Steinmetz an der Restaurierung eines osmanischen Palastes.

nach Hause. Währenddessen will der Textilhändler dem GTZ-Fachmann Jamal am Telefon weismachen, dass die Toilette im ersten Stock historisch sei. Schon immer dagewesen! Und daher auch renoviert werden dürfe. Der Händler kann nicht ahnen, dass Jamal sich in der Geschichte der Altstadt und ihren Gebäuden auskennt wie kaum ein Zweiter: „Wir werden die Wand noch heute auf Ihre Kosten wieder aufbauen“, beendet Jamal das Gespräch.

„Viele Leute interessiert der historische Wert eines Gebäudes nicht. Alte osmanische Paläste werden als Lager genutzt; was stört, wird abgerissen“, beklagt Jamal eine Einstellung, die mit zum Niedergang der Altstadt führte – einer Stadt, die 2000 Jahre lang im Norden Syriens ein Handelsknoten zwischen Europa und Asien war. Kamelkarawanen brachten Gewürze, Porzellan und Seide aus dem Orient und auf dem Rückweg afrikanisches Elfenbein, europäische Gold- und Silberwaren nach Asien. Aleppo war eine blühende Handelsmetropole unter der rund 400-jährigen Herrschaft der Osmanen.

Ein orientalischer Traum, dessen Bedrohung vor rund 50 Jahren begann.

Exodus aus der Altstadt

Als Kind kamen Adnan Ghrewati die Gassen der Altstadt eng, dunkel und unheimlich vor. So freute er sich über den Umzug in die Neustadt auf den Hügel am Stadtrand. „Endlich konnte ich im Freien Fußball spielen.“ Damals verließen viele wohlhabende Aleppiner Familien ihre lichten Innenhofhäuser: Jahrhundertalte Familiensitze hinter mit Eisen beschlagenen Portalen und hohen, im Sommer kühlenden Wänden, verziert mit kunstvollen Steinornamenten. Um die Brunnen in den Innenhöfen blühten Jasmin und Rosen. Aber die Altstadtbewohner drängten in die Moderne und zogen in Mehrfamilienblocks aus Beton mit Strom und fließendem Wasser.

Bis 1993 gingen rund 100 000 Menschen; etwa die Hälfte der Altstadtbewohner. Zurück blieben die Armen. Wo zuvor eine reiche Familie großzügig wohnte, drängen sich heute bis zu vier Familien. Ihr Geld reicht nicht, um die

Häuser instand zu halten. Händler stapeln verlassene Paläste voll mit Stoffballen, Gewürzen oder billigen Schuhen aus Fernost. Ihre Kleinlaster verstopfen laut hupend die Gassen. Abwasser aus brüchigen Wasserleitungen machten die Fundamente mürbe. Gebäude bekamen Risse, stürzten ein.

Mit einem neuen Stadtentwicklungsplan des Franzosen Gutton sollte 1952 in der 5000 Jahre alten Stadt das damalige Verständnis von Moderne Wirklichkeit werden: großzügige Boulevards nach Pariser Vorbild, Licht und Luft in den alten Quartieren und neue, mehrstöckige Gebäude. Bis 1978 hatten sich die Bulldozer in drei bis zu 50 Meter breiten Schneisen durch rund 20 Prozent der Altstadt gefressen, dabei 700 Häuser platt gemacht. Hochhäuser schossen aus dem Boden entlang der neuen Straßen und teilten ganze Nachbarschaften. Was damals noch nicht absehbar war: Einer lauten, stinkenden und nicht endenden Karawane aus Blech wurde der Weg gebahnt. Weitere 1000 Häuser waren bedroht.

Schließlich stemmten sich die „Freunde von Aleppo“, Aleppiner Bürger sowie Kunsthistoriker aus



Deutschland und Frankreich, gegen den weiteren Abriss. Sie formulierten den Antrag an die UNESCO, die Altstadt als Kulturerbe der Menschheit anzuerkennen. Der Bericht der UNESCO kam zu einem vernichtenden Urteil über die Baumaßnahmen in der Stadt. 1979 gelang es den „Freunden von Aleppo“, nun von der UNESCO gestärkt, den Masterplan außer Kraft zu setzen und die weitere Zerstörung der Altstadt zu stoppen. 1986 wurde die Altstadt Aleppos, als ein seltenes Zeugnis einer orientalischen Stadt mit mittelalterlichem Charakter und aller Vernachlässigung zum Trotz noch voller Leben, in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. Die Rettung konnte beginnen.

Lebendiges Denkmal

Die GTZ unterstützt die Rehabilitation der Altstadt seit 1993 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Meinolf Spiekermann, der Leiter des GTZ-Teams im syrisch-deutschen Projekt, hat das Ziel klar vor Augen: „Wir müssen die Wohn- und

Lebensbedingungen der Menschen verbessern und so dafür sorgen, dass nicht noch mehr Leute die alten Viertel verlassen. Nur so kann der historische Stadtkern überleben. Auf keinen Fall soll hier ein Freilichtmuseum oder ein orientalisches Disneyland entstehen mit renovierten Gebäuden – aber ohne Leben.“

In der Praxis hieß das: Soforthilfe für die meist armen Bewohner der rund 3000 vom Einsturz bedrohten Häuser. Kostenlose Beratung von Architekten und zinslose Kleinkredite bis zu einer Höhe von 3000 Dollar bewirken kleine Wunder. So konnte das auf 15 Jahre angelegte Projekt mit einem Etat von rund zehn Millionen Euro bei der Sanierung von rund 650 Wohnhäusern helfen. Bis 2008 soll jedes zehnte der rund 10 000 Häuser saniert sein. „Wir müssen dafür sorgen, dass das Image der Altstadt verbessert wird und die Leute wieder Vertrauen in die Stadt haben“, nennt Meinolf Spiekermann ein weiteres Ziel des Projekts.

Inzwischen arbeiten 70 Mitarbeiter im neuen Altstadtdezernat, das in einem großzügig angelegten ehemaligen Wohnhaus, Seif Al

Dawlah, untergebracht ist. Vor nicht langer Zeit war das Gebäude noch eine Ruine. Im jetzt renovierten Innenhof-Palast mit Brunnen und Orangenbäumen hat auch die GTZ ihr Büro. Zusammen mit den Planern des Altstadtdezernates hat Meinolf Spiekermann einen neuen Stadtentwicklungsplan erarbeitet.

„Jetzt wissen die Einwohner, wo künftig Hotels und Gästehäuser entstehen können oder wo sie ungestört wohnen können – ungestört von neugierigen Touristenblicken, die gerne von Dachterrassen die Innenhöfe erforschen und dabei die einheimischen Frauen stören“, sagt Stadtplaner Spiekermann. Die verbindliche Bauleitplanung gibt auch den Handwerkern Sicherheit. Sie wissen nun, in welchen Vierteln ihre Werkstätten eine Zukunft haben. Die Fassadengestaltung, die Baumaterialien und die Bauhöhe sind ebenfalls im Plan festgelegt. Besonderen Wert legt man im Projekt darauf, dass die Wasser- und die Abwasserentsorgung verbessert werden – eine schweißtreibende Arbeit in den engen, mit schweren Basaltsteinen

▶▶▶



Leben im Denkmal:
Im Innenhof der Shibani-Schule (oben) bespricht GTZ-Mitarbeiter Jamal Al Jaber die nächsten Schritte der Restaurierungsarbeiten. In den Suqs rund um die Zitadelle der historischen Altstadt soll wieder authentischer Alltag einziehen.





Infrastruktur:
Beim Tor Bab al Maqam
werden neue
Wasserrohre gelegt.

gepflasterten Gassen, die meist zu eng für einen Bagger sind. Auch Pressluftämmer sind tabu: Die Erschütterungen wären zu gefährlich für die maroden Häuser. Inzwischen sind rund die Hälfte aller Wasser- und Abwasser-

leitungen in den Gassen mit einer Länge von rund 300 Kilometern ausgetauscht.

Sanfter Tourismus

So verbessert sich langsam das Image der Altstadt.

„Neunzig Prozent der Bewohner, die einen Kleinkredit zur Hausrenovierung erhalten haben, leben immer noch in der Altstadt. Das ist ein großer Erfolg“, freut sich Meinolf Spiekermann. Zufrieden sind auch die Händler, für die der Exodus aus der Altstadt einen Schwund an Kunden bedeutete. Nun läuft ihr Geschäft im zwölf Kilometer langen Suq wieder; in den schier endlosen Ladengässchen hinter dicken Mauern, Gewölben und hohen Kuppeln, die das grelle und heiße Licht des Tages milde stimmen. Im Halbdunkel schieben sich schwarz verschleierte Frauen neben in weite Jalabas gewandeten Männern vorbei an duftenden

Gewürzen, streng riechenden Hammelhälften und hohen Stapeln Aleppiner Olivenseife. Dazwischen leuchten kleine Moscheen in grünem Licht, der Farbe des Propheten. Mit Säcken schwer beladene Esel kämpfen sich durch die Menschenmenge, und überall feilschen laut die Händler.

Wo die Einheimischen ihren Alltag leben, sollen sich auch die Touristen wohlfühlen. Eine Studie der Stadt Heidelberg, Aleppos Beraterin in Sachen Tourismus, ergab: „Touristen wollen Tradition und Echtheit“. Ein spektakulärer Fund auf der Zitadelle lässt die Stadt hoffen, dass sie den künftigen Besuchern diesen Wunsch noch besser erfüllen kann. Auf dem Hügel, wo die Burg über der Altstadt thront, gruben sich Archäologen aus Berlin durch 5000-jährige Schichten osmanischer, byzantinischer, römischer, hellenischer und hethitischer Besiedelung und fanden einen Tempel aus hethitischer Zeit, rund 3000 Jahre alt. Tonnen schwere Reliefs mit Götterbildern, für die Ewigkeit in Basalt gemeißelt und bestens erhalten, üben auf Kunstliebhaber eine besondere Anziehung aus.

Zu viele Touristen könnten der Stadt jedoch schaden; dafür gebe es auf der Welt genügend Beispiele, meint Meinolf Spiekermann. In Jedeide, dem traditionellen Christenviertel aus dem 13. Jahrhundert, entstehen derzeit neue Hotels. Aber sie sollen klein ausfallen. So will es der neue Flächennutzungsplan für neue Unterkünfte und Gästehäuser im Altstadtkern. Im Hotel Martini, einem ehemaligen Palast aus mehreren Innenhofhäusern, werden die Gäste künftig eine Vorstellung von orientalischer Lebensweise bekommen, wenngleich manches ein wenig bequemer ist als damals. Wer zur Toilette möchte, muss nicht mehr über den dunklen und im Winter eiskalten Innenhof gehen, sondern findet das WC gleich eine Tür weiter.

Anders als beim Nachbarn der Shibani-Schule ist dieser Toilettenbau vom Altstadtdezentat abgesegnet. Als ein Tribut an die Moderne. ◉

Paul Hahn ist Fotograf und freier Journalist in Berlin.

Integrierte Sanierung

Die Lage	Die Altstadtbewohner der syrischen Stadt Aleppo erleben seit Mitte der 50er Jahre den Verfall historischer Bausubstanz und sozialer Strukturen.
Das Ziel	Bessere Lebens- und Standortbedingungen für Bewohner und lokale Wirtschaft.
Das Konzept	Beratung des städtischen Managements beim Prozess einer integrierten Sanierung.
Die Partner	Stadtverwaltung, Träger öffentlicher Belange und die Bevölkerung.
Die Kosten	Das BMZ fördert die Technische Zusammenarbeit zur Sanierung und Entwicklung der Altstadt von Aleppo über einen Zeitraum von 14,5 Jahren mit zehn Millionen Euro.



Konzepte ohne Abrissbirne

Christiane Kühl | Text und Fotos

Yangzhou will Ökostadt werden. Prozessberater der GTZ unterstützen die Millionenstadt dabei. Als eine der Ersten in China hält sie sich an das Programm Eco City. Seit Ende der 90er Jahre setzt das Konzept Maßstäbe: für eine umweltgerechte Stadtentwicklung und für den Erhalt kultureller Werte.



Die Gasse ist eng und schnurgerade. An ihren Seiten ziehen sich graue Mauern entlang. Durch eine schwere Holztür geht es in den Hof von Sheng Jinrong. Einstöckige Wohnhäuser mit geschwungenen Dächern rahmen den Innenhof ein. Sheng isst gerade Fleisch mit Reis und Tofu zu Mittag. Die Küche mit Gasherd und

das Becken, in dem er den Wok mit kaltem Wasser spült, liegen im Freien. Das Abwasser läuft in ein Loch im Boden und sickert ins Erdreich. Bei einigen Nachbarn fließt das Schmutzwasser durch ein Loch in der Außenwand direkt auf die Straße, wo es sich den nächsten Gully sucht. Unter den Gassen fließt ein veralteter Abwasserkanal. ▶▶▶



Sanfte Eingriffe:
Ein neuer Straßenbelag,
darunter ein funktionie-
rendes Leitungssystem:
So sehen praktische
Sanierungsschritte aus,
die radikale Einschnitte
in gewachsenen
Stadtgebieten
vermeiden sollen (oben).
Der marode Straßenzug
(unten) ist als
nächstes dran.

Theoretisch könnte Sheng sein Waschbecken da anschließen. Doch das müsste er selber zahlen. „Das wollen wir uns nicht leisten“, sagt er.

Alltag in der Altstadt von Yangzhou, einer Stadt mit 1,1 Millionen Einwohnern nahe dem Yangtse-Strom. Die Abwasserentsorgung ist rudimentär. Nicht nur hier: Quer durchs Land ist die Infrastruktur der chinesischen Altstädte überlastet und oft veraltet.

Nach Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949 und besonders auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution Ende der 60er Jahre wurden die Besitzer der Hofhäuser enteignet. Zahlreiche Neubewohner zwängten sich in die Bauten. In den Innenhöfen bauten sie Backsteinbaracken für mehr Wohnraum. Die meisten Häuser, wie das von Sheng, gehören dem Staat. Auch das hält den 62-Jährigen von Investitionen ab. Wer steckt schon gerne viel Geld in fremdes Eigentum? Vor allem, wenn die Zukunft ungeklärt ist. „Die Menschen renovieren ihre Häuser nicht, wenn sie fürchten, dass sie abgerissen werden“, sagt Hans-Jürgen Cassens, der Leiter des GTZ-Teams im chinesisch-deutschen Projekt zur umwelt-

gerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung. Seit knapp zwei Jahren beraten er und seine Mitarbeiter die Regierung der Stadt Yangzhou. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geht es darum, Stadtentwicklung und Sanierung als Prozess zu betrachten, statt auf schnelle Lösungen zu setzen.

Konzept „Eco City“

In vielen Städten Chinas fallen ganze Altstadtzüge der Abrissbirne zum Opfer. Einige werden neu aufgebaut. Eine Anlehnung an alte Baustile und Maßstäbe ist erwünscht, doch entstehen stattdessen Einkaufszentren oder riesige Wohnburgen. Die Stadt Yangzhou dagegen sucht einen Weg, die Bausubstanz umweltgerecht zu modernisieren und damit die gewachsenen sozialen Strukturen zu erhalten. Die Stadt war eine der ersten in China, die zusammen mit Wissenschaftlern einen Plan für das Ende der 90er Jahre entworfene Eco-City-Konzept der nationalen Umweltbehörde SEPA entwarf.

Berater Richard Schmidt durchkämmt die engen Gassen. Er muss herausfinden, wo sich überhaupt bereits Abwasserkanäle befinden. Der Entwässerungsexperte aus Deutschland fotografiert Schachtdeckel, Abflüsse und Brunnen. Viele Hauswände sind feucht. „Das frei ablaufende Abwasser steigt in den Wänden hoch“, sagt Schmidt. Ohne ein modernes Entsorgungssystem seien die Häuser nicht dauerhaft instand zu setzen.

In Technischer Zusammenarbeit entsteht derzeit ein Konzept zur behutsamen Sanierung von Teilen der Altstadt. Einige auffällige Baracken sollen Grünflächen weichen. Kleinfabriken, die leer stehen, sollen zu Wohnflächen umgebaut werden. Das Konzept wird den Stadtvätern Anfang 2005 vorgestellt. Aufgabe der Politik wird es sein, die nötige Infrastruktur zu errichten; darunter ein Leitungssystem zur Abwasserentsorgung. Denn der Plan, an dem die GTZ mitwirkt, beinhaltet, dass alle Altsiedlerhäuser langfristig Toiletten bekommen. Noch sind die Bewohner auf kommunale Bedürfnisanstalten angewiesen. „Nimmt die Stadt das Konzept an, muss sie garantieren, dass die vom Pilotprojekt eingerichtete Infrastruktur später nicht wieder abgerissen wird“, sagt die für Gebäudeplanung zuständige Architektin Wang Fang und fügt hinzu: „Die Stadt muss dahinterstehen!“

Das chinesisch-deutsche Projekt möchte schließlich beispielhafte Lösungen entwickeln, die sich später auf andere Regionen übertragen lassen. Für diesen Fall loten die Stadt Yangzhou und ihr Partner GTZ bereits Möglichkeiten zur Finanzierung aus.

Nachhaltige Urbanisierung

Yangzhou liegt in der ostchinesischen Provinz Jiangsu im Delta des Yangtse, einer der reichsten und am dichtesten bevölkerten Regionen des Landes. Das „Land von Reis und Fisch“ wird Jiangsu genannt, wegen seiner zahllosen randvollen Kanäle, Teiche und fruchtbaren Böden. Der Wirtschafts-

boom, neue Vorstädte und Entwicklungszonen drängen die Felder jedoch immer weiter zurück.

Nachhaltige Urbanisierung ist deswegen eine der dringendsten Aufgaben in China. Politisch gewollt, nimmt die Verstädterung im ganzen Land rasant zu. Die familiäre Parzellenwirtschaft auf dem Land weicht zusehends größeren Agrareinheiten. Millionen überschüssiger Landarbeitskräfte benötigen ebenso neue Jobs wie die ehemaligen Angestellten geschlossener Staatsbetriebe. Wegen des anhaltenden Bevölkerungswachstums wächst außerdem die Zahl der Berufseinsteiger. Der Andrang Arbeit suchender Menschen lässt sich überhaupt nur dann ansatzweise bewältigen, wenn neue Jobs in den Branchen Industrie und Dienstleistungen geschaffen werden. Damit das gelingen kann, muss die Urbanisierung vorangetrieben werden. Derzeit leben bereits 520 Millionen Chinesen in Städten. Bis 2020 werden es wohl weit mehr als 750 Millionen werden.

Die Städte stehen vor gewaltigen Aufgaben. Die Menschen brauchen Wohnungen, Energie und Wasser. Steigender Wohlstand erhöht die Nachfrage noch. In den entwickelten Küstenregionen schießen neue Apartmentsiedlungen aus dem Boden. Toiletenspülungen, Duschen und Klimaanlage gehören dort zum Standard. Vielerorts sind die Abwässer aus Haushalten und Firmen nur unzureichend geklärt. Alle sieben großen Flusstäler des Landes sind bereits stark belastet. Der Bau von Kläranlagen stockt, weil das Geld fehlt. Das Problem wird sich mit wachsender Größe der Metropolen weiter verschärfen. Ohne nachhaltige Stadtentwicklung drohen der Umwelt großer Schaden und der Rohstoffversorgung der Zusammenbruch. Und dennoch: Der Umweltschutz gilt bei vielen weiterhin als Luxus reicher Länder.

„Chinesische Städte treiben die Urbanisierung im Wettbewerb um das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum voran“, sagt Cassens. Chinas Planer entwerfen professionelle Grundlagenpläne, zum Beispiel zur Straßenführung. Statt kleinerer Flächen werden jedoch riesige Areale an die Bauunternehmen vergeben. Die Folge: Ganze Straßenzüge erstarren in architektonischem Einheitsbrei. Chinas Städte gleichen sich immer mehr an, besonders die Vorstädte mit ihren



hochsprießenden Wohnsilos. „Innovative Lösungen sind selten“, sagt Cassens. Da sei viel Überzeugungsarbeit nötig. In Kooperation mit der Tongji Universität in Shanghai will die GTZ deshalb noch in diesem Jahr dreimonatige praxisorientierte Kurse für chinesische Stadtplaner anbieten.

Dezentrale Entsorgung

In Changzhou, einer Nachbarstadt von Yangzhou, leben ebenfalls mehr als eine Million Menschen. Im Vorort Houyu entsteht demnächst eine Kläranlage zur dezentralen Abwasserentsorgung. Der Kläranlagentyp funktioniert mit Pflanzen. Das Grauwasser sickert durch eine bepflanzte Filterschicht aus Sand. Bei der Passage des Abwassers durch die Sandschicht finden an den Sandpartikeln Abbauprozesse statt, die das Wasser reinigen. Die Wurzeln von Schilf, Binsen und ähnlichen Wasser- und Sumpfpflanzen schaffen Hohlräume, die das Grauwasser leichter in den Boden eindringen lassen.

Die Lokalpolitiker haben die Gelder für diese Kläranlagen soeben bewilligt. Viel Überzeugungs-



Blick fürs Typische: Nachbarliche Atmosphäre und kleine architektonische Besonderheiten wie der Dachgiebel auf dem unteren Foto sollen in Yangzhou möglichst erhalten bleiben. Viele offene Küchen in den Hinterhöfen (Foto links) müssen erst noch an ein Abwassernetz angeschlossen werden.





Ausgewogener Prozess

Die Lage	Hoher Ressourcenverbrauch und schnelle, aber kurzlebige Wege in Umweltschutz und Stadtentwicklung kennzeichnen die rapide Urbanisierung in China.
Das Ziel	Die städtische Bevölkerung profitiert von einem sozial, ökonomisch und ökologisch ausgewogeneren und effizient gestalteten Urbanisierungsprozess.
Das Konzept	GTZ-Berater unterstützen Bemühungen um eine umweltgerechte und nachhaltige Stadtentwicklung in zwei Millionenstädten auf der Grundlage des Eco-City-Konzepts des chinesischen Umweltministeriums.
Die Partner	Fach- und Führungskräfte der Stadtregierungen, der Provinzregierung der Jiangsu Provinz sowie die regionalen Universitäten.
Die Kosten	Das BMZ fördert die Technische Zusammenarbeit zur umweltgerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung in China bis 2007 mit fünf Millionen Euro.

arbeit war dazu nötig. Schließlich kostet die kleine Anlage pro Kopf mehr als eine Großkläranlage. Doch würde ein kleiner Vorort wie Houyu mit ein paar tausend Einwohnern niemals an eine zentrale Anlage angeschlossen werden können, sagt GTZ-Berater Josef Tränkle, der das Projekt vor Ort betreut, und ergänzt: „Aber es ist wichtig, für die städtischen Randgebiete ebenfalls langfristige Lösungen zu finden.“ Houyu kann sich das Projekt nur leisten, weil die Kommune sich durch Baumschulen und die Zucht von Topfpflanzen einen bescheidenen Wohlstand erarbeitet hat. Bisher laufen die Abwässer aus der Kanalisation oder direkt in die zahlreichen Teiche des Gebiets. Im Sommer breiten sich so regelmäßig Algen aus, lassen die Gewässer kippen und verwandeln sie in eine unbrauchbare, stinkende Brühe. Die Menschen werfen ihren Hausmüll zudem oft unbedacht in die Natur.

Josef Tränkle will deshalb ein Konzept für besseres lokales Abfallmanagement entwerfen. Mülltonnen ersetzen darin die stinkenden, nur sporadisch entleerten Müllhäuschen, die vor Unrat überquellen. Wenn nicht mehr überall der Müll herumliege, steige die Hemmschwelle, alles einfach wegzwerfen, hofft er. Tränkle: „Wir wollen die Menschen einbeziehen, damit sie sich verantwortlich fühlen.“ Aus dem gleichen Grund sitzt Hans-Jürgen Cassens mit seinen lokalen Partnern an Plänen für ein Umwelt-Informationszentrum in den beiden Städten.

Die Vorteile einer nachhaltigen Entwicklung sind am besten zu vermitteln, wenn die Menschen sie persönlich spüren. Eine Kernaufgabe der Altstadt-sanierung in Yangzhou ist es daher, die sozialen Strukturen zu erhalten. In der Hauptstadt Peking wurden Hunderttausende Altstadtbewohner nach dem Abriss ihrer Hofhäuser in anonyme Vorstädte umgesiedelt. Wo restauriert wird, sind die neuen Mieten oft zu teuer. Viele verlieren ihre Lebensgrundlage auch deshalb, weil in den Neubaugebieten große Kaufhäuser und Supermärkte das traditionelle Kleingewerbe verdrängen, das in den engen Gassen Tradition hatte: Nudelshops oder Kioske. „Siebzig Prozent der Menschen in der Altstadt von Yangzhou möchten trotz mangelnder sanitärer Einrichtungen lieber dort wohnen bleiben“, zitiert Architektin Wang eine Studie.

„Es ist bequem hier, weil wir direkt im Zentrum wohnen“, bestätigt Sheng. Er kennt seine Nachbarn. Im Sommer sitzen die Bewohner stundenlang auf Holzstühlen in den Gassen, reden oder spielen Karten. Die Kinder sind weggezogen, weil die Stadtregierung durch Umsiedlung die Bevölkerungsdichte im Zentrum senken will. Letztere wird auf natürliche Weise weiter abnehmen, weil unter den Zurückgebliebenen viele Rentner sind. Eine neue Generation wird bessere Bedingungen vorfinden, sich in den alten Gassen moderner einzurichten. ◀

Christiane Kühl hat als Korrespondentin für mehrere Publikationen in Peking ihren Standort.



Peter Palesch,
Strategieplaner bei Cities Alliance.

Mehr als 145 Städte haben sich bisher weltweit in der Cities Alliance zusammengeschlossen. Gemeinsam mit ihren Entwicklungspartnern stellt der Verbund mit Sitz in Washington die städtische Armutsminderung in den Mittelpunkt. Akzente sprach mit GTZ-Mitarbeiter Peter Palesch, dem Alliance-Verantwortlichen für Strategien zur Stadtentwicklung.

Allianz gegen die Armut

Akzente: Welche Prozesse hat Cities Alliance innerhalb von fünf Jahren angestoßen?

Peter Palesch: Die Cities Alliance hat beachtliche Fortschritte auf mehreren Gebieten aufzuweisen. So führte der Austausch innerhalb der Cities Alliance dazu, dass Mitglieder neue Instrumente der direkten Zusammenarbeit mit den Städten entwickeln. Dennoch bleibt festzuhalten: Noch immer stellen sich zu wenige Staaten und Entwicklungsorganisationen politisch und strategisch darauf ein, das wirtschaftliche und soziale Potenzial zu fördern, das in der wachsenden Verstärkung steckt. Stattdessen sehen viele ein wichtiges Instrument zur städtischen Armutsbekämpfung immer noch darin, die Migration in die Städte zu bremsen.

Wie klappt die Zusammenarbeit mit den Gebern?

Die Mitglieder von Cities Alliance arbeiten auf mehreren Ebenen zusammen. Die jährliche Mitgliederversammlung ist eine hervorragende informelle Austausch- und Koordinationsplattform. Die Teilnehmer sind schätzungsweise für mehr als 90 Prozent aller Ausgaben in der städtischen Entwicklungszusammenarbeit verantwortlich. In den Städten, die die Allianz unterstützt, wird ebenfalls sehr eng kooperiert. Natürlich ist eine Zusammenarbeit zwischen den doch sehr unterschiedlichen Organisationen nicht immer reibungslos. Die Kooperation der Entwicklungsorganisationen in den jeweiligen Projekten nimmt jedoch stetig zu. Eine interne Evaluierung der Projekte, die von der Allianz unterstützt werden, bestätigte: Die Zu-

sammenarbeit mehrerer Geberorganisationen ist ein wichtiger Erfolgsfaktor. Ein Mitglied der Cities Alliance brachte es während der ersten Evaluierung der Allianz-Aktivitäten auf den Punkt: „Wenn es die Cities Alliance nicht gäbe, müsste man sie sofort erfinden.“

Worin liegt der praktische Nutzen der Cities Alliance?

Die Cities Alliance unterstützt politisch entschlossene Städte dabei, eine mit allen Beteiligten abgestimmte langfristige Vision und Strategie zu entwickeln, auf deren Grundlage die Lebensbedingungen der Armen verbessert werden können. Wichtig dabei ist, dass die Potenziale der armen Bevölkerung mit einbezogen werden und bei der Planung von vornherein mögliche Investoren mit im Boot sitzen: zum Beispiel internationale Entwicklungsbanken oder lokale Investoren. Denn nicht die Planung steht im Vordergrund, sondern deren Umsetzung. Die Praxis zeigt: Mit relativ geringem Mitteleinsatz seitens der Cities Alliance lässt sich eine große Hebelwirkung erzeugen. Ein Beispiel: Die strategische Planung der Stadt Johannesburg war ein wichtiger Faktor dafür, dass lokale Investoren eine mehrere hundert Millionen Dollar umfassende Wertpapieremission annahmen. Und dies, obwohl die Stadt zu dem Zeitpunkt in ernststen Problemen steckte.

Warum startete die Allianz das Programm „Cities Without Slums“?

In den vergangenen 50 Jahren ist laut UN-Habitat die geschätzte Zahl der weltweit

in Slums lebenden Bevölkerung von 35 Millionen auf mehr als 900 Millionen gestiegen. In den nächsten 25 Jahren kommt wahrscheinlich eine weitere Milliarde Slumbewohner hinzu. Angesichts dieser dramatischen Entwicklung werden herkömmliche Versuche der Slumsanierung wirkungslos bleiben. Politischer Wille, Ressorts übergreifendes Denken und die Partizipation der städtischen Armen sind nötig, um die rasch anwachsenden Slums zu sanieren, in das Stadtleben zu integrieren und neue Slums zu verhindern.

Was will das Programm erreichen?

Die Initiative „Cities Without Slums“ will bis zum Jahr 2020 die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern deutlich verbessern. Die Ziele des Aktionsplans spiegeln sich in den Millenniums-Entwicklungszielen wider. Kein anderes Millenniums-Entwicklungsziel befasst sich so ausdrücklich mit den stark wachsenden Elendsvierteln in den Städten der Entwicklungsländer. Das Programm mobilisiert öffentliche und private Ressourcen und stößt politische Reformen an, um neue Slums zu vermeiden. Die Initiative trägt dazu bei, dass immer mehr Städte und Länder ein Cities-Without-Slums-Programm beschließen. Eine Analyse von neun Ländern der Cities Alliance zeigt: Nicht die Armen sind Schuld an neuen Slums, sondern fehlender politischer Wille, politisches Versagen auf nationalen und kommunaler Ebene und nicht funktionierende Landmärkte. ◉

Die Fragen stellte Jens Heine.

Masterplan für



Thomas Veser | Text und Fotos

Der Merkato ist das Herzstück des informellen Sektors von Addis Abeba. Keine Verwaltung hat es jedoch bisher geschafft, die ausgedehnte Handelsansiedlung mit einer Infrastruktur auszustatten. Ein neuer Masterplan stellt die Selbstverwaltungskompetenz der Hauptstadt auf die Probe.

Mit verschränkten Armen steht die junge, ins traditionelle Frauengewand des äthiopischen Hochlands gekleidete Verkäuferin in ihrem winzigen Laden. Berge duftender Gewürze türmen sich vor ihr auf. Die Töpferware, die sie zusätzlich verkauft, ist zu beängstigend hohen Pyramiden gestapelt. Die Besitzer der Verkaufsstände im Merkato von Addis Abeba sind wahre Meister der Stapeltechnik. Der Platz auf dem pulsierenden Markt im Stadtteil Addis Ketema ist knapp bemessen. Rund 14 000 Händler bieten hier täglich vor allem Lebensmittel, Kleidung, Korbwaren und kunsthandwerkliche Gegenstände feil.

Der Merkato ist zweifellos das Herzstück des informellen Sektors der äthiopischen Hauptstadt. Aus praktischen Gründen dient das Gelände gleich als Wohnquartier. Rund 200 000 Menschen leben und arbeiten in diesem ökonomischen Zentrum, wo Geschäftsbücher unbekannt sind und städtische Verwaltungsvorschriften kein Kopfzerbrechen bereiten. Rund die Hälfte des nationalen Bargeldumsatzes wird

den Merkato

in dieser ausgedehnten Handelsansiedlung abgewickelt. Der Tagesablauf funktioniert nach ungeschriebenen Regeln. Zu den Bewohnern, die aus allen Landesteilen stammen, gesellen sich täglich bis zu 300 000 Pendler aus dem Umland. Vor allem die Zuwanderer aus den ländlichen Gegenden zieht der Markt magisch an. Wer sich bis zum Merkato durchgeschlagen hat, so hoffen die Migranten, hat Ausichten auf ein besseres Leben.

Die Neuankömmlinge werden freilich schnell eines Besseren belehrt. Zu viele Menschen teilen sich den knappen Platz im Merkato, wo der Stress den geplagten Menschen keine Verschnaufpause gönnt. In den vielen namenlosen Straßen herrscht Dauerstau. Die Wohnhäuser, ohne fließendes Wasser und ohne Kanalisation, müssten dringend renoviert werden. Die städtische Müllabfuhr kommt nur selten vorbei. Schulen fehlen, das Angebot an Krankenhausbetten ist völlig unzureichend, die Straßen haben keine Beleuchtung, und mit der Hilfe der Polizei kann im Notfall nicht gerechnet werden. Längst kann die überforderte Stadtverwaltung die Grundversorgung der Bewohner nicht mehr sicherstellen. Zwar beschließen die Behörden bisweilen Schritte, um die Situation zu verbessern; die unsystematische Vorgehensweise mit spontanen Reparaturarbeiten oder nicht angekündigten Veränderungen im Verkehrsfluss erwecken jedoch bei den Bewohnern meist den Eindruck, dass ihre Lage sich eher noch verschlechtert. Der Merkato, das wirtschaftlich aktivste Gebiet der äthiopischen Hauptstadt, hat sich zu einem Brennpunkt entwickelt.

Städte im Reformprozess

Das äthiopisch-deutsche Programm für städtische Management- und Politikentwicklung, das die GTZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gemeinsam mit der Stadtverwaltung und anderen Partnern unterstützt, will aus diesem Dilemma hinausführen. Das Programm ist Teil der landesweiten äthiopischen Verwaltungsreform in Addis Abeba und verschiedenen Mittelstädten in den Hauptregionen des Landes.

Die seit 1996 bestehende föderale Verfassung Äthiopiens sieht vor, dass neben den neun Landesregionen auch die Gemeinden mit einer kommunalen Selbstverwaltung ausgestattet werden, wie sie das mehr als 70 Millionen Einwohner zählende Land bisher nicht gekannt hat. Berater der GTZ halfen dabei, die City-Charta auszuarbeiten und Kommunalverfassungen in den vier größten Ländern der äthiopischen Bundesrepublik zu erstellen. Die City-Charta spricht Addis Abeba erstmals den Status einer selbst verwalteten Federal City zu. Die Stellung der Hauptstadt mit ihren rund 3,5 Millionen Einwohnern ist mit der eines Bundesstaates vergleichbar. Das äthiopische Bundesparlament setzte die Charta inzwischen in Kraft. Die Kommunalverfassungen wurden von den einzelnen Landesparlamenten verabschiedet.

Das zweifellos wichtigste Element der Charta und der Kommunalverfassungen: Addis Abeba und mehr als 70 weitere Städte erhalten eine kommunale Selbstverwaltung. Der neue Status be-



Stockender Verkehr: Im Merkato, dem größten Handelszentrum von Addis Abeba, leben und arbeiten rund 200 000 Menschen. Eine noch größere Zahl von Pendlern verstopft täglich die Straßen von und zur Handelsansiedlung.



Runder Tisch:
Im Dialog mit
Händlern, Behörden,
Bewohnern und NGOs
geht der Prozess der
Marktsanierung voran.

inhaltet das Recht zu Selbstorganisation und Steuerhoheit sowie die Pflicht, alle wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen bereitzustellen. Die Kommunen erhielten neue Institutionen und Funktionsträger: einen Stadtrat, eine Stadtregierung, Bürgermeister-, Bezirksbürgermeister- und Bezirkrats-Ämter wurden geschaffen. Die vorläufig eingesetzten Stadtregierungen und Stadträte müssen sich in diesem Jahr allgemeinen Wahlen stellen.

Konzertierte Aktion



Die Lage Unzureichende Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen, Sicherheitsprobleme, mangelhaftes Verkehrsmanagement und schlechte sanitäre Versorgung kennzeichnen den Merkato, das größte Handels- und Handwerkszentrum in Addis Abeba und Äthiopien.

Das Ziel Bessere Infrastruktur und Dienstleistungen erhöhen die Leistungsfähigkeit des Merkato und sichern Arbeitsplätze im informellen Handel und im Dienstleistungssektor.

Das Konzept Eine konzertierte Aktion setzt eine gemeinsam erarbeitete Entwicklungsstrategie um.

Die Partner Stadtregierung, Stadtbezirksverwaltung, Verbände, Kammern, NGOs und Wirtschaftsunternehmen.

Die Kosten Öffentliche Akteure und Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft tragen gemeinsam die Investitionskosten zur Umsetzung eines langfristigen Konzepts zur Stadtentwicklung.

Die Stadtverwaltung von Addis Abeba wird derzeit komplett reformiert. Die GTZ unterstützt auch diesen Prozess. „Politische Entscheidungen und städtische Dienstleistungen sollen auf die neuen Stadtbezirke verlagert werden, die mit eigenen politischen und administrativen Strukturen ausgestattet sind und weitgehende Kompetenzen erhalten“, sagt GTZ-Berater Gerhard Mai. Die Dezentralisierung soll städtische Dienstleistungen effizienter machen und für mehr Bürgernähe sorgen. Gerhard Mai: „In One Stop Shops kann der Bürger in seinem Stadtteil alle Verwaltungsgänge abwickeln, ohne ins Stadtzentrum fahren zu müssen.“

Typische Probleme

Addis Abeba, der unumstrittene politische, wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkt des Landes, bildet zweifellos das Herzstück der Reform. Mit ihren rund 3,5 Millionen Einwohnern aus 78 ethnischen Gruppen gilt die Hauptstadt als Spiegelbild des ganzen Landes. Urbane und ländliche Wohnformen liegen in Addis Abeba enger beieinander als in anderen afrikanischen Städten. Die kühnen Wolkenkratzer in der modernen City und die traditionellen Handwerkersiedlungen mit ihren unbefestigten, in der Regenzeit schlammigen Straßen, liegen nur einen Steinwurf auseinander. In den vornehmen Vierteln kommen im Schnitt fünf Bewohner auf einen Hektar Fläche, in den Spontansiedlungen und vernachlässigten innerstädtischen Armutssiedlungen hingegen mehr als 800 Menschen.

Die Spontansiedlungen am Stadtrand und die innerstädtischen Armutssiedlungen weisen die aus allen Großstädten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bekannten Kennzeichen auf: keine Rechtssicherheit der Bodennutzung, fehlende Infrastruktur und schlechte Wohnverhältnisse sowie andererseits soziale Netze und die Nähe zu Arbeit und Einkommen. Bis zu 70 Prozent der Stadtbewohner von Addis Abeba leben in diesen Gebieten; bis zu 80 Prozent von ihnen unterhalb der Armutsgrenze. Dieser bereits dramatische Zustand wird durch ein jährliches Bevölkerungswachstum von sechs bis acht Prozent weiter verschärft.

Die hieraus erwachsenden Probleme bekam Addis Abeba bisher nicht in den Griff. Keiner der zahlreichen, seit den 50er Jahren erarbeiteten Pläne für eine gelenkte Stadtentwicklung wurde umgesetzt. Selbst der letzte Masterplan aus dem Jahr 1986 erwies sich als bald als überholt, weil er zu statisch angelegt war. In seiner revidierten Form bilden der neue Masterplan und die Stadtentwicklungsstrategie nun jedoch die Grundlage für eine auf Nachhaltigkeit orientierte Stadtentwicklung. Die Definition von strategischen Entwicklungsprojekten brach mit den früheren rein restriktiv und regulativ ausgerichteten Planungsinstrumenten und -vorschriften. Die GTZ-Berater legten Wert darauf, dass weite Teile der Bevölkerung und der Wirtschaft daran beteiligt sind.

Testfall Merkato

Im Merkato testen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des äthiopisch-deutschen Projekts für nachhaltige Stadtentwicklung gegenwärtig, wie ein vorausschauendes, auf Beteiligung der städtischen Bevölkerung, des privaten Sektors und staatlicher Institutionen aufbauendes Stadtmanagement funktionieren kann. Berater der GTZ übernehmen eine vermittelnde Rolle und bringen Akteure an einen runden Tisch, die sich zuvor tunlichst aus dem Weg gegangen waren: Behördenmitarbeiter, Gewerbetreibende, Bewohner, NGOs und internationale Institutionen. Gemeinsam wollen sie die misstrauische Distanz zueinander überwinden und die Entwicklung des Stadtbezirks steuern. Um den Weg für die nötige Infrastruktur und für Investitionen frei zu machen, müssen nicht zuletzt unklare Eigentumsverhältnisse und Landnutzungsrechte geklärt werden.

Die mit Unterstützung der GTZ gebildete „Merkato Millennium Development Task Force“ bringt alle politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte des Merkato zusammen. Ihr Ziel: Erhaltung und Weiterentwicklung des Merkato. Die Mitglieder der Task Force diskutieren auf der Grundlage eines lokalen Entwicklungsplans, den Händler- und Bewohnervereine gemeinsam aufgestellt haben und der die Strategie zur Stadtentwicklung im Detail widerspiegelt. Die Bauhaus-Stiftung in Dessau gestaltete den Plan fachlich mit.

Der Dialog der Akteure brachte erste Resultate. Im Merkato kümmern sich künftig 250 Wachmänner um die Sicherheit. Reinigungspersonal achtet auf mehr Sauberkeit. Jeder Ladenbesitzer zahlt hierfür einen monatlichen Beitrag. Auf der Prioritätenliste stehen außerdem eine Müllabfuhr sowie der Bau und Unterhalt von sanitären Einrichtungen und Fußwegen. Wo immer möglich, sollen Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft künftig entsprechende Aufgaben übernehmen. „Die neuen Entwicklungen im Merkato ermöglicht es allen Beteiligten, Erfahrungen zu sammeln und Misstrauen abzubauen“, sagt Gerhard Mai und fügt hinzu: „Allmählich werden die Menschen hier erkennen, dass die Arbeit der neuen Regierung die Rechts- und Planungssicherheit vergrößert, dass sie am Wandel beteiligt werden und dass die Transparenz zunimmt.“

Der Weg zu einer offenen und transparenten Zusammenarbeit ist noch lange nicht zu Ende. Die Stadtverwaltung muss ihre Versprechungen zum beschleunigten Ausbau der Infrastruktur einlösen. Neue Mechanismen der Stadterneuerung müssen konzipiert, diskutiert und angewendet werden. In einigen Fällen wird es nötig sein, Gebiete umzuwidmen, Menschen umzusiedeln, zu entschädigen und neue Wohn- und Arbeitsformen einzuführen. Der Prozess verpflichtet alle Seiten zur Bereitschaft und zur Geduld, überholte hierarchische Verhaltensnormen über Bord zu werfen und Umgangsformen zu pflegen, die auf Dialog, Pluralismus und demokratischem Verständnis beruhen. ◀

Der Autor schreibt für das Pressebüro Seegrund in Kreuzlingen in der Schweiz.

Low Cost Housing:

Großauftrag zum Wohnhausbau



Die Stadtverwaltung von Addis Abeba hat die GTZ mit dem Bau von jährlich mindestens 10 000 Wohneinheiten beauftragt. Mehr als 8000 Apartments an 19 Baustellen in der äthiopischen Hauptstadt sind derzeit im Bau oder bereits fertiggestellt. Der äthiopische Premierminister Meles Zenawi hatte im vergangenen Jahr das erste Pilotprojekt im Beisein des GTZ-Geschäftsführers Wolfgang Schmitt eingeweiht. Die äthiopische Regierung lässt jetzt prüfen, ob sich die Low-Cost-Housing-Technologie der GTZ auch für den Bau aller öffentlichen Gebäude im ganzen Land eignet.

Den Anstoß für den Großauftrag gab eine regionale Komponente der Technischen Zusammenarbeit zur Förderung des Wohnungsbaus mit Einfachtechnologie in der Provinz Tigray, kurz: Low Cost Housing. Arkebe Oqubay, Bürgermeister von Addis Abeba, ließ sich damals vom Konzept überzeugen. Ruth Erlbeck, Leiterin des GTZ-Teams im Projekt: „Wir konnten Baupreise anbieten, die bis zur Hälfte unter den gängigen lagen.“

Der Großauftrag der Stadt Addis Abeba ergänzt das Projekt zur Förderung des Wohnungsbaus mit Einfachtechnologie, das die GTZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt. Das Low-Cost-Housing-Projekt berät die Stadtverwaltung dabei, Programme zur kostengünstigen Wohnraumversorgung zu planen und umzusetzen. Das Projekt unterstützt ferner die Aus- und Fortbildung lokaler Kräfte und fördert kleine sowie mittlere Betriebe der Bauwirtschaft. GTZ International Services, zuständig für das Geschäft mit anderen Auftraggebern als der Bundesregierung, wickelt jetzt die Bauprojekte in der Stadt Addis Abeba technisch und finanziell ab. Hauptziel ist es, Abhilfe für die extreme Wohnungsnot zu schaffen, die Bauqualität zu verbessern und zugleich Arbeitsplätze zu schaffen.

„Die Low-Cost-Housing-Technologie steht für kostengünstiges, hochwertiges und nachhaltiges Bauen“, sagt Ralph Trosse, Technischer Berater des Projekts, und ergänzt: „Wer einziehen will, muss Eigentümer werden und 30 Prozent der Baukosten anzahlen.“ Der Rest wird über Baukredite mit einer Laufzeit von 15 Jahren finanziert. Die Vorfinanzierung übernimmt die Stadtverwaltung. Ruth Erlbeck: „Auf diese Weise möchten wir Eigenverantwortung und Ownership bei den Bewohnern fördern. Beides wirkt sich positiv auf Reparaturen, Wartung und Pflege der Einrichtungen aus.“ ▶





Tritt auf die Verkehrsbremse

Malte Kessler, Text | Valeriu Pana, Fotos

Hermannstadt (Sibiu) in Rumänien hat seinem Konzept zur Stadtentwicklung einen wichtigen Mosaikstein hinzugefügt. Behörden und Bewohner wissen inzwischen: In der Altstadt leben heißt mehr als Wohngebäude zu sanieren. Der öffentliche Raum steht zur Debatte. Und mit ihm der Autoverkehr.



Warum? Etwa wegen des guten Rufs, den Deutsche immer noch in Rumänien haben, das 2007 der Europäischen Union beitreten will? Oder weil die pragmatischen Hermannstädter sich über einen deutschstämmigen Bürgermeister Investitionen aus Deutschland versprechen? Fakt ist: Ausländische Investoren haben Hermannstadt und Umgebung zu ihrem Standort gewählt. Die Region entwickelt sich schnell, die Stadt blüht auf und bereitet sich auf das Beitrittsjahr vor, das gleich einen kulturellen Knüller bieten wird: Hermannstadt soll in zwei Jahren gemeinsam mit Luxemburg eine Kulturhauptstadt Europas sein. Mit seiner historischen Altstadt bewirbt Hermannstadt sich außerdem bei der UNESCO um den Status als Weltkulturerbe. Diese Entscheidung soll bereits 2006 fallen. Und bis dahin soll auch das jüngste rumänisch-deutsche Projekt umgesetzt sein: die Verkehrsberuhigung in der historischen Altstadt von Sibiu.

Die GTZ unterstützt die Stadt seit Ende der 90er Jahre bei der Altstadtsanierung. Dies geschieht im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Seit Beginn des Projekts berät das GTZ-Büro Einwohner, die ihre Wohngebäude gegen weiteren Verfall sichern und schrittweise sanieren wollen. Die öffentlichen Plätze, ihre Zuwege und Treppen sowie die Stadtmauern und Stadttore des historischen Kerns befanden sich ebenfalls in einem desolaten Zustand und müssen neu gestaltet werden. Behörden und Architekten sahen daher schnell ein: In der Altstadt zu leben, bedeutet mehr als Wohngebäude zu sanieren. Im rumänisch-deutschen Projekt greifen deshalb nun Raum- und Verkehrsplanung ineinander. Die Sanierung und Neugestaltung des öffentlichen Raums geht einher mit der Verkehrsorganisation.

Integrierte Planung

Zu viele Personen- und Lastkraftwagen kreuzten das Zentrum und kürzten durch ihre Wege durch die engen Gassen ab. Die malerischen Plätze in der Innenstadt



waren völlig zugestellt und standen damit für andere Funktionen nur eingeschränkt zur Verfügung. Der überörtliche Durchgangsverkehr rollt ebenfalls zum Teil noch durch die Hermannstädter City; so lange zumindest, bis die Umgehungsstraße im Westen der Stadt fertig ist. Ein Zustand, der dieser ungewöhnlichen Stadt nicht gerecht wird.

Das Konzept zur Verkehrsberuhigung in der Altstadt steht inzwischen fest. Die drei großen historischen Plätze, der Große und der Kleine Ring sowie der Huet-Platz werden autofrei gehalten. Die Fahrzeuge dürfen die historische Altstadt nicht mehr kreuzen, und die Parkflächen auf den Plätzen werden abgeschafft oder wesentlich verringert.



Öffentlicher Raum:
Die Lugenbrücke über den Kleinen Ring von Sibiu ist eine der vielen schmiedeeisernen Kunstwerke, die der Altstadt ihren Flair verleihen. Auch die Schlaglöcher auf dieser Straße in der Nähe des Großen Rings (rechts) werden bald einer neuen Fahrbahndecke weichen.

Hermannstadt ist gut für Überraschungen. Der Besucher staunt in Sibiu, wie die Stadt auf Rumänisch heißt, über eine mittelalterliche Architektur, die eher deutsch anmutet. Vor mehr als 800 Jahren kamen Siedler von Mosel und Niederrhein hierher und bauten ein blühendes Zentrum des Handels, Handwerks und der Künste auf. Die nächste Überraschung: Nur noch wenige Familien der Siebenbürger Sachsen leben hier, und trotzdem haben die rund 170 000 Hermannstädter einen deutschen Bürgermeister. Im Sommer vergangenen Jahres wählten sie Klaus Johannis zum zweiten Mal ins Amt und die Vertreter der deutschen Minderheit in den Stadt- und Kreisrat.

Große Pläne:
Steffen Mildner leitet
seit fünf Jahren das
GTZ-Büro in Sibiu,
wie Hermannstadt auf
Rumänisch heißt.
In zwei Jahren soll
das Altstadtzentrum
autofrei sein.



Das Parken auf den Straßen der Innenstadt folgt ebenfalls neuen Regeln. Bürgermeister und Stadtrat billigten das Konzept. „Und jetzt wird's umgesetzt“, sagt Projektkoordinator Steffen Mildner, der seit fünf Jahren das Hermannstädter GTZ-Büro leitet. Ein Großteil des Geldes hierfür kommt von der KfW Entwicklungsbank. Ein KfW-Zuschuss in Höhe von 1,5 Millionen Euro fließt je zur Hälfte in die Sanierung von Wohngebäuden und Sozialeinrichtungen sowie in die Sanierung des öffentlichen Raums. Das GTZ-Büro wickelt die Finanzierung ab.

Die Verkehrssituation in Hermannstadt sei im Vergleich zu anderen Städten noch nicht dramatisch, meint Steffen Mildner. Weil in der Altstadt viele arme und alte Leute wohnen, hält die Zahl der Autos sich noch in Grenzen. „Aber das ändert sich schnell; wir müssen vorausdenken und der Entwicklung zuvor kommen“, sagt Steffen Mildner. Wie verhindern wir es, dass die Autos überhand nehmen? Diese Frage könne nicht früh genug gestellt werden. Schon jetzt steht fest: Der Autoverkehr beeinträchtigt den Erlebniswert der Stadt.

Das angelaufene Programm will hauptsächlich den Verkehr verbannen, der die Altstadt kreuzt. Das ist zum Großteil bereits gelungen. Das neue Einbahnstraßensystem zeigt Wirkung. Weitere Straßen werden verkehrsberuhigt als Spielstraßen

und Tempo-30-Zonen eingerichtet. Zonen zum Kurz- und Anwohnerparken läuten die neue Zeit ein. Nicht zuletzt blockieren die zahlreichen Baustellen in der Innenstadt wirkungsvoll die Durchfahrt.

Ein weiterer Nebeneffekt dieser Baustellen: Sie erschweren das Besucherparken in der Altstadt und bereiten die Menschen schon mal seelisch auf eine autofreie Innenstadt vor. Im vergangenen Sommer war das Parken auf dem

Huet-Platz unmöglich, weil alle Trinkwasser- und Abwasserleitungen erneuert wurden. Am Kleinen Ring geht's weiter. Im Kulturhauptstadt-Jahr 2007 soll alles abgeschlossen sein. „Der Termindruck ist groß, aber er darf die Arbeit nicht beeinträchtigen“, sagt Steffen Mildner. Die Mitarbeiter im GTZ-Team des rumänisch-deutschen Projekts kontrollieren und sichern deshalb die Qualität. Im stillen Einverständnis mit den Stadtvätern drücken sie schon mal ein Auge zu, wenn Erdhaufen und Bauschutt nach Abschluss der Bauarbeiten liegen bleiben. Hauptsache, sie hindern die Autofahrer daran, den Weg vor dem historischen Ratsturm aus dem 15. Jahrhundert schon wieder als Abkürzung zu benutzen ...

Verständnis für die integrierte Altstadtsanierung zu finden, war anfangs schwierig; bei Behörden und Bewohnern gleichermaßen. Nicht nur der auf Gebäudesanierung verkürzte Begriff von Altstadtsanierung musste geistig zu den Akten gelegt werden. Viel zu kurzfristig wäre es auch, das Rohrnetz nur an jenen Stellen anzupacken, wo kein Wasser mehr aus der Leitung kommt oder nichts mehr abfließt. Das ganze



Netz steht zur Disposition. Mehr noch: Zu einer integrierten Altstadtanierung gehört der gesamte öffentliche Raum, die gesamte Infrastruktur, der Verkehr, die Revitalisierung und die Stärkung des Einzelhandels. „Zu einer lebendigen Altstadt gehört mehr als schön anzusehende renovierte Häuser“, sagt Steffen Mildner. Die anfangs spürbare Zurückhaltung der Bewohner und Autofahrer gegenüber weit reichenden Eingriffen weicht inzwischen der Einsicht, dass zukunftsorientierte Aspekte in die Neugestaltung der historischen, das Stadtbild prägenden Plätze einfließen müssen.

Sanierungsträger gesucht

„Wir führen intensive Diskussionen mit der Stadtverwaltung und dem Bürgermeister über die Frage der Nachhaltigkeit, also auch darüber, wie es weitergehen soll, wenn die Projektförderung eingestellt wird“, sagt Steffen Mildner. Eine brisante Frage, nicht zuletzt weil die 170 000 Einwohner von Hermannstadt mit nur 200 Beamten eine sehr schlanke Verwaltung haben. Ohne das GTZ-Büro könnte diese viele Aufgaben gar nicht wahrnehmen. „Ein

Konsens sieht vor, dass ein Sanierungsträger unsere Arbeit weiterführt“, sagt der GTZ-Büroleiter. Dies werde voraussichtlich eine Stiftung nach rumänischem Recht sein, an der die Stadt mehrheitlich beteiligt ist. Die lokalen Mitarbeiter, die „inzwischen voll in der Materie drin“ seien, würden die Beratungs- und Förderprogramme zur Altstadtanierung fortsetzen, inklusive der Verkehrsverbesserung. Dieser Sanierungsträger soll bis 2006 startklar sein.

Bis dahin werden die von öffentlichen Plätzen verbannten Autos voraussichtlich im Randgürtel der Altstadt parken. Eine Zählung soll ergeben, wie viele Besucher genau derzeit in der Altstadt parken und außerhalb Stellplatz benötigen. „Die hierfür benötigten Flächen haben wir bereits mit der Stadt festgelegt“, sagt Verkehrsplanerin Karin Roßmark vom GTZ-Team. Viel freie Fläche bietet das Bahnhofsareal. Der Blumenmarkt wird wohl ins Zentrum verlegt.

Mit seiner Verkehrsberuhigung steht Hermannstadt nach Ansicht der GTZ-Fachleute im internationalen Vergleich sehr gut da. Das Konzept dazu war auch Thema von Gesprächen, die mit den



Auf und ab:
Viele Treppenpassagen führen von der Unter- in die Oberstadt. Die Passanten für ein neues Stadtbild zu begeistern, war anfangs schwierig. Ihr Begriff von Altstadtanierung war lange Zeit auf Gebäudeanierung verkürzt.

Vertretern der UNESCO und Regierungsvertretern von Luxemburg geführt wurden. Alle sind sich einig: Wenn Hermannstadt 2007 europäische Kulturhauptstadt wird, muss die Stadt sich präsentieren und Besucher empfangen können. Ordentlich organisierte Parkplätze und ein autofreies Altstadtzentrum gehören da dazu. ☺

Malte Kessler ist freier Journalist in Bukarest. Valeriu Pana ist Fotograf und lebt ebenfalls in Bukarest.



Impulse für den öffentlichen Raum

Die Lage	Die Altstadt von Hermannstadt in Rumänien ist ein Kulturdenkmal von internationalem Rang, dessen Gebäude, Infrastruktur und öffentliche Anlagen verfallen.
Das Ziel	Die Stadt setzt einen auf Denkmalschutz, Kostenersparnis und partizipative Sanierung ausgerichteten Prozess in Gang, der sich nicht allein auf Wohngebäude beschränkt, sondern auch das Bauhandwerk fördert, den öffentlichen Raum neu gestaltet und den Verkehr beruhigt.
Das Konzept	Die GTZ baut ein Altstadt-Beratungsbüro auf, fördert Modellprojekte und unterstützt die Verwaltung dabei, Steuerungs- und Kontrollinstrumente zu entwickeln.
Die Partner	Die Bevölkerung der Altstadt, die Stadtverwaltung, NGOs und das Kulturministerium.
Die Kosten	Das BMZ unterstützt die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit zur Altstadtanierung in Hermannstadt mit rund 5,5 Millionen Euro.

Die Welt wird Stadt



Günter Meinert



Angelika Hutter

Günter Meinert,
Angelika Hutter

In 25 Jahren leben zwei Drittel aller Menschen in Städten. Mit der Einwohnerzahl wachsen die Ansprüche an die Rathäuser. Sie müssen wirtschaftliche Strukturen anpassen, die Daseinsvorsorge sichern, eine multikulturelle Bevölkerung integrieren und den Verbrauch natürlicher Ressourcen begrenzen. Mit prozessorientierten Leistungen trägt die GTZ im Auftrag des BMZ zu guter städtischer Regierungsführung bei.

UN-Generalsekretär Kofi Annan spricht vom Urban Millennium, dem Jahrtausend der Städte. Und er hat allen Grund dazu. Täglich steigt die Zahl der Stadtbewohner um 180 000. Der Handlungsdruck auf Stadtpolitiker und Verwaltung ist gewaltig. Doch die politischen und administrativen Steuerungskapazitäten halten mit der Dynamik der Stadtentwicklung nicht mit. Konflikte nehmen zu, und traditionelle Strukturen erodieren. Chronische Defizite in der Regierungsfähigkeit stellen viele Städte, besonders in den Entwicklungsländern, schon jetzt vor schier unlösbare Probleme.

Gleichwohl übt die Stadt weiterhin einen faszinierenden Einfluss auf die Menschen aus. Schon allein wegen der enormen Anziehungskraft von Urbanität, und nicht nur wegen besserer wirtschaftlicher Chancen in den Städten, wird die Zuwanderung aus den ländlichen Gebieten anhalten. Das Verhältnis von Chancen und Gefahren für das Leben in der Stadt von morgen wird dabei entscheidend von zwei Faktoren abhängen. Davon, ob es gelingt, möglichst viele Menschen an den Chancen partizipieren zu lassen. Und zweitens davon, ob belastbare Regeln für das schwierige Miteinander sozial, kulturell und ethnisch sehr unterschiedlicher Gruppen verhandelt und eingehalten werden können. Die Wirkungen solcher Lösungen – oder auch ihres Scheiterns – sind längst nicht mehr nur lokal. Städte vernetzen sich immer stärker national und international, Menschen wechseln den Arbeitsort, tauschen sich aus, werden von Medien informiert. Was in einer Stadt passiert, strahlt auf andere aus; in Zukunft noch mehr als heute.

Demokratie ist in Städten direkt erlebbar und wird auch eingefordert. Hinzu kommt die wachsende politische Bedeutung von Städten bei der Dezentralisierung und Demokratisierung. Beide Prozesse verla-

gern beträchtliche Entscheidungskompetenzen sowie Finanzmittel für öffentliche Ausgaben von der nationalen Ebene auf die Städte und Gemeinden. Das Gemeinwesen Stadt, die Polis, ist also nicht nur wortgeschichtlich die Grundlage der Politik. Kommunen, ob groß oder klein, werden in vielen Ländern zu einem neuen Machtfaktor, der Einfluss auf die nationale Politik ausübt. Die Einflussnahme erfolgt zum Beispiel über Städteverbände oder über einflussreiche Bürgermeister, aus deren Reihen oft genug Minister oder sogar Regierungschefs aufsteigen. Die Bedeutung der Städte für Entwicklungsprozesse rückt stärker ins Bewusstsein und beeinflusst ebenfalls die Agenda internationaler Organisationen. Die kürzlich erfolgte Gründung des Weltverbandes der Städte und Gemeinden (UCLG) ist ebenso Ausdruck davon wie das Motto der Weltausstellung 2010 in Shanghai: „Better City, better Life“.

Zeitgemäße Ansätze zur Kooperation

Angesichts dieses Panoramas und seiner vielen Facetten drängt sich die Frage auf: Was kann die Technische Zusammenarbeit dazu beitragen, die immensen Probleme zu bewältigen? Seit rund 30 Jahren fördert die GTZ die Stadtentwicklung; derzeit in mehr als 100 von ihr unterstützten Projekten mit städtischem Bezug. Unsere Entwicklungsfachleute unterstützen Integrierende Lösungsstrategien, Good Urban Governance, Capacity Development und tragen dazu bei, Rahmenbedingungen zu verbessern.

Oft geht es in der Stadtentwicklung um technische Aspekte: um den Aufbau städtischer Infrastruktur, öffentlicher Dienstleistungen und Kataster sowie um armutsorientierte Gewerbeförderung. Die GTZ tritt hier als Wissensvermittler auf. Unsere Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter greifen zurück auf ihre umfangreichen Erfahrungen aus vielen Projekten und Gremien. Sie stellen Fachexpertise zusammen, wie sie im konkreten Fall benötigt wird. Die Fachberatung unterstützt die Stadtverwaltung dabei, ökologische, ökonomische und soziale Folgen von Stadtentwicklung abzuschätzen. Oft zeigt sich dann, dass integrierte Lösungen nötig sind, die mehrere Problemkreise gleichzeitig angehen. Ein Beispiel hierfür sind Projekte zur Stadtsanierung, die Arbeit und Wohnen, Infrastruktur und Denkmalschutz in einer fachlich übergreifenden Strategie fördern.

Schon heute verbrauchen die Städte enorme Mengen an natürlichen Ressourcen. Neuere Instrumente des Stadtmanagements, wie die ökologische Haushaltsführung oder der ökologische Fußabdruck, belegen dies. Die Müllberge wachsen, die Abwasserströme schwellen an, und die Konzentration der Abgase nimmt zu. Die Gesundheit vieler Millionen Stadtbewohner leidet, und Satellitenbilder verdeutlichen bereits die globalen Auswirkungen: Weite Meeresabschnitte sind belastet. In Südostasien bildet sich eine braune Wolke von beinahe kontinentalem Ausmaß.

Was die ökonomische Seite betrifft, so weisen die rauchenden Schloten – wie früher bei uns – zweifellos auf wirtschaftlichen Erfolg hin. Die Städte schaffen in vielen Ländern den Löwenanteil an der nationalen Wertschöpfung. Als Innovationszentren und Anziehungspunkte für nationale und internationale Investitionen erzeugen sie den größten Teil des wirtschaftlichen Zuwachses. Das Wirtschaftswachstum in Asien wird zu 80 Prozent von Städten ausgehen. Die beeindruckenden Skylines der Globalisierungsgewinner täuschen aber nicht darüber hinweg, dass die nachholende Entwicklung leider auch die nicht nachhaltigen Entwicklungspfade der Industrieländer beschreitet. Neben den Gewinnern steht die große Zahl der Verlierer: Länder, Städte und Menschen, die im Wettbewerb nicht bestehen können. Selbst in wirtschaftlich starken Standorten partizipieren große Teile der Bevölkerung nur marginal am Wachstum. Immer mehr Arme drängen in den informellen Sektor, wo die Arbeitsplätze aber zurückgehen und die Arbeitsbedingungen sich verschlechtern.

Dieses *race to the bottom* zeigt sich auch im äußeren Erscheinungsbild der Städte. Stadtviertel verfallen, an den Stadträndern entstehen Slums und ausgedehnte informelle Siedlungen. In Afrika südlich der Sahara leben 72 Prozent aller Stadtbewohner in Slums, weltweit sind es fast 900 Millionen Menschen. Das Millenniumsziel, bis zum Jahre 2020 die Lebensbedingungen von 100 Millionen Slumbewohnern signifikant zu verbessern, nimmt sich dagegen fast bescheiden aus. Allein dieses Ziel zu erreichen, erfordert enorme zusätzliche Anstrengungen der Städte, der nationalen Regierungen und der internationalen Gemeinschaft.

Zukunftsfaktor Teilhabe

Gute Lösungen bedürfen der Mitarbeit vieler, damit sie umgesetzt werden können. Die betroffenen Bür-

ger müssen an den für die Entwicklung ihrer Stadt wichtigen Entscheidungen partizipieren. Nur so lassen sich ihre Standpunkte besser verstehen und Konflikte bewältigen. Teilhabe bewegt die Menschen zur Mitarbeit. Gerade arme Bevölkerungsgruppen benötigen dabei Unterstützung, damit sie ihrer Position Gehör verschaffen können. Damit Privatunternehmen öffentliche Dienstleistungen erbringen können, bedarf es geeigneter Modelle zur Betriebsführung. Die Stadtverwaltungen sind gefordert, ihre Entscheidungen gut zu begründen, ihren Aufwand und die Ergebnisse transparent zu machen. Entwicklungsprojekte schaffen Modellfälle. Auf dieser Grundlage werden Prinzipien und Vorgehensweisen einer Guten Regierungsführung in der öffentlichen Diskussion und der politischen Agenda verankert.

Angesichts der Fülle städtischer Probleme und knapper kommunaler Mittel mag der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit bescheiden anmuten. Doch ein zeitgemäßer Kooperationsansatz hat nicht den Anspruch, einen problematischen Sachverhalt nach dem anderen abzuarbeiten und somit den Gesamtkomplex Stadtentwicklung zu lösen. Die GTZ erhöht die Fähigkeiten der Beteiligten, ihre Probleme selbst zu lösen. Die Wissensvermittlung ist dabei nur ein Teilaspekt. Lebendige Projekterfahrung und eingeübtes zielführendes Vorgehen verändert Haltungen, Sicht- und Arbeitsweisen. Dies gilt für Menschen ebenso wie für Organisationen, die von den GTZ-Methoden der Organisationsentwicklung profitieren. Neue Formen dringend notwendiger Zusammenarbeit zwischen Gruppen und Organisationen bilden sich ebenfalls häufig erst durch ein Projekt heraus.

Müssen Probleme auf neuen Wegen bewältigt werden, so zeigt sich jedoch oft, wie lückenhaft und beschränkt die Rahmenbedingungen sind, die eine Zentralregierung vorgibt. Um Projektstrategien nachhaltig verankern zu können, trägt die GTZ deshalb dazu bei, staatliche Sektorpolitiken zu modifizieren, Förderinstrumente zu entwickeln oder Gesetze und Richtlinien anzupassen. Projekte zur Stadtentwicklung arbeiten mit Städteverbänden und Ministerien zusammen. Gemeinsam werden auf der Basis erprobter Lösungen fachlich fundierte Entscheidungsvorlagen erarbeitet. Umfangreiche Abstimmungsprozesse unterstützen die politische Willensbildung und die Akzeptanz von Reformen.

Die Kunst der Technischen Zusammenarbeit im Stadtmanagement besteht darin, genau jenen Mix aus Fach-, Organisations- und Umsetzungsberatung anzuwenden, der einer besonderen Situation entspricht und die Steuerungsfähigkeit aller an der Stadtentwicklung beteiligten Akteure stärkt. Die GTZ bietet hierzu prozessorientierte Leistungen an. Ihr Slogan könnte in Anlehnung an das Motto der nächsten Weltausstellung lauten: „Better Management for Better Cities“. ◉

Günter Meinert ist Leistungsschwerpunktmanager Nachhaltige Stadtentwicklung.

Angelika Hutter ist Fachplanerin im Kompetenzfeld Regionalisierung, Dezentralisierung, Kommunal- und Stadtentwicklung.

Dezentral auf Draht

Uganda legt die Schalter seiner Energiepolitik um. Die beiden Pole lauten: Energie sparen und dezentral erneuerbare Quellen erschließen. Der Draht zur wirtschaftlichen Entwicklung in den armen ländlichen Gebieten ist hergestellt.

Thomas Veser,
Text und Fotos

Den Queen's Cakes von Edith Mukasa eilt ein Ruf voraus. Die Bäckermeisterin und ihr Geselle ziehen soeben ein Blech mit dem duftenden Gebäck aus dem Ofen. Kurz darauf liegt die Backware im Omega Bakery Shop. In dem Laden in der Ortschaft Kyebaddo Erisa am Stadtrand von Kampala gehen die

Süßigkeiten weg wie warme Semmeln. Edith Mukasas Auftragsbuch ist ständig gefüllt.

Vor einiger Zeit hat die geschäftstüchtige Frau ihren vorsintflutlichen Riesenofen in der Backstube demontieren und durch eine verbesserte Version ersetzen lassen. Schon nach wenigen Wochen war klar: Die Investition in den Be-

trieb, der Jugendliche im Bäckerhandwerk ausbildet, hat sich gelohnt. Benötigte Edith Mukasa früher große Mengen an Brennholz, um den alten Ofen auf die nötige Temperatur zu bringen, so genügen heute pro Backtag ein paar Hände voll trockener Holzspäne. Damit lässt sich in der kleinen Brennkammer des wärmeisolierten Modells schnell die nötige Hitze erzeugen. Die Arbeitsbedingungen in der einst völlig verräucherten Backstube haben sich ebenfalls merklich verbessert. Edith Mukasa: „Das neue Modell setzt so gut wie keinen Rauch frei, außerdem nimmt der Ofen kaum Platz in Anspruch und lässt sich leicht bedienen.“

Im Nachbardorf Bwaise ist die Epoche der neuen Sparöfen noch nicht angebrochen. Auch dort wird Brot und Patisserie hergestellt. Die Smart Bakery gleicht allerdings eher einer Gießereihalle: Backöfen, so groß wie Heizkessel. Von einem Lastwagen werden dicke Baumstämme abgeladen. Mitarbeiter bugsieren sie in die Heizkammern. Es wird ein Weilchen dauern, bis in den Öfen die gewünschte Temperatur



herrscht. Dann verwandelt sich der Backraum in eine Sauna. „Fast jeden Monat steigen die Preise“, sagt Geschäftsführer Jimmy Kajja, als er die Holzrechnung prüft. „Das geht alles vom Umsatz ab.“ Dabei könnte sich der Mann im Nachbardorf davon überzeugen, dass es auch anders geht.

Die effizienten Energiesparer, die das ugandische Ministerium für Energie- und Mineralentwicklung bewirbt, sind inländische Erzeugnisse. Einheimische Handwerker konstruieren die Öfen für Betriebe und Privathaushalte und verwenden dazu nur lokales Material. Die neuen Geräte erreichen mit weniger Energieverbrauch leicht doppelt so viel Leistung wie die alten Öfen. Das kommt den stark geschädigten Naturwäldern zugute, denen die Brennholzentnahme durch die ländliche Bevölkerung bedrohlich zusetzt. Holzdiebstahl aus Privatbesitz nahm in den vergangenen Jahren zu. Die illegale Produktion von Holzkohle ist inzwischen weit verbreitet. Waldpflege und Wiederaufforstung werden hingegen in Uganda so gut wie nicht betrieben. In der Energiebilanz des ostafrikanischen



Landes dominiert die aus Biomasse gewonnene Energie mit einem Anteil von 93 Prozent. Produkte aus importiertem Erdöl machen sechs Prozent aus; der Stromanteil liegt gerade mal bei einem Prozent. Auf den Import von Kerosin wird verzichtet, da dieser Brennstoff zu teuer wäre und die Landbevölkerung sich die kostspieligen Brenner nicht leisten kann. Kein Land in Afrika südlich der Sahara hat einen geringeren Pro-Kopf-Verbrauch an kommerziell vertriebener Energie als Uganda, das einen Teil seiner Stromproduktion zudem an die Nachbarländer verkauft. Alte Ausrüstung und menschliche Nachlässigkeit lassen außerdem einen beträchtlichen Teil der erzeugten Energie wirkungslos verpuffen.

Neue Energiepolitik

Dieser fatalen Entwicklung will die ugandische Regierung einen Riegel vorschieben. Energiesparen ist eines der wichtigsten Ziele. Die Gesamtkosten für den Umbau des Energiesektors beziffert die Regierung auf umgerechnet knapp zwei Milliarden Dollar; 400 Millionen Dollar aus dieser Summe sollen in die Erneuerung der ländlichen Stromversorgung fließen. Die Regierung verspricht sich davon eine direkte positive Einwirkung auf die Armutsbekämpfung und die Modernisierung der Landwirtschaft, deren Produktion ein durchschnittliches Bevölkerungswachstum von 3,4 Prozent pro Jahr nicht mehr abdecken kann.

Die GTZ berät das ugandische Energieministerium seit 1999 im Auftrag des BMZ beim Umbau des Energiesektors. Der „Schlüsselfak-

tor Energie“ soll den ökonomischen Aufschwung in Uganda auf Touren bringen, der sich in einer moderat steigenden Wachstumsrate zeigt.

Um dies zu erreichen, müssen günstige Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das ugandische Ministerium für Energie- und Bodenschätze ist dafür auf nationaler Ebene zuständig. Das Ministerium für den Aufbau der lokalen Verwaltung bereitet unterdessen die Distriktbehörden auf die anstehenden Aufgaben vor. Denn Uganda strebt eine dezentrale Energiepolitik an. Öffentliche und private Interessensvertreter werden in diesen Prozess einbezogen. „Die Ziele können freilich nur erreicht werden, wenn auch die Bevölkerung auf unserer Seite steht“, sagt Projektmitarbeiter John Kutesakwe. Und so startete die Regierung zunächst eine Kampagne mit öffentlichen Veranstaltungen und ließ landesweit Info-Broschüren verteilen. „Spare Energy. Du bist gemeint!“, lautet der Titel eines Ratgebers. Erwachsene finden dort vor allem Hinweise für den Stromverbrauch im Haushalt.

Selbst die Filmkunst steht im Dienst der Aufklärung. „Full of Energy“ lautet der Titel eines Streifens, den das Great Lakes Studio produziert hat. Das Studio war zuvor in einer Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft gefördert worden. Als Teil der Umwelterziehung fand das Thema Energiesparen auch Eingang in kostenlos verteilte Schulbücher. Pädagogisch gut strukturierte Kapitel überzeugen die Kinder davon, dass ein bewusst sparsamer Umgang mit Energie die Umwelt schützt. „Eine solche Aufklärung

Lohnende Investition: Das Klein- und Kleingewerbe profitiert vom Anschluss ans Energienetz. Unter den Ortschaften beginnt ein Wettlauf um den spürbaren Fortschritt.





Effiziente Brennkammer: In Kyebaddo Erisa am Stadtrand von Kampala ist die Epoche der neuen Sparöfen angebrochen.

gab es in Uganda bisher nicht, und darum ist den meisten die tägliche Energievergeudung gar nicht bewusst“, sagt John Kuteesakwe. Weil es für die Landbevölkerung keine Alternative zur erneuerbaren Energie gibt, muss mit dieser Ressource schonend umgegangen werden. Eine 20 Jahre währende Diktatur und ein erst 1986 zu Ende gegangener Bürgerkrieg haben diese Einsicht allzu lange blockiert.

Das erste Wasserkraftwerk an den Owen Falls in Jinja am Viktoria-Nil nahm 1954 seinen Betrieb auf. In kleinen Schritten wurde bis vor kurzem seine Kapazität ständig erweitert. Rund 75 Prozent des dort produzierten Stroms gehen in die städtischen Zentren Kampala und Entebbe. Das Verteilungsnetz ist jedoch dünn, altersschwach und den heutigen Anforderungen längst nicht mehr gewachsen. Ständig fällt der Strom aus; meist zwischen 19 und 23 Uhr, wenn der Verbrauch seinen Höchststand erreicht. Auf dem Land sieht die Lage noch düsterer aus als in den städtischen Zentren. Kaum eine Ortschaft hat Stromanschluss. Elektrizität lässt sich dort stundenweise mit Diesellgeneratoren erzeugen oder stammt aus Batterien, die das knappe Budget der Dorfbewohner stark belasten. Pro Kilowattstunde Batteriestrom müssen die Menschen bis zu 60mal mehr zahlen als für Elektrizität aus der Steckdose.

Attraktiver Markt

Die Regierung hat inzwischen für die Untersektoren Elektrizität und Flüssigbrennstoff das staatliche Monopol aufgeben und damit den neuen Kurs in Richtung Privatisierung vorgegeben. „Dazu benötigt das mit Eigenkapital ungenügend ausgestattete Land ausländische Investoren. Sie spielen die Schlüsselrolle beim Ausbau der Kapazitäten“, sagt Philippe Simonis, der Leiter des GTZ-Teams im ugandisch-deutschen Energieprojekt.

Nach Auslandskapital musste Uganda gar nicht erst lange Ausschau halten. Unternehmen, vor allem aus Südafrika, Großbritannien und den USA sind bereits auf dem ugandischen Energiemarkt vertreten und werden inzwischen

von geschulten Behördenmitarbeitern beraten. Ein südafrikanisches Unternehmen übernahm im Frühjahr vergangenen Jahres die Uganda Electricity Generation Company Ltd., und ein britisch-südafrikanisches Konsortium wird Anfang 2005 die Uganda Electricity Distribution Company Ltd. übernehmen. Das Konsortium kündigte an, in den kommenden fünf Jahre 60 000 Neuanschlüsse zu schaffen. Die Weltbank stellte einen Kredit von 215 Millionen Dollar für den Ausbau des Bujagli-Kraftwerks am Viktoria-Nil bereit. Mit dem Tata Energy Research Institute in Bangalore, Indiens wichtigstem IT-Standort, vereinbarte die Regierung eine Partnerschaft für rationelle Energieverwendung in der Industrie.

Die Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße, an den Bedürfnissen der Endverbraucher orientierte Energiepolitik haben sich in Uganda verbessert. Das spüren nicht zuletzt die Handwerksbetriebe, die Energie sparende Kochherde produzieren. Die meisten Ofenhersteller berichten über steigende Verkaufszahlen. Die neuen Modelle gibt's eine Woche lang zum Gratistest.

Vertriebsfirmen für Solaranlagen verspüren ebenfalls erste Anzeichen des Aufschwungs. Emmy Kimbowa vom Solar- und Windenergie-Unternehmen Energy Systems setzt seine Produkte fast ausschließlich in Kampala ab. Weil bis auf Batterien und Kabel alle Bestandteile importiert werden müssen, ist der Preis relativ hoch. „Damit erreiche ich Vertreter der Mittelklasse in der Hauptstadt“, fügt er hinzu. Auf dem Land hingegen stehen seine Chancen schlecht, da sich die Menschen Kredite mit Zinssätzen von bis zu 40 Prozent nicht leisten können. „Hier müsste es Dorfbanken geben, die Kleinkredite vergeben“, wünscht sich der Geschäftsmann.

Jetzt wirbt Emmy Kimbowa in Kliniken, Schulen und Hotels für seine Solar- und Windanlagen. Die neue Energiepolitik unterstützt ihn dabei: Zölle für importierte Geräteteile wurden abgeschafft. ☉

Thomas Vesper schreibt und fotografiert für das Pressebüro Seegrund in Kreuzlingen in der Schweiz.

Energie für Haus und Wirtschaft

Die Lage	Die ineffiziente Nutzung von Biomasse, vor allem zum Kochen und zur Energieversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen, trägt in weiten Teilen des Landes zur Zerstörung der Wälder bei.
Das Ziel	Besserer Zugang für die Wirtschaft und die arme Bevölkerung zu modernen, nachhaltigen Energiedienstleistungen.
Das Konzept	GTZ-Berater unterstützen Prozesse der ugandischen Energiepolitik, entwickeln Strategien auf Distriktebene, helfen Firmen und NGOs, die Energieversorgung auf dem Land zu verbessern und die Energieeffizienz zu steigern, sensibilisieren die Öffentlichkeit und integrieren das Thema Energie in Schule, Beruf und Universität.
Die Partner	Fach- und Führungskräfte des Ministeriums für Energie und Bodenschätze, staatliche und nicht-staatliche Institutionen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, Schulen und NGOs.
Die Kosten	Das BMZ fördert die Technische Zusammenarbeit zur nachhaltigen Energieversorgung in Uganda bis 2008 mit 6,1 Millionen Euro.

Aids im Abseits

Michael Bitala, Text | Peter Frey, Fotos

Südafrika müsste zu einem Sturmloch gegen Aids ansetzen. Doch wer offensiv agiert, den stellt die Regierung ins Abseits. Denn gegen Aids wird gemauert. Gemeinsam mit dem Partner Fußball halten Aufklärer dagegen.



Dreizehn Jahre ist Precious Chauke erst alt. So klar, so aufgeklärt und so selbstbewusst wie sie sind wohl nur wenige in ihrem Alter. Das Mädchen erzählt mit einem sympathischen Lächeln, dass sie sehr wohl weiß, wie gefährlich HIV und Aids sind. Wie man sich ansteckt, weiß sie ebenfalls. Durch Sex, durch Bluttransfusionen, durch eine Wunde am eigenen Körper, in die das Blut eines Infizierten gelangt. Und dann spielt dieses Mädchen auch noch leidenschaftlich gern Fußball. Und das in Südafrika, wo dieser Sport doch den alles dominierenden Männern vorbehalten ist.

Precious Chauke nimmt im Sportstadion von Mamelodi an Kick-Aids teil. Das von der GTZ unterstützte Projekt ist Teil der südafrikanisch-deutschen Kulturwochen. Die Veranstalter wollen den Massensport Fußball nutzen, um auf das Thema Aids aufmerksam zu machen. Bevor am Nachmittag die Jugendnationalmannschaft Südafrikas gegen eine Westfalenauswahl antrat und 1:0 gewann, konnten Jungen und Mädchen in kurzfristig eingerichteten Fußball-Schulen das Toreschießen üben, und neben-

bei etwas über HIV und Aids erfahren. In der Halbzeitpause des Spiels führten Laienschauspieler ein Theaterstück zum Thema Aids auf. An jedem der drei Veranstaltungsorte nahmen an den Soccer Schools bis zu 600 Kinder aus lokalen Schulen und Fußballclubs teil. Insgesamt kamen mehr als 15 000 Besucher.

Wer Precious Chauke zusieht, wie sie im Fußballstadion von Mamelodi, einem Township in der Nähe der Hauptstadt Pretoria, mit dem Ball dribbelt, wie sie aufs Tor schießt oder wie sie ihrem Trainer zuhört, dann drängt sich einem schnell die Frage auf, warum nicht alle Jugendlichen, warum nicht alle Männer und Frauen in Südafrika so denken wie sie. „Aids ist ein großes Problem, es gibt keine Heilung, darum müssen wir uns schützen und dagegen kämpfen“, sagt Precious Chauke.

Massensterben am Kap

Wer möchte dem widersprechen? Das Land am Kap wird von der Pandemie geplagt wie kein anderes. In Südafrika sind laut jüngster Regierungsstatistik mehr



als 5,6 Millionen Menschen HIV-infiziert, das sind 12,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Vor allem junge Südafrikaner sind davon betroffen. Rund 20 Prozent der 15- bis 49-Jährigen tragen das Virus in sich, und es wird geschätzt, dass 40 Prozent aller Todesfälle in dieser Altersgruppe auf Aids zurückzuführen sind. Schon jetzt sind 1,5 Millionen Menschen gestorben. Bis 2011 werden weitere fünf Millionen an Aids zugrunde gehen, besagt eine Studie der University of South Africa. In Südafrika findet ein Massensterben statt. Die Seuche rafft die junge Generation dahin. Selbst wenn sofort radikal eingegriffen würde; selbst wenn sich ab sofort kein einziger Mensch mehr infizieren würde – die kommenden Jahre sehen düster aus für Südafrika.

Denn wer den Kindern und Jugendlichen beim Aids-Kick zuschaut, steht ratlos am Spielfeldrand. Da gibt es ein Land, das laut Statistik die höchste Infektionsrate weltweit hat, und dennoch wird diese Katastrophe von der Regierung nicht wirklich ernst genommen. Schlimmer noch: Thabo Mbeki ist weltweit der einzige Präsident, der den Zusammenhang zwischen HIV und Aids bezweifelt und kürzlich hoch empört auf die Frage eines Journalisten reagierte, ob er sich denn testen lassen würde. So, als ob es eine Majestätsbeleidigung wäre, und er mit diesem Test nicht ein Vorbild für all die Bewohner des Landes sein könnte. Noch unverständlicher verhält sich Gesundheitsministerin Manto Tshabalala-Msimang. Sie empfahl schon einmal, viel Rote Bete, Knoblauch und Olivenöl zu essen, um die Krankheit zu bekämpfen.

Am schlimmsten aber ist es nach Ansicht von Aids-Aktivisten, dass sich die Regierung nur zögerlich dazu bewegen lässt, kostenlose Medikamente an HIV-positive Schwangere zu verteilen, um die Ansteckung auf das Baby zu verringern. Solche Präparate seien giftig und hätten viel zu viele Nebenwirkungen, behauptet Gesundheitsministerin Manto Tshabalala-Msimang. Wie wichtig die Ausgabe dieser Präparate jedoch ist, zeigt ebenfalls die jüngste Statistik: Demnach sind 27,9 Prozent aller Schwangeren mit dem Virus infiziert. Dass diese aberwitzige Aids-Politik von oberster Stelle unterstützt wird, zeigt auch der jüngste Vorschlag von Vize-Präsident Jacob Zuma, der alle Mädchen im Land aufforderte, sich

einem Jungfräulichkeits-Test zu unterziehen. Damit, so der zweitmächtigste Politiker Südafrikas, könne die Pandemie bekämpft werden. Und das in einem Land, das weltweit die höchste Vergewaltigungsrate hat, und in dem viele glauben, Sex mit einer Jungfrau könne Aids heilen.

Bohrende Fragen

Warum ist das so? Warum müssen sich die Vereinten Nationen, private Hilfsorganisationen, Menschenrechtsgruppen und die GTZ so plagen, um Aids den Stellenwert in der südafrikanischen Öffentlichkeit zu geben, den die Immunschwächekrankheit angesichts der Katastrophe hat? Warum erklärt die Regierung nicht den nationalen Notstand und setzt alle Mittel ein, um die weitere Ausbreitung zu stoppen? Warum gibt es auf dem Land fast nirgends Plakate gegen Aids? Warum zeigen die wenigen, die es in den Städten gibt, nicht Menschen im Endstadium, um andere zu warnen? Warum sagt die südafrikanische Regierung nicht so radikal, wie es den Tatsachen entspricht, dass, wer ungeschützten Sex hat, höchstwahrscheinlich an Aids sterben wird?

Natürlich gibt es auch in anderen afrikanischen Ländern Probleme mit der Sexualaufklärung. Niemand spricht in diesen meist sehr konservativen Gesellschaften gern über ein solch intimes Thema. Hinzu kommt: Aids ist nach wie vor mit dem Stigma des Fremdgehens behaftet. Aber nirgendwo sonst auf dem Kontinent ist der Widerstand so massiv wie in Südafrika. In Uganda, Kenia, Kongo, Nigeria oder Malawi sprechen die Regierenden nach anfänglichem Zögern heute offen über Aids und wie man sich dagegen schützen kann. Denn es ist offensichtlich: Aids wütet in Afrika wie sonst nirgendwo auf der Welt. Im Jahr 2003 starben südlich der Sahara 2,2 Millionen Menschen an Aids, fünf Millionen wurden neu infiziert. Nur in Südafrika wird offiziell geleugnet, verharmlost und verdrängt – eine tödliche Politik.

Sally McKibbin ist eine derjenigen, die seit Jahren gegen HIV und Aids in Südafrika kämpfen. Die Frau leitet das Thembaletu Home Base Care Projekt in der Nähe der Provinzstadt Nelspruit. Ihre Mitarbeiter kümmern sich um all die Menschen, die Aids im Endstadium haben und zu Hause gepflegt werden.

Kick-Aids:
Im Fußballstadion von Mamelodi und bei zwei weiteren Veranstaltungen zur südafrikanisch-deutschen Kulturwoche nahmen 15 000 Besucher an Sport und Aids-Aufklärung teil.



„Es ist ziemlich schockierend, was hier in den Gemeinden vor sich geht“, sagt sie. Die Infektionsrate in dieser Region im Nordosten des Landes liege bei 40 Prozent. Doch niemand spreche darüber, selbst in Krankenhäusern werde nie Aids als Todesursache angegeben, sondern immer nur Lungenentzündung, Durchfall oder all die anderen Folgen der Immunschwächekrankheit. „Den Menschen ist unsere Arbeit peinlich. Niemand will damit etwas zu tun haben, das Thema ist immer noch tabu.“ Und natürlich kritisiert Sally McKibbin die Regierung. Wenn sie offensiver mit der Krankheit umginge, wenn sie endlich entschiedener den Kampf gegen die weitere Ausbreitung aufnehmen würde, dann wäre dies auch ein Zeichen für die Bevölkerung, sich den Gefahren zu stellen und offen darüber zu reden.

Falscher Stolz

Das Südafrika sich einer vernünftigen Aids-Politik verweigert, hängt nach Ansicht der Leiterin des Home Base Care Projekts „natürlich auch mit Stolz zusammen“. Dem Stolz der Schwarzen. Die Zeiten seien vorbei, in denen schwarze Südafrikaner als „faul, verlogen, stinkend, krank, korrupt, gewalttätig, unmoralisch, sexuell verdorben, tierisch, wild und vergewaltigend“ porträtiert worden seien, sagte Präsident Mbeki kürzlich voller Zorn. Ein weißer Oppositioneller hatte ihn gefragt, ob die steigende Vergewaltigungsrate in Südafrika etwas mit der Ausbreitung von Aids zu tun haben könnte. Dies sei eine „rassistische Frage“, wettete der Präsident.

Dabei sind es vor allem Weiße, die an vorderster Stelle gegen die Ausbreitung von Aids kämpfen. Der Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu hatte in einer Rede zu Ehren Nelson Mandelas diese Tatsache erwähnt und den vielen Weißen gedankt, die sich aufopferungsvoll für die Infizierten und Erkrankten einsetzen. Der Erzbischof tat dies mit dem Hinweis, dass dieser pflegerische Einsatz zehn Jahre nach dem Ende der Apartheid ein großer Beitrag zur Versöhnung sei. Denn immerhin sei die schwarze Bevölkerung am stärksten von Aids betroffen.

Desmond Tutu und Nelson Mandela kritisieren die Aids-Politik von Thabo Mbeki scharf. Die Vorkämpfer gegen die Apartheid haben auch heute noch bei den Menschen das höchste Ansehen, und sie stehen sicherlich nicht im Verdacht, einer rassistischen Sache zu dienen. Wenn sie Aids zum Thema machen, besteht die Hoffnung, dass sich auch die schwarze südafrikanische Bevölkerung der Gefahr offensiver stellt. Noch viel mehr schwarze Südafrikaner als bisher müssen für den Kampf gegen Aids gewonnen werden. Bisher gilt dieser Einsatz eher als „Ding der Weißen“.

Allein ein Turnier wie Kick-Aids zeigt, wie weit der Weg in Südafrika noch ist. Zu viele Menschen zeigten noch mit dem Finger auf andere und sagen „Schaut mal, der hat Aids“, meint die kleine Precious Chauke. Diese Haltung sei auch in Mamelodi noch weit verbreitet. Und deshalb traue sich auch niemand, der Gefahr ins Auge zu blicken. ◀

Michael Bitala ist Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Afrika.



An vielen Fronten gegen Aids

Der Kampf gegen den HI-Virus und die Immunschwächekrankheit Aids zieht sich als Querschnittsthema durch alle südafrikanisch-deutschen Entwicklungsprojekte der Technischen Zusammenarbeit im Auftrag des BMZ. Diese konzentriert sich auf die Schwerpunkte Good Governance, Berufliche Bildung und Kommunale Entwicklung. Überall stellen sich die GTZ-Teams und ihre lokalen Partner die Frage: Welche Auswirkungen hat die Aids-Pandemie im jeweiligen Kontext, und wie kann der Kampf gegen Aids in die laufende Arbeit der jeweiligen Projekte integriert werden? Darüber hinaus leistet die GTZ wirkungsvolle Arbeit gegen Aids, indem sie die Nelson Mandela Foundation (NMF) unterstützt, einen Querschnittsfonds gegen HIV und Aids fördert und Privatunternehmen dabei hilft, Arbeitsplatzprogramme für ihre Beschäftigten zu entwickeln und umzusetzen.

Die Kooperation mit der in Johannesburg ansässigen NMF dient dem Ziel, gemeinsame Anti-Aids-Initiativen umzusetzen, die besonders auf dem Land die HIV-Prävalenzrate verringern und infizierte Menschen besser versorgen. Die Foundation trägt hierzu bei, indem sie ausgewählte Repräsentanten aus Zivilgesellschaft, NGOs, Privatwirtschaft und Regierungsinstitutionen mobilisiert. Erfolgreich war die NMF nicht zuletzt mit ihrem viel beachteten Aids-Benefiz-Konzert vor gut einem Jahr in Kapstadt, bei dem zahlreiche internationale Stars auftraten; unter anderem Bono, die Eurythmics, Jimmy Cliff, Babba Maal, Johnny Clegg, Queen, Youssou N'dour und Peter Gabriel. Die GTZ stärkt die Stiftung auch organisatorisch. Der Querschnittsfonds will Aids bremsen, indem er südafrikanische Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dabei unterstützt, selbst die Initiative zu ergreifen. Der Fonds setzt auf die Arbeits- und Vertrauensbeziehungen, die südafrikanische Partner zu unterschiedlichen Akteuren der deutschen Entwicklungszusammenarbeit pflegen. Besonderes Profil gewinnt der Querschnittsfonds dadurch, dass er Interventionswissen mit Anschubfinanzierung kombiniert.

Die Kooperation mit Unternehmen läuft zumeist in so genannten PPP-Projekten. Ein Beispiel für solch eine Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft ist die Zusammenarbeit mit DaimlerChrysler in Südafrika. Der Automobilhersteller hat mit Unterstützung der GTZ für seine mehr als 4200 Personen starke Belegschaft ein umfangreiches Programm zur Aufklärung und Vorbeugung zu HIV/Aids und zur Behandlung von Aids-Kranken geplant und umgesetzt. Dieses Programm wurde auf das Umfeld des Unternehmens ausgeweitet und erreicht inzwischen schätzungsweise nahezu 40 000 Personen. ▶

Kontakt: klemens.hubert@gtz.de

heiko.roehl@gtz.de



Brennpunkt Brutgebiet

Marcus Bensmann, Text | Thomas Grabka, Fotos

Seit der Aralsee austrocknet, überschwemmen die Heuschrecken das Land. Riesige Schilfwälder auf dem trockengelegten Seegrund sind ihre Brutstätten. Um den Menschen in der autonomen Republik Karakalpakistan die Plage zu ersparen, setzt die GTZ ihre Erfahrung aus Afrika ein.

Das Propellerflugzeug Antonow II taucht aus dem hellblauen Himmel in die Tiefe, beschreibt eine steile Kurve und gibt den Blick frei auf den Amu-Darja-Fluss und dessen

neue Mündung in den Aralsee. Nach Jahren der Trockenheit erreicht der Strom, vorbei am alten Flussbett, erstmals wieder das schwindende Gewässer in der zentralasiatischen Steppe. Das

Schmelzwasser aus dem Hochgebirge Pamir gibt dem Fluss neue Kraft. Grün schimmernde Schilf- und Riedwälder umgeben den neuen Flusslauf oder bilden im Mündungsdelta kleine runde Inseln.

Das Team in der heftig vibrierenden Antonow ist auf Erkundungsflug. Seit zwei Tagen dreht die Maschine ihre Runden über dem trockengefallenen Aralseeboden, stets auf der Suche nach möglichen Brutstätten für Heuschrecken. „Die Antonow ist wendig wie ein Vogel“, sagt der Pilot. Das erklärt, weshalb der Oldtimer bis heute die Allzweckwaffe in der Schädlingsbekämpfung ist.

Planer der Sowjetunion hatten die weiten Gebiete, über die die Antonow kreist, in den 60er und 70er Jahren in eine riesige



Baumwollplantage verwandelt. Gewaltige Kanalbauten leiteten das Wasser der beiden Zuflüsse des Aralsees in die Baumwollfelder, die Reichtum und Wachstum verhießen. Zu spät merkte man, dass die Wasserzufuhr aus den Quellgebieten der beiden Flüsse in den zentralasiatischen Hochgebirgen des Tienshan und des Pamir begrenzt waren. In den Aralsee floss nicht mehr genügend Wasser. Der einst drittgrößte Binnensee der Welt begann zu schwinden. Die Ufer schoben sich mehr als hundert Kilometer nach innen. Und jedes Jahr verdunstet mehr Wasser als hinzukommt. Zurück bleibt ein salziger, mit Pestiziden verseuchter Grund. Der Wind trägt den salzigen Staub hunderte Kilometer durch die Hemisphäre. Eine schwere Dürre zwischen 1999 und 2001 in Zentralasien beschleunigte den Prozess. Der Amu Darja versiegte auf dem Weg in den Aralsee völlig.

Der Rückgang des Aralsees hat Karakalpakistan, die autonome Republik in Usbekistan, wirtschaftlich und ökologisch stark getrof-

fen. Eine Arbeitslosenquote von mehr als 50 Prozent hat die einst wohlhabende Gegend in ein Armenhaus verwandelt. Die Tuberkulose breitet sich nach UN-Daten aus wie eine Seuche. Mehr als 90 Prozent der Frauen und Kinder leiden unter Anämie. Die Lebenserwartung der zwei Millionen Menschen in der Aralregion ist seit dem Verschwinden des Aralsees um fünf auf 63 Jahre gesunken. Die zunehmende Versalzung der Böden und Wasserarmut bedroht die karge Landwirtschaft. Weit auslaufende Schilfwälder stehen auf trockenem Grund und bilden ideale Brutstätten für Heuschrecken.

Zähne des Windes

Die asiatische und die noch gefährlichere italienische Heuschrecke schlüpfen im April. Die noch flugunfähigen Larven ziehen in so genannten Larvenbändern durch die Brutregion. Wenn sie im August geschlechtsreif sind und sich in die Lüfte erheben, ist alles zu spät. Von Böen über die Ebene getrieben, fallen die „Zähne des Windes“ über jedes Feld und jede Anpflanzung her.

Der Leiter eines von der GTZ geförderten landwirtschaftlichen Betriebs aus dem Dorf Kasakdarja erinnert sich an die letzte Heimsuchung im Jahre 2002. „Die Schwärme verdunkelten den Himmel“, sagt der drahtige Mann namens Mengis. Von einem lehmigen Erdhügel aus zeigt er auf die Felder und ergänzt: „Die Heuschrecken haben alles aufgefressen, wir konnten nur zuschauen.“ Als der Aralsee noch Wasser hatte, war Kasakdarja eine florierende Fischersiedlung. Die Männer zogen jährlich

mehr als 300 000 Tonnen Fisch aus dem See, von denen rund 60 000 zu Konserven verarbeitet und weltweit exportiert wurden. Die verfallenen Gebäude einer Fischfabrik zeugen von früherer Geschäftigkeit. Heute liegen in den vergammelten Holzfässern nur noch einige Kilo Fisch, in Salz gepackt. Eine klägliche Fangausbeute aus den wenigen verbleibenden Seen. Den um Arbeit und Einkommen gebrachten Einwohnern gelang es immerhin mit Unterstützung der GTZ, von usbekischen Wissenschaftlern entdeckte und gezüchtete, salztolerante Nutzpflanzen auf den versalzten Böden anzupflanzen. Aber auch diese Felder wurden im Schreckensjahr 2002 zur Beute der Heuschrecken.

Die GTZ hat deshalb im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der Region Karakalpakistan zügig ein Programm zur effektiven Bekämpfung der Heuschrecken gestartet. Hans Wilps, Leiter des GTZ-Teams im usbekisch-deutschen Programm zur Heuschreckenbekämpfung in der Aralseeregion, hat die Plagegeister jahrelang in Afrika bekämpft und weiß daher: „Eine effektive Bekämpfung ist nur möglich, wenn die Brutstätten der Schädlinge bekannt sind und Larvenbestände dort bereits während der Brutzeit dezimiert werden.“

Karte von der Front

Mit modernster Kommunikationstechnik erstellt die GTZ Karten mit den möglichen Brut- und Verbreitungsgebieten der Heuschrecken in der Aralseeregion. Dies



Auf Inspektionsflug: Spezialisten zur Bekämpfung von Heuschrecken überfliegen das Mündungsdelta des Amu Darja nahe von Mujnak. Die ehemalige Hafenstadt lag einmal auf einer Halbinsel am südlichen Ende des Aralsees. Heute ist das Ufer mehr als 120 Kilometer entfernt. Auf dem trockenengefallenen Grund des Aralsees liegen Schiffswracks (unten).





Wieder gelandet: Nach Rundflügen in der Antonow II und unter Verwendung von Satellitenfotos entsteht eine Landkarte mit potenziellen Brutgebieten wie dieser Wasser- und Schilflandschaft nördlich von Nukus, der Hauptstadt der autonomen usbekischen Provinz Karakalpakistan.

geschieht in Kooperation mit der amerikanischen Universität von Wyoming. Die Uni hat Satellitenfotos von der Region geordert, die die Bodenbeschaffenheit in verschiedenen Farben wiedergeben. Weiden und Felder erscheinen rot, die möglichen Schilfwälder grün. Ramesch Sivanpillai von der Universität in Wyoming vergleicht nun aus der Antonow II die Daten aus dem Weltraum mit der Wirklichkeit am Boden. Hans Wilps verifiziert derweil aus dem Flugzeug die Überflugpunkte mit Hilfe eines GPS-Geräts.

Nach den Rundflügen fährt das GTZ-Team in robusten russischen Jeeps durch das schwer zugängliche Gelände zu den brisanten Punkten. Ein GPS-Gerät steuert sie

direkt an. Die Satellitenfotos, die Rundflüge und die Landfahrten ermöglichen die Erstellung einer exakten Karte der potenziellen Habitatgebiete. Die lokalen Mitarbeiter der Behörde zur Schädlingsbekämpfung in Karakalpakistan lernen während der Ausfahrten, die Satellitenfotos zu lesen und die GPS-Technik anzuwenden. Ist eine solche Karte erst einmal erstellt, kann sie mit geringem Aufwand immer wieder aktualisiert werden. Das ist auch nötig. Denn die Landschaft in der Aralregion verändert sich rapide. Während der Dürre waren die Seen und Feuchtgebiete ausgetrocknet. Inzwischen führen sie wieder reichlich Wasser. Eine neue Trockenperiode wird die Bodenbeschaffenheit erneut verändern.

„Die Karte ist der erste wichtige Schritt“, sagt Hans Wilps. Der Leiter des GTZ-Teams im usbekisch-deutschen Projekt kann schon jetzt sagen, dass sich die möglichen Habitatgebiete für Heuschrecken auf eine Fläche von bis zu zweieinhalb Millionen Hektar erstrecken. Die gute Nachricht: „Dank der Satellitenfotos und der Rundflüge können wir praktisch ein gleich großes, kaum zugängliches und sehr schwer kontrollierbares Gebiet an der usbekisch-kasachischen Grenze, das bisher als wichtiges Brutgebiet galt, nun endgültig abschließen.“

Schonende Sprühtechnik

Die Modernisierung der lokalen Schädlingsbekämpfung in der Region ist neben der Kartenerstellung der zweite Pfeiler des Projekts zur Heuschreckenbekämpfung. In Karakalpakistan arbeiten zur Zeit nur noch 58 Personen an dieser Front. In der Sowjetzeit war der Personalbestand dreimal höher. Die karakalpakische Abteilung für Schädlingsbekämpfung unterhält acht Überwachungsstationen, die über das Land verteilt sind. Die Fahrzeuge und die Spritzpumpen sind veraltet. Von den zweieinhalb Millionen Hektar möglichen Brutgebiets können nur maximal 150 000 Hektar kontrolliert werden. Im vergangenen Jahr waren es nicht mal 60 000 Hektar.

Das Prinzip der Heuschreckenbekämpfung zur Sowjetzeit lautete: Nicht kleckern, sondern klotzen! Mehr als eine Million Hektar Land wurde in der Aralregion mit Pestiziden übersprüht. Ein enges Netz von Einheiten organisierte die vorbeugende Behandlung riesiger Landflächen. Zwar galt das Heuschreckenproblem in der Sowjetunion offiziell als gelöst, aber das entsprach nicht der Realität. Trotz der gewaltigen Einsätze gab es auch während der Sowjetzeit immer Plagen.

„Heuschreckenbefälle sind schwer vorherzusehen“, sagt Hans Wilps. Es gibt Jahre, in denen die Insekten zwar schlüpfen, sich aber nicht zu Schwärmen zusammenfinden. In dieser Phase nehmen die Heuschrecken eine



grüne Farbe an. Sind sie jedoch braun gefärbt, rotten sich die Heuschrecken zu Schwärmen zusammen und fliegen übers Land. „Es ist leider noch nicht ausreichend erforscht, unter welchen Voraussetzungen die Heuschrecken Schwärme bilden und wann nicht“, bedauert Wilps.

Mit dem Ende der Sowjetunion zerfiel auch das einheitliche System der Heuschreckebekämpfung. Die zentralasiatischen Staaten grenzten sich voneinander ab. In Kasachstan wurde die Schädlingsbekämpfung privatisiert, in Usbekistan blieb sie staatlich. Die verbliebenen Strukturen und die technische Ausrüstung wurden vernachlässigt. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion waren nicht mehr in der Lage, den großen Aufwand einer flächendeckenden Schädlingsbekämpfung zu tragen, den Moskau zuvor direkt finanziert hatte. Die Folge: Die kontrollierten Flächen gingen jährlich zurück. Die Kontrolle findet heute eher nach dem Zufallsprinzip statt. Die Einheiten sind nur so lange unterwegs, wie der Sprit für Flugzeuge und Jeeps reicht.

Mit Unterstützung der GTZ sollen die lokalen Einheiten zur Heuschreckebekämpfung in Karakalpakistan nun gezielt die per Karte georteten Habitatgebiete kontrollieren. Die Sprühtechnik wird auf das umweltfreundliche Ultra Low Verfahren (ULV) umgestellt. Bei diesem Verfahren werden die in Öl formulierten Pestizide als feiner, wirksamer Nebel ausgesprüht, der sich langsam über die Anpflanzungen legt. Mit der ULV-Technik reicht schon ein Liter Sprühmittel pro Hektar aus. Bisher spritzten die Schädlingsbekämpfer ein Gemisch aus Pestiziden und Wasser über die Felder. Die alten sowjetischen Giftspritzen, die sie dafür benutzen, waren auf Traktoren oder an Flugzeugen montiert. Mit dieser Methode wurden 100 oder mehr Liter Flüssigkeit je Hektar gesprüht.

ULV wird weltweit erfolgreich angewendet und erlaubt gezieltes Sprühen. Die Gifte dringen nicht in den Boden ein, sondern bleiben auf der Oberfläche, wo sie



nach einiger Zeit durch UV-Strahlung zerfallen. Die ULV-Methode ist außerdem erheblich kostengünstiger, denn bei einer Fläche von 100 000 Hektar müssen statt zehn Millionen Liter nur noch knapp 100 000 Liter ausgebracht werden. Mit Unterstützung der GTZ sammeln die lokalen Fachkräfte bereits im Frühjahr 2003 erste Erfahrungen mit der ULV-Technik, die internationale Experten nun in weiteren Kursen vertiefen. Hans Wilps bedauert, dass die Heuschreckebekämpfung noch nicht völlig auf Pestizide verzichten kann. Er selbst hat an der Entwicklung biologischer Wirkstoffe mitgearbeitet: an Produkten auf der Basis heuschreckenspezifischer Pilzsporen. Aber: „Wenn die Heuschrecken in Massen auftreten, helfen nur Pestizide.“

Im vergangenen Jahr blieb den Menschen in Karakalpakistan die Plage erspart. Nach zwei regenreichen Jahren stehen die meisten Schilfwälder unter Wasser, und die Heuschrecken konnten nicht schlüpfen. „Wir haben so für die nötige Umstellung wertvolle Zeit gewonnen“, freut sich Wilps. Aber selbst wenn die Heuschreckenhabitate in Usbekistan dank der Habitatkarten und ULV-Technik unter Kontrolle sind: „Aus Russland oder Kasachstan können immer wieder Schwärme in Karakalpakistan einfallen. Die Heuschrecken scheren sich nicht um die neuen Grenzverläufe in Zentralasien, sie fliegen mit dem Wind, landen, fressen und vermehren sich, wo die Umweltbedingungen günstig sind.“

Eine effektive Heuschreckebekämpfung muss daher über die Staatsgrenzen hinweg erfolgen. Die Technische Zusammenarbeit ist deswegen überregional ausgelegt. Noch in diesem Jahr wird zusammen mit der Universität Wyoming und dem französischen Heuschreckenzentrum CIRAD in Montpellier damit begonnen, den kasachischen Heuschreckendienst zu beraten. ◀

Marcus Bensmann ist freier Journalist in Taschkent.
Thomas Grabka ist freier Fotograf und lebt in Berlin.

Bedrohte Reisernete: Schritt für Schritt stellen die Bauern beim Sprühen auf das umweltfreundlichere Ultra Low Verfahren um. Die Methode erlaubt gezieltes Sprühen und wird weltweit erfolgreich angewendet.

Kontrolle mit System

Die Lage	Heuschrecken bedrohen die wirtschaftliche Existenz kleinbäuerlicher Betriebe in Zentralasien und gefährden das Entwicklungsprojekt zur Förderung der privaten Agrarwirtschaft in der verarmten Aralseeregion.
Das Ziel	Die Heuschreckendienste der Partnerländer sind in der Lage, die schädlichen Insekten frühzeitig, umweltverträglich und kostengünstig zu kontrollieren.
Das Konzept	Das Projekt erfasst und kartographiert die Befallsgebiete per Fernerkundung, schafft nationale Ausbildungskapazitäten, macht Partner mit FAO-Standards vertraut und passt die Ausrüstung der Pflanzenschutzdienste internationalem Niveau an.
Die Partner	Fach- und Führungskräfte der Landwirtschaftsministerien, Leiter und Fachkräfte der regionalen und lokalen Heuschreckendienste und -stationen, landwirtschaftliche Betriebe und Bauernverbände.
Die Kosten	Das BMZ fördert die Technische Zusammenarbeit zur nachhaltigen Bekämpfung von Schadheuschrecken in Zentralasien bis 2006 mit zwei Millionen Euro.

Feilen am EU-Fahrplan

Urs Fitze, Text | Katharina Tripold, Fotos

Mazedonien nimmt Kurs auf die Europäische Union. In fünf Jahren soll das Ziel erreicht sein. Berater der GTZ unterstützen die Annäherung an westliche Gesetzesstandards und deren praktische Umsetzung.

Herrlich fruchtig schmeckt die Erdbeermarmelade der Marke Vitalia, und auch die eingemachten Aprikosen haben ein sagenhaftes Aroma. „Von Hand gemacht schmeckt einfach besser“, sagt Nikola Vetadzokoski, Inhaber und Manager der Vitalia Health Food in der mazedonischen Hauptstadt Skopje. Mitarbeiterinnen des Lebensmittelbetriebs kochen die frisch vom Markt angelieferten Früchte selbst ein. Rund 20 000 Gläser der auch für Diabetiker geeigneten Erdbeermarmelade hat Vitalia Health Food im vergangenen Sommer abgefüllt. Nicht viel. Doch Vetadzokoski geht es um Qualität. Niedrige Lohnkosten lassen ihn die geringere Produktivität verschmerzen.

Die Marktlücke entdeckte der Mann Mitte der 90er Jahre. Für einen Freund in Deutschland besorgte er damals makrobiotische Produkte, die in Mazedonien kaum erhältlich waren. So lancierte der Geschäftsmann den Import von Reformhausprodukten. Nach zwei Jahren war klar: Mit einer eigenen Produktion ließe sich der Preis der teuren Importe bis zur Hälfte drücken. Schritt für Schritt baute Vetadzokoski sein inzwischen 130 Produkte umfassendes Sortiment auf. Er produziert das meiste selbst oder betätigt sich als Abfüller und Verpacker importierter Halbfertigwaren. Bei einem Jahresumsatz von 1,5 Millionen Euro mischt seine Firma auf den Märkten

im westlichen Balkan ganz vorne mit, exportiert Marmeladen in die USA, und schickt sich an, weiter zu expandieren. Fernziel: Europäische Union.

„Wir werden die Produktion automatisieren müssen. Unserem Qualitätsziel bleiben wir dabei treu. Da gibt es keine Kompromisse“, sagt der Unternehmer. Er weiß um die Vorteile, die er in diesem anspruchsvollen Marktsegment ausspielen kann: die niedrigen Löhne und die hohe Qualität der in Mazedonien produzierten Agrarprodukte. Bis 2006 soll der Firmenumsatz auf sechs Millionen Euro wachsen und die Zahl der Angestellten von rund 30 auf 100 steigen. Zollschranken muss der Unternehmer nicht mehr fürchten: Seit April 2004 können mit wenigen Ausnahmen Produkte aus Mazedonien zoll- und abgabenfrei in die EU ausgeführt werden. Ein großer Erfolg für die mazedonische Wirtschaftsdiplomatie. Doch noch steckt der Teufel im Detail. Denn die Waren müssen die von der EU vorgegebenen Qualitäts- und Sicherheitsstandards voll und ganz erfüllen.

Berater in den Ministerien

Die GTZ unterstützt Mazedonien im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bei diesem und anderen Prozessen. Mitarbeiter der GTZ beraten hohe politi-

Schrittweise Annäherung: Die Unternehmen und die gesetzgebenden Organe haben in Mazedonien noch viel zu tun, um europäische Standards einzuführen, zum Beispiel in der Lebensmittelkontrolle.



sche Entscheidungsträger bei der ökonomischen und ökologischen Entwicklung und unterstützen die legislative Annäherung an die EU. In mehreren Ministerien sitzen GTZ-Berater Tür an Tür mit hohen Beamten und beraten intensiv bei der Ausarbeitung von Gesetzes- und Verordnungstexten. Die GTZ schulden außerdem das für die Umsetzung der Gesetze zuständige Personal.

Die Unternehmen sowie die gesetzgebenden und ausführenden Organe im Land haben noch ein gerüttelt Maß an Arbeit vor sich. Nicht zuletzt bei der Lebensmittelkontrolle. Zwar sind die legislativen Prozesse abgeschlossen, das Personal geschult und startbereit; doch kein einziges Lebensmittellabor hat bisher eine Betriebslizenz erhalten. Draußen in der Wirtschaft sind sich viele Unternehmer noch gar nicht bewusst, was da an Anpassungsprozessen auf sie zu kommen wird, um vom freien Handel mit der EU profitieren zu können. Und von der EU-Mitgliedschaft: Denn seit dem 22. März ist das Beitritts-gesuch Mazedoniens in Brüssel deponiert. „Ein historisches Datum“, sagt Dragan Tilev, der Direktor der Abteilung für Europäische Integration, die unmittelbar der mazedonischen Regierung unterstellt ist.

Noch vor gut dreieinhalb Jahren hätte niemand sich vorstellen können, dass es so rasch vorwärts geht mit der Integration in die EU. In Mazedonien herrschte damals faktisch Bürgerkrieg. Nun ist es das dritte Land der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken, das ein Beitritts-gesuch eingereicht hat. Slowenien ist bereits EU-Mitglied, Kroatien ist Beitrittskandidat, und Mazedonien gilt nun offiziell als potenzieller Kandidat.

In einer Hinsicht hat das kleine Land seinen Nachbarn Kroatien sogar schon hinter sich gelassen. Am 1. April vergangenen Jahres trat das *Stabilisation and Association Agreement* mit der EU in Kraft. Mazedonien ist damit das erste Land des westlichen Balkans, das in den Genuss dieses Sonderstatus kommt. Damit einher geht die Verpflichtung, die geltenden Gesetze und Verordnungen in Einklang zu bringen mit denen der EU-Mitglieder. Der Prozess ist in Mazedonien schon seit einigen Jahren in Gang gesetzt und auf der Gesetzesebene bereits weit fortgeschritten. Allein im vergangenen Jahr sollten 144 legislative Akte über die politische Bühne gebracht werden.

„Das ist für die Administration eines kleinen Landes mit zwei Millionen Einwohnern eine riesige Aufgabe“, sagt Tilev. Jedes Ministerium hat seine eigene Europa-Abteilung. Und Vize-Premierministerin Radmila Seke-rinska, zuständig für Fragen der Europäischen Integration, geht forsch voran. Sie darf sich dabei der Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten sicher sein. Eine Umfrage im Regierungsauftrag ergab Zustimmungsraten von 95 Prozent zum EU-Beitrittsziel. „Wir haben auch gar keine Alternative“, sagt Dragan Tilev und ergänzt: „Mazedonien ist ein integraler Bestandteil Europas, und ich persönlich sehne wie die meisten Bürger dieses Landes den Tag herbei, an dem wir uns selbst zuerst als Europäer und dann als Mazedonier bezeichnen werden.“

Fahrplan zum Beitritt

Doch der Weg ist noch weit. Dessen ist auch die Bevölkerung sich bewusst. Und niemand denkt ernsthaft, dass es schon in der nächsten Beitrittsrunde soweit sein wird, wenn Bulgarien, Rumänien und allenfalls Kroatien den Sprung in die EU schaffen können. Schon der Fahrplan spricht dagegen. Es wird mehrere Monate dauern, bis der 2500 Fragen umfassende Fragebogen der EU seitens der mazedonischen Regierung ausgefüllt sein wird.

Zwar sind 90 Prozent der Fragen deckungsgleich mit jenen, die auch anderen Beitrittskandidaten gestellt wurden, und die mazedonischen Behörden haben sich entsprechend schon vorbereiten können; doch es gibt vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Nationalitätenfrage in Mazedonien einige Knackpunkte. Brüssel verlangt unter anderem eine umfassende Dezentralisierung der Verwaltung. Ein Punkt, an dem sich bei einer Neuorganisation der Kommunen im vergangenen Sommer die Gemüter erheblich erhitzt haben. Die Umsetzung des Ohrider Abkommens, das im August 2001 dem Bürgerkrieg ein Ende setzte, steht auf der Prioritätenliste der EU. Angesichts nicht zu übersehender Fortschritte und der überragenden Zustimmung zum EU-Beitrittsziel in allen relevanten politischen Lagern Mazedoniens könnte das Land Anfang 2006 als Beitrittskandidat anerkannt und 2010 offiziell in die EU aufgenommen sein.

Seitens der EU sind die Weichen ebenfalls gestellt. Im Finanzplan, der ab 2007 gelten soll, sollen beträchtliche Mittel zur Integration der „westbalkanischen Staaten“ stehen, wie es im EU-Jargon neuerdings heißt. Milch und Honig werden aber auch bei dieser günstigen Entwicklung noch lange nicht in Mazedonien fließen. Die Wirtschaft leidet noch immer unter den Folgen jahrelanger Isolation, und die dringend benötigten Investitionen aus dem Ausland liegen unter den Erwartungen. Das wirtschaftliche Potenzial ist indes durchaus vorhanden. Vor allem die Landwirtschaft wartet mit hervorragenden Produkten auf, die mit etwas Feinschliff sehr gute Marktchancen haben.

Das größte brachliegende Potenzial sind aber die Arbeitskräfte. Die offizielle Arbeitslosenzahl liegt bei 34 Prozent. Selbst gut ausgebildete Leute finden keine Arbeit. Dragan Tilev hofft, dass möglichst rasch auch die Abwanderung der am besten ausgebildeten Arbeitskräfte gestoppt werden kann. Ein Zeichen setzt der junge Unternehmer Alexander Pajkovski mit seiner Firma Duna Computers. Das 1994 gegründete Unternehmen hat sich von einem reinen Handelshaus zu einer der führenden Softwareschmieden auf dem Balkan entwickelt. Die für Steuerungsprozesse für Industrie und Dienstleister entwickelte Software wird heute in mehreren Großfirmen eingesetzt. Pajkovski beschäftigt 40 hoch qualifizierte Mitarbeiter. Keiner hat sich bisher aus dem Ausland abwerben lassen, auch wenn dort bessere Löhne winken. Dafür, so sagt der Unternehmer, „biete ich eine berufliche Perspektive in der Heimat“. ◉

Urs Fitze und Katharina Tripold schreiben und fotografieren für das Pressebüro Seegrund in Kreuzlingen in der Schweiz.

Auf neuen Wegen:
Landwirtschaftliche
Produkte aus
Mazedonien haben
gute Marktchancen.
Auch hier gilt es, mit
modernen Standards
die Folgen jahrelanger
Isolation zu überwinden.



Zäsur im Paradies

Michael Netzhammer, Text | Jörg Böhling, Fotos

Die Slowakei ist ein Naturphänomen. Ihr Artenreichtum ist einmalig in Europa. Ein Drittel des Landes steht deshalb unter Schutz. Mit dem geplanten Beitritt zur EU droht jedoch eine Zäsur. Ein Twinningprojekt unterstützt das Land dabei, europäische Standards im Naturschutz einzuführen.

Der Tomaszowski-Felsen im slowakischen Slovensk-Nationalpark ist nur etwas für Leute mit solidem Schuhwerk und starken Nerven. Von dem überhängenden Kalkfelsen aus blicken die Besucher senkrecht in schwindelnde Leere, und kein Zaun hilft dem Magen gegen die aufkeimende Panik. Neben dem Nervenkitzel lockt eine grandiose Aussicht auf dicht bewaldete Hügelketten und eng geschnittene Schluchten. Selbst die Hohe Tatra, das kleinste Hochgebirge der Welt, schält sich manchmal aus dem sommerlichen Dunst hervor.

Kein Wunder, dass den Nationalpark jährlich fast eine Million Menschen besuchen. Das Slowakische Paradies, wie Slovensk Raj auf Deutsch heißt, trägt seinen Namen zu Recht. Auf den Bergwiesen wachsen neben Klappertopf und Kartäusernelke, Bergflockenblume und Zittergras zahlreiche weitere bunt blühende Arten; bis zu 74 zählen Parkranger pro Quadratmeter – so viele wie nirgendwo sonst in Europa. Solche Artenvielfalt beschränkt sich in der Slowakei nicht nur auf die Schutzgebiete. Die Natur bietet in dem jungen Staat viele Superlative. In den dichten Wäldern und abgelegenen Regionen leben Bären, Luchse und Wölfe. Die dichten Buchen- und Mischwälder bedecken mehr als 40 Prozent des Territoriums, und auf den oft extensiv bewirtschafteten Ackerflächen stelzen Reiher und Störche. Außerdem hat der Staat neun Nationalparks, 38 Vogelschutz-zonen und 382 Natura-2000-

Gebiete ausgewiesen, so dass insgesamt fast ein Drittel des Landes unter Schutz steht.

Die grandiose Bilanz beinhaltet bei genauerem Hinsehen allerdings zahlreiche Unwägbarkeiten. Nach dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union jedenfalls steht der Naturschutz vor einer Zäsur. Das Land will ökonomisch aufschließen. Die zahlreichen Firmenansiedlungen benötigen immer mehr Flächen. Der Tourismus soll angeschoben, die Landwirtschaft intensiviert und der Waldreichtum ausgebeutet werden. Die Regierung plant außerdem eine Verwaltungsreform. Behörden wie die Staatlichen Forst- oder die Nationalparkverwaltungen sollen demnach privatisiert werden oder zumindest Teile ihres Etats selbst verdienen. Drittens muss das Land seine Umweltgesetze unmittelbar an europäisches Recht anpassen. Eine Übergangsfrist wollte die Slowakei nicht.

Expertise für Natura 2000

„Die Tragweite dieser Regeln wird slowakischen Unternehmern und Politikern erst langsam bewusst“, sagt Heinz Marschalek. Der Landschaftsarchitekt aus Weihenstephan in Bayern berät das Slowakische Amt für Naturschutz (SNC) in Banská Bystrica dabei, das europäische Recht umzusetzen, gemäß der Fauna-Flora-Habitat-Bestimmungen und der Richtlinien über den Vogelschutz. Gebiete, in denen dies geschieht, tragen die Bezeichnung „Natura 2000“. Das

slowakisch-deutsche Twinningprojekt, für das Heinz Marschalek arbeitet, ist auf zwei Jahre angelegt und wird auf deutscher Seite vom Bundesumweltministerium betreut. Die GTZ verantwortet das Projektmanagement und wickelt die Finanzen ab.

Heinz Marschalek organisiert von seinem Büro im Amt für Naturschutz die Schulungen und Workshops, in denen Mitarbeiter des SNC über Gesetze informiert werden oder zusammen mit ihren deutschen Beratern Info-Material erstellen. Immer geht es dabei auch um die Weitergabe von Verwaltungswissen, wie es in Deutschland nach vielen Jahren harter ökologischer Auseinandersetzung inzwischen reichlich vorhanden ist. Der Landschaftsarchitekt schult außerdem die 25 übers Land verteilten Regionalbüros im Gebrauch eines neuen, leistungsfähigeren Geographischen Informationssystems, das dem SNC zusammen mit der Hardware zur Verfügung gestellt wurde. In diesem Jahr werden zudem Managementpläne für eine Reihe von Natura-2000-Gebieten erstellt, die möglichst als Prototyp für andere Gebiete gelten sollen. Der Inhalt dieser Pläne ist politisch das mit Abstand brisanteste Thema, weil hier über die künftige Landnutzung debattiert werden muss. „Da werden mögliche Konflikte zwischen Landnutzung und Landschaftsschutz offen zu Tage treten“, erwartet Heinz Marschalek.

Wenn Straßen gebaut, Industrieanlagen angesiedelt oder Skilifte errichtet werden, müssen künftig



die Auswirkungen auf die Umwelt erfasst, überprüft und bewertet werden. Das EU-Recht kennt zwei Formen. So ist immer eine Prüfung zur Umweltverträglichkeit vorgesehen. Sind Natura-2000-Gebiete betroffen, ist außerdem eine strategische Umweltprüfung nötig, im Fachjargon auch FFH-Verträglichkeitsprüfung genannt.

Die gesetzlichen Grundlagen für diese Prüfungen sind aber im slowakischen Recht noch nicht abschließend verankert. Zudem gibt es weder ein Ausführungsgesetz, noch kennen die Mitarbeiter der zuständigen Behörden diese wichtigen Bestimmungen. Wie ein Leitfaden für diese Verträglichkeitsprüfung aussehen könnte, hat Marschalek zusammen mit SNC-Mitarbeitern und Experten aus mehreren deutschen Bundesländern erarbeitet. Ob und wie dieser Vorschlag berücksichtigt wird, darauf hat der deutsche Experte jedoch keinen Einfluss.

Geld auf Eis

Inzwischen drängt die Zeit. Für Bauvorhaben liegen in Brüssel viele Millionen Euro bereit, die von der slowakischen Regierung für dringend gebrauchte Infrastrukturprojekte abgerufen werden könnten: für den Bau von Straßen, Bahnlinien, Trassen für Stromleitungen oder Pipelines. Aber nur, wenn für diese Projekte die EU-Standards, also ihre Auswirkungen auf die Umwelt vorher überprüft wurden. Das jedoch ist wegen fehlender Gesetze nicht möglich. Das Geld kann also nicht fließen. Streit scheint unausweichlich.

Viele Slowaken sehen sich von den neuen EU-Bestimmungen in ihrer ökonomischen Entscheidungsfreiheit eingeschränkt, meint Marschalek. Das bekommt der deutsche Experte auf seinen Reisen durchs Land zu spüren. „Viele Investoren fühlen sich durch das teilweise neue Umweltrecht geknebelt“, sagt Marschalek. Einer

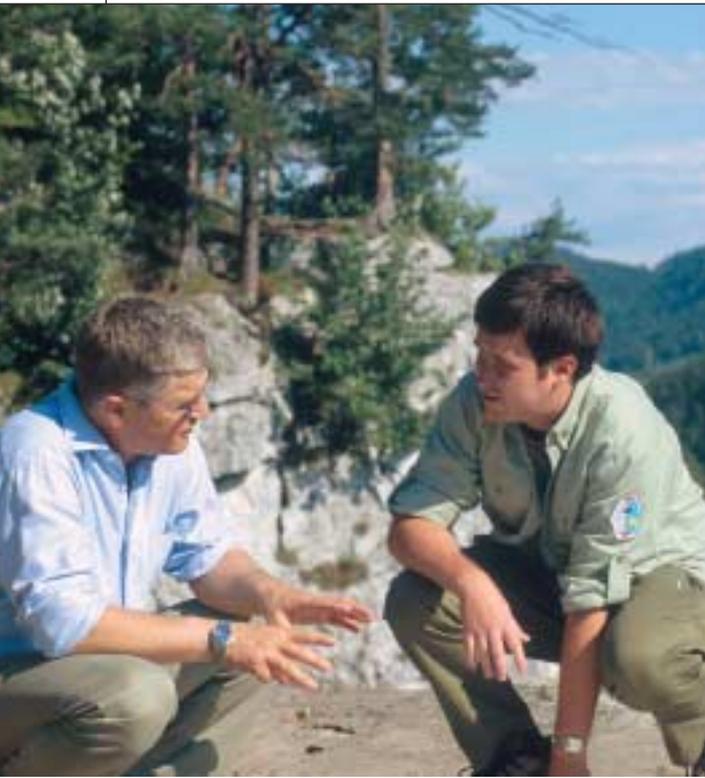
dieser Kritiker ist der Bürgermeister von Telgard, einem kleinen Ort in der Nähe des Slowenks Raj-Nationalparks. Der aufgeschlossene Dorfvorsteher wollte zusätzliche Skilifte und Hotels ansiedeln. Weil diese möglicherweise ein Schutzgebiet beeinträchtigt hätten, lehnten die Behörden das Ansinnen ab. Ohne Dialog.

Den aber sehen die EU-Bestimmungen vor. „Der Lift hätte möglicherweise doch gebaut werden können; vielleicht in einer anderen Form oder mit einer anderen Trassenführung“, sagt Marschalek. Noch muss sich in der Slowakei ein System des Dialogs entwickeln, müssen die Menschen obrigkeitstaatliche Reflexe überwinden. „Nach Jahren der sozialistischen Entmündigung stößt vielen hier das Gefühl übel auf, erneut – diesmal aus Brüssel – fremdbestimmt zu werden“, sagt Okanikova Zuzana, Ökonomin und Mitarbeiterin im Twinningprojekt.

Der Unmut steigert sich, wenn Unternehmer, Bauern oder Ge-



EU-Recht im Blick: Die GTZ berät das Slowakische Amt für Naturschutz dabei, das europäische Recht umzusetzen, gemäß der Fauna-Flora-Habitat-Bestimmungen und der Richtlinien für den Vogelschutz.



Ortstermin:
Bei der Beratung geht es auch um die Weitergabe von Verwaltungswissen, wie es in Deutschland nach vielen Jahren harter ökologischer Auseinandersetzung inzwischen reichlich vorhanden ist.

meinden für Schäden oder entgangene Einnahmen wegen fehlenden Umweltschutzes kaum entschädigt werden können. Marschalek: „Reißt ein Wolfsrudel fünf Schafe, so ist das für den Schäfer immer ein Ärgernis. Zu einem ernstem Problem wird es jedoch, wenn er keinen Ausgleich erhält. Dann greift er beim nächsten Mal wohl zum Gewehr und erschießt die Wölfe.“

Reform mit Tücken

Die Mittel für Entschädigungen sind in der Slowakei jedoch be-

grenzt, wie das gesamte Budget für den Umweltschutz. Um weitere Mittel einsparen zu können, plant die Regierung eine weitreichende Verwaltungsreform. Sie will die staatliche Forstbehörde in eine privat agierende Gesellschaft umwandeln, die sich wirtschaftlich selbst trägt. Auch die Nationalparkverwaltungen sollen künftig mindestens die Hälfte ihrer Ausgaben selbst generieren. „Wir haben nichts gegen die Idee, aber weder sind wir darauf vorbereitet, noch gibt es Konzepte, die uns diesen Schritt überhaupt ermöglichen“, kritisiert Lucia Bobáková, Landschaftsökologin im Nationalpark Muránska Planina.

Vor allem fehlen dafür Voraussetzungen. So können die Nationalparkverwaltungen über ihr Gebiet gar nicht verfügen, weil das Land anderen gehört: der staatlichen Forstbehörde, Gemeinden, Privatpersonen oder Institutionen wie der Kirche. „Wenn wir ein Schild aufstellen, einen Parkplatz einrichten, Eintritt verlangen oder Wald einschlagen wollen, müssen wir das mit allen betroffenen Behörden und Besitzern abstimmen und die Einnahmen an sie abliefern“, sagt Du an Bevilaqua. Von den eine Million Besuchern kann der Direktor im Nationalpark Slovenský Raj weder Gebühren verlangen noch darf er einen Kiosk eröffnen. Bevilaqua: „Wir sind vollkommen vom Wohlwollen der anderen abhängig.“

Eine solche Struktur wäre für Europa einmalig. Mit einem modernen Parkmanagement hat sie nach Ansicht von Heinz Marschalek nichts mehr zu tun. „Eigentlich müsste die Nationalparkverwaltung über das Gelände verfügen, gerade um die Wälder nachhaltig verwalten zu können“, sagt der Vertreter des deutschen Umweltministeriums im Twinningprojekt. Marschalek plädiert deshalb schon lange dafür, die Parkverwaltungen aus der jetzigen Verwaltungsstruktur herauszulösen, beim Ministerium anzusiedeln und sie mit der Souveränität über die Schutzgebiete auszustatten. In anderen europäischen Ländern generieren die Parkverwaltungen genügend Geld, vor allem aber können sie die ihnen anvertrauten

Gebiete auch besser schützen. Nicht so in der Slowakei. Hier obliegt die Waldnutzung beispielsweise der staatlichen Forstbehörde. Wenn diese nun – wie geplant – in eine private Gesellschaft umgewandelt wird, könnte der Druck auf die Nationalparks weiter zunehmen, befürchtet Jánmidt, Forstingenieur im Nationalpark Muránska Planina. Er glaubt, dass eine private Forstgesellschaft, die an einer Maximierung der Einnahmen interessiert sein muss, nicht gleichzeitig eine nachhaltige Waldnutzung in den Nationalparks garantieren kann. Deshalb hofft der Forstingenieur im Muránska-Planina-Nationalpark auf die Europäische Union. Vielleicht werde die slowakische Regierung die Schwächen des Systems ja erkennen, wenn sie für eine Verletzung der Schutzverpflichtungen mit Sanktionen belegt wird.

Pflichten und Chancen

Noch ist nicht eindeutig, welche Richtung die slowakische Regierung im Naturschutz einschlagen wird. „Es gibt durchaus Strömungen, die den gesamten Umweltschutz aushebeln wollen“, sagt Heinz Marschalek. Ein Rollback wäre jedoch der falsche Weg. Die Slowakei habe viel zu verlieren. Viele Menschen wüssten offenbar gar nicht, welchen Schatz sie mit ihren Wäldern, Wiesen und einmaligen Schutzgebieten besitzen. Die Menschen schauten sehr einseitig auf die Pflichten, die ihnen die Umweltbestimmungen der EU auferlegen und würden dabei die Chancen verkennen. Denn in „Natura 2000“ gehe es nicht nur um Naturschutz, sondern auch um nachhaltige Entwicklung, sei es in der Land-, in der Forstwirtschaft oder im Tourismus. Marschalek: „Ob diese Möglichkeiten entwickelt werden, ist jedoch keine technische Angelegenheit, sondern eine politische Frage – und damit Sache der Slowakei.“

Michael Netzhammer ist freier Journalist in Hamburg.
Jörg Böthling ist Fotograf und arbeitet für das Hamburger Journalistenbüro agenda.

Schutz für Natura 2000

Die Lage	Die wirtschaftlichen Entwicklung in der Slowakei sorgt für eine Menge Zündstoff beim Umwelt- und Naturschutz.
Das Ziel	Die Anliegen der Infrastruktur- und Wirtschaftsentwicklung in Einklang bringen mit den rechtlichen Vorgaben der EU zum Schutz des Natura-2000-Netzes.
Das Konzept	Ein Twinningprojekt entwickelt die Rahmenvorgaben und das Management für künftige europäische Schutzgebiete.
Die Partner	Fach- und Führungskräfte staatlicher (Naturschutz-) Institutionen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sowie landwirtschaftliche und touristische Vereinigungen und NGOs.
Die Kosten	Die Europäische Union fördert das Twinningprojekt in der Slowakei bis September 2005 mit 0,9 Millionen Euro.



Bio-Hunter mit Renditegespür

Bernhard Matuschak | Text & Fotos

Volker Lehmann hat ein Gespür für das Besondere. In Bolivien sucht er exquisite Bio-Produkte für den Weltmarkt: exotische Pilze, Spezialkaffee und Wildkakao. Von seinen Entdeckungen profitieren kleine Öko-Firmen, deren Geldgeber, der Artenschutz und Gourmets.

In der Fabrikhalle der Firma Bolivian Ecological Exports, kurz BEXSA, riecht es nach Pilzen. Haufenweise türmen sich getrocknete Steinpilze auf den Arbeitstischen. Frauen mit blauen Kitteln und weißen Mützen säubern die braunen Fruchtkörper und verpacken sie in Kartons. Die Angestellten müssen sich beeilen. Neben den Werkbänken warten bereits die nächsten Aufgaben. In gelben Plastikboxen wuchern büschelweise Austerpilze. Die Frischware ist für lokale Supermärkte bestimmt und muss noch vor Feierabend versandfertig sein.

Trotz des Zeitdrucks nimmt sich Firmenchef Niels Prahm Zeit für seine Besucher und führt durch den Betrieb. Nach Jahren in Europa, in denen Prahm als Industriedesigner für zahlreiche Konzerne arbeitete, zog es den gebürtigen Dänen nach Bolivien, um Pilze zu züchten. Warum gerade hier? „Es gibt keine Konkurrenz, der Markt ist da, das Klima fabelhaft, das





Büschelweise
Austernpilze:
Die Frischware für
Feinschmecker ist für
lokale Supermärkte
bestimmt.

Rohmaterial liegt vor der Tür und ist auch noch fast umsonst“, antwortet Prahm. Man müsse kein Experte sein, um zu erkennen: „Dies hier ist der beste Ort der Welt, um so etwas zu machen.“

Seinen Betrieb gründete Niels Prahm im Jahr 1998 in der Nähe der bolivianischen Millionenstadt Santa Cruz de la Sierra. Von Anfang an hatte er mehr im Sinn als eine einfache, konventionelle Champignonzucht. Er wollte Pilze möglichst Ressourcen schonend produzieren und vor allem: biologisch. Prahm versucht sich dabei an allem, was auf dem Weltmarkt Rendite bringt: Austernpilze, Champignons, Morcheln, Shiitake und sogar tropische Steinpilze. Letztere werden in den bolivianischen Hochwäldern gesammelt und von BEXSA vermarktet.

Bei der Zucht von Shiitake-Pilzen gelang Niels Prahm eine Innovation. Anstatt auf den Stämmen junger Bäume, wie in den chinesischen Zuchtbetrieben üblich, gedeihen seine Pilze auf landwirtschaftlichen Abfällen, die er bei Bauern in der Umgebung einsammelt. Das organische Material wird in Plastikhäute gepresst. So entsteht eine Art künstlicher Baumstamm, der, an der Decke aufgehängt, als Nährboden für die Pilze dient. Die alternative Shiitake-Produktion liegt Prahm vor allem deshalb am Herzen, weil er die in Fernost praktizierte Zuchtmethode für eines der größten ökologischen Desaster der Neuzeit hält. Niels Prahm: „Shiitake wird nach Japan exportiert und ist für China ein Riesengeschäft mit einem Tagesumsatz von drei Millionen Dollar. Jedes Jahr werden dafür 25 Millionen Shiibäume gefällt. Die Stämme werden häufig nur für eine einzige Ernte benutzt und danach weggeworfen.“ Der Erfinder hofft, dass das von ihm entwickelte und patentierte Verfahren bald auch in Asien angewendet wird und den Baumfrevler stoppt.

Öko-Produktion mit Rendite

Gute Ideen alleine reichten jedoch nicht aus, um der jungen Firma auf die Sprünge zu helfen. Eine kräftige

Finanzspritze war nötig. Der 70-jährige Jungunternehmer hatte Glück: Zur gleichen Zeit, als er nach Geldgebern sucht, hält Volker Lehmann Ausschau nach interessanten Investitionsobjekten. Der Agraringenieur steht in Diensten des Centrums für Internationale Migration und Entwicklung (CIM), einer Arbeitsgemeinschaft der GTZ und der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit.

Eine der CIM-Aktivitäten in Bolivien ist die Zusammenarbeit mit Canopy Botanicals, einem Gemeinschaftsunternehmen von American Electric Power, British Petroleum, Scottish Power und der bolivianischen Naturschutzorganisation FAN. Canopy Botanicals wurde von den Energie- und Erdölkonzernen gegründet, um ökologisch produzierende Firmen im Land zu fördern und so einen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt zu leisten. Canopy Botanicals investiert in Öko-Aktiengesellschaften, die Rendite versprechen. Ist das Unternehmen erfolgreich auf dem Markt positioniert, wird die Zusammenarbeit beendet, und das Kapital kann anderen Projekten zur Verfügung gestellt werden. Das Aktienpaket wird verkauft, der erzielte Gewinn soll in den Schutz des wald- und artenreichen Nationalparks Noel Kempff Mercado im Nordosten Boliviens investiert werden. Das Konsortium um BP & Co. operiert allerdings nicht selbstlos. Sollte das Kyoto-Protokoll je von allen Staaten ratifiziert werden, wären Energieerzeuger und Mineralölfirmer gezwungen, ihren CO₂-Ausstoß zu vermindern, oder so genannte Carbon Credits zu erwerben. Möglich ist dies beispielsweise durch den Schutz von Waldbeständen.

Volker Lehmann vermittelt Canopy Botanicals viel versprechende Kundschaft und bringt sein Know-how ein, um die jeweiligen Unternehmen flott zu machen für den Wettbewerb. Nach dem Einstieg von Canopy ist er bei der Entwicklung neuer Produkte behilflich und erschließt Märkte. Insgesamt 100 Bio-Firmen und Projekte hat Lehmann bereits unter die Lupe genommen. Niels Prahms Pilzzucht war der erste von Canopy geförderte Betrieb. Inzwischen hat sich BEXSA auf dem

Markt etabliert und ist auf dem Weg einer der größten Pilzproduzenten in den Andenländern zu werden.

Wertvolles Zuchtgeheimnis

In fensterlosen Bruträumen sprießen Champignons in Edelstahlpflanzkisten aus dem Substratmix, dessen Zusammensetzung ein Betriebsgeheimnis ist. Ventilatoren an der Decke sorgen für ein konstantes Klima im Raum und belüften die in Regalen auf mehreren Etagen angeordneten Behälter. 48 Beschäftigte hegen und pflegen die empfindlichen Wurzelkulturen, ernten und verpacken die Fruchtkörper. Die Tagesproduktion liegt derzeit bei maximal 250 Kilogramm und soll weiter ausgebaut werden. Besonders stolz ist Niels Prahm darauf, dass ihm auch die Zucht des Stadt-Champignons (*Agaricus bitorquis*) gelungen ist; eine zartere und schmackhaftere Variante zum herkömmlichen Champignon, dem zweisporigen Egerling (*Agaricus bisporus*). Der Pilz ist ideal fürs tropische Klima und wächst bei 28 Grad Celsius.

Das Substrat, auf dem die Pilze gedeihen, wird im Firmenhof hergestellt. In Säcken lagern unter anderem Pferdemist, Soya- und Baumwollabfälle sowie Weizenstroh. Die Zutaten werden vermischt und kompostiert. Dabei entstehen Temperaturen bis 50 Grad Celsius. Bevor das Substrat in die Wachstumskammern gelangt, wird es in den Behältern bis zu 75 Grad Celsius pasteurisiert, um unerwünschte Konkurrenten wie Schimmelpilze und Bakterien abzutöten. Danach wird der Boden mit dem jeweiligen Pilzmyzel geimpft. Als Deckschicht verwendet Niels Prahm statt Torf eine faserige Substanz aus verrotteten Motacupalmen, die es überall in der Umgebung gibt. Die Austernpilze wachsen auf Weizenstroh gepresst in stapelbaren Plastikboxen, in großen lichtdurchfluteten Räumen im Obergeschoss der Pilzfarm. Für Shiitake besteht eine Versuchsanlage. Die Produktion soll 2004 in Tarija aufgenommen werden, da dort ein besseres Klima für den Pilz herrscht.

Nun plant BEXSA die Zucht des Königlichen Sonnenagaricus (*Agaricus blazei* Murill). Der Pflanze werden heilende Kräfte zugeschrieben. Als Pharmazutikum wird der Pilz eingesetzt, um die Immunkräfte zu stimulieren und Krebszellen zu bekämpfen. Die Kooperation mit Canopy Botanicals wird dann allerdings bereits der Vergangenheit angehören. Volker Lehmann: „BEXSA steht auf eigenen Beinen. Meine Arbeit ist hier so gut wie beendet. In Kürze werden wir deshalb unser Aktienkapital aus der Firma ziehen und anderswo investieren.“

Biologisches Erbe

Das Hauptaugenmerk des Agraringenieurs gilt derzeit nicht mehr den Pilzen, sondern Spezialkaffee und Wildkakao. Im Auftrag von Canopy engagiert Volker Lehmann sich bei Rainforest Exquisite Products (REPSA). „Die Firma hat sozusagen dieses biologische Erbe Boliviens wieder entdeckt und exportiert und verarbeitet Produkte für den Spezialitäten- und Gourmetsektor“, sagt der CIM-Experte.

Im 20. Jahrhundert wurde der Großteil der unter dem Dach des Regenwaldes wachsenden Kaffeebüsche am Hang der Anden gerodet und durch ertragreichere Züchtungen ersetzt. „Heute sind die Anbaugebiete für Kaffee in Lateinamerika weitgehend von Monokulturen geprägt. „Im unwegsamen Nordosten Boliviens, in den Hochtälern oder Yungas, blieb die jahrhundertealte Sorte des Arabica typica jedoch erhalten“, sagt Volker Lehmann. Neunzig Prozent des bolivianischen Kaffees stammen von hier und sind auf dem Weltmarkt sehr gefragt.

Neben Kaffee produziert REPSA Kaffeebohnen und Paranüsse, die mit Schokolade überzogen werden. Der Kakao dazu stammt ausschließlich von wildwachsenden Kakaobäumen aus den Schwemmlandgebieten des Departement Beni. Die lokale Bevölkerung sammelt ihn seit Jahrhunderten. Die Region sei „die einzige Gegend der Welt, in der die Wildkakaobäume so dicht stehen, dass sich die Ernte lohnt“, meint Lehmann. Schon die Jesuiten haben im 17. Jahrhundert den wilden Kakao geerntet und exportiert. Und auch die Paranüsse wachsen in Wildbeständen auf steinalten, bis zu 30 Meter hohen Urwaldriesen. Bolivien besitzt hier die größten Vorkommen der Welt und ist Exporteur Nummer eins mit rund 13 400 Tonnen pro Jahr.

Die Produkte mit Biozertifikat von REPSA sind bisher fast ausschließlich für den nordamerikanischen Markt bestimmt, finden jedoch auch in Japan und Neuseeland immer mehr Liebhaber. Im Geschäftsjahr 2003 machte die Firma einen Umsatz von 250 000 Dollar. Für 2004 erwartet Lehmann ein etwas schwächeres Ergebnis wegen schlechterer Ernten und höherer Produktionskosten. Eine Umsatzverdoppelung prognostiziert er dem Unternehmen allerdings für das kommende Jahr. Seit 2002 schreibt das 1997 von einer Gruppe von Enthusiasten gegründete Unternehmen schwarze Zahlen. Der CIM-Fachmann betrachtet die Hausse auf dem weltweiten Gourmet- und Nischenmarkt mit Wohlwollen und ist optimistisch, dass es ihm mit der Schokolade aus Wildkakao auch gelingen wird, das Schokoladenland Europas zu erobern. Volker Lehmann: „Wenn sogar Schweizer Chocolatiers an unserer Kakao-Rarität interessiert sind, dann muss einfach etwas dran sein.“

Bernhard Matuschak ist Mitarbeiter der Agentur Seegrund in Kreuzlingen in der Schweiz.



Volker Lehmann: „Wenn sogar Schweizer Chocolatiers an unserer Kakao-Rarität interessiert sind, dann muss einfach etwas dran sein.“

Kapital für Biofirmen

Die Lage	Bolivianische Bio-Firmen nutzen Nischen im internationalen Bio-Exportmarkt ungenügend.
Das Ziel	Viel versprechende Biofirmen finden, ihre Produktionskapazitäten fördern und Marktchancen nutzen.
Das Konzept	Kapitalisierung durch Beteiligungskapital und unternehmerische Betreuung der Biofirmen.
Die Partner	Canopy Botanicals, eine Firma für Beteiligungskapital.
Die Kosten	Das Centrum für Internationale Migration fördert einen integrierten Experten in Canopy Botanicals, das aus Eigenmitteln 600 000 Dollar investiert und weiteres Investitionskapital von 1,5 Millionen Dollar eingeworben hat.

Global Media Award für IPS

Rabat: Die internationale Nachrichtenagentur Inter Press Service (IPS) ist für ihre Berichterstattung zu Themen der nachhaltigen Entwicklung mit dem Global Media Award ausgezeichnet worden. Den Preis vergibt das in Washington ansässige Population Institute. „Der ständige Fokus auf Bevölkerungsfragen und internationale Familienplanung“ mache IPS zum „verantwortungsbewusstesten Nachrichtendienst“, so die Begründung der internationalen Jury bei der Preisvergabe in der marokkanischen Hauptstadt Rabat. IPS unterhält ein internationales Korrespondentennetz mit Regionalbüros auf allen Kontinenten. Der deutschsprachige Dienst von IPS, auf den das GTZ-Entwicklungsmagazin Akzente für seine Telegrammseite zurückgreift, ist seit 1981 mit einem Büro in Bonn vertreten und seit verganginem Sommer mit einem zweiten Büro in Berlin. ↻

Städtebund gegen Treibhausgase

Buenos Aires: Weltweit sind 600 Städte im Internationalen Rat für Kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) mit Sitz im kanadischen Toronto organisiert. Vertreter zahlreicher Kommunen tauschen in Buenos Aires ihre Erfahrungen zur Verringerung der Treibhausgase aus. Pablo Pontes vom ICLEI-Programm „Städte für den Klimaschutz“ wies darauf hin, dass die organisierten Städte für 15 Prozent der Treibhausgase verantwortlich sind. Der Zusammenschluss sei ein Labor für Aktionen, die den Prozess der Erderwärmung aufhalten könnte. Um sich für das ICLEI-Programm zu qualifizieren, müssen interessierte Städte eine Bestandsaufnahme über den Ausstoß der giftigen Gase und zeitlich festgelegte Strategien zu ihrer Reduktion vorlegen.

www.3.iclei.org/lacs/indexesp.htm
www.ipsnoticias.net/_focus/climatico/index.asp ↻

Bauboom in Kabul

Peschawar: Seit dem Gewinn der ersten Präsidentschaftswahlen Afghanistans durch Hamid Karsai erlebt die Region um die Stadt Kabul einen Bauboom. Die Baustellen locken Scharen von pakistanischen Facharbeitern ins Nachbarland. Weil Baumaterialien nicht oder nur in geringen Mengen produziert werden können, ist das Land auf den Import angewiesen. Die wenigen kleinen

Togo und Benin auf Draht

Lomé: Viele Regionen in Benin und im Norden von Togo sind noch immer ohne regelmäßige Stromversorgung. Die westafrikanische Entwicklungsbank und der beninisch-togoische Stromversorger CEB wollen nun 8,8 Millionen Dollar in den Ausbau des Stromnetzes investieren. Neue Stromkabel sollen die nördlichen Gebiete Togos und Benins mit dem Stromnetz im Süden verbinden. Knapp 700 Kilometer Stromkabel sollen installiert werden; 345 davon in Togo zwischen den Städten Atakpame, Kara, Dapaong und Mango. Die übrigen 347 Kilometer werden in Benin zwischen Djougou, Natitingou, Parakou, N'Dali und Bembereke verlegt. Strom könnte ab Oktober 2007 fließen. Schätzungsweise jeder dritte Einwohner der Region wird dann Zugang zu Elektrizität haben. ↻

Zementfabriken, die es noch gibt, sind noch nicht wieder funktionstüchtig. Zement kommt aus Pakistan und dem Iran. Die Wiederaufbauarbeiten werden unter der Aufsicht internationaler Organisationen größtenteils von Konzernen aus dem Ausland durchgeführt. Die Provinzen wie Kandahar, Bamiyan und Balkh sind praktisch zerstört. ↻

Klimabörse in den USA

New York: In den USA beteiligen sich auch ohne entsprechendes Gesetz etliche Großunternehmen aus freien Stücken an Klimaschutzmechanismen wie dem Emissionshandel. Einer dieser Konzerne ist der Chemiegigant Dupont. Er hat in den vergangenen zehn Jahren seinen Ausstoß an Treibhausgas um 65 Prozent verringert. Dupont-Chefberater Tom Jacob sagte, immer mehr amerikanische Unternehmen nähmen den Klimaschutz ernst, auch wenn die US-Regierung die Unterschrift unter das Protokoll von 1997 zurückgezogen hat. Organisiert wird das Geschäft in den USA von der im Oktober 2003 von Richard Sander gegründeten Klimabörse Chicago Climate Exchange, an der mittlerweile mehr als 60 Firmen teilnehmen. Sie haben zugesagt, ihre Emissionen bis 2006 um vier Prozent zu reduzieren.

<http://unfccc.int/2860.php>
<http://www.chicagoclimatex.com>

Aids: Patentschutz auf der Kippe

Rio de Janeiro: Die brasilianische Regierung will den Patentschutz für Aids-Medikamente bis Mitte dieses Jahres aufheben. Legal ist ein solcher Schritt nach dem brasilianischen Gesetz, sofern die öffentliche Gesundheit gefährdet ist und der Notstand ausgerufen wurde. Eine entsprechende Entscheidung soll die brasilianische Produktion von drei bis fünf antiretroviralen Medikamenten ermöglichen, die bisher teuer importiert werden mussten.

www.aids.gov.br/ ↻

Anti-Korruptions-Gesetz angekündigt

Bangkok: In Kambodscha gehen durch Korruption Gelder verloren, die zur Grundversorgung armer Menschen dienen sollten. Die internationale Gebergemeinschaft will dem Land weiter Unterstützung gewähren, fordert jedoch entschlossenes Handeln gegen den Missbrauch ihrer Zuwendungen. Unter diesem Druck hat der kambodschanische Ministerpräsident Hun Sen die Einführung eines neuen Anti-Korruptions-Gesetzes zugesichert, das sich an internationalen Vorgaben orientieren soll. Fälle von Bestechlichkeit sollen gerichtlich verfolgt werden. Außerdem soll der rechtliche Rahmen zur Umsetzung der Richtlinien gestärkt werden. Hun Sen gab sein Versprechen bei einem zweitägigen Treffen der 18 Geberländer in Phnom Penh ab. Im Gegenzug sagte die Hilfgemeinschaft Finanzmittel für Kambodschas Entwicklungsprogramme in Höhe von 504 Millionen Dollar im Jahr 2005 zu.

<http://www.transparency.org> ↻

Quelle: IPS, Dritte Welt Nachrichtenagentur



Front gegen Tabakkonsum

Bangkok: Thailands Regierung hat den Verkauf von Zigaretten an Jugendliche verboten. Die weltweite Anti-Raucher-Bewegung sieht in Thailand einen besonders energischen Partner gegen die multinationalen Tabakkonzerne. Bangkok hat die Rahmenkonvention über die Tabakkontrolle ratifiziert. Die meisten der 40 Länder, die dieses Rahmenabkommen bisher ratifiziert haben, sind Entwicklungsländer. Die Weltgesundheitsorganisation WHO setzt sich für eine international verbindliche Tabakkontrolle ein. Tabak sei das einzige legal erhältliche Produkt, an dem die Hälfte seiner regelmäßigen Konsumenten sterbe, so die WHO.
www.fctc.org
www.who-nichtrauchertag.de ◀

Lob für Kleinsparmodelle

Brüssel: Zu Beginn des Internationalen Jahres der Kleinstkredite haben Entwicklungsexperten eine Ausweitung des Mikrofinanzsystems um Versicherungs- und Sparmodelle gefordert. Ferner setzen sie sich für geringere Bankgebühren bei Überweisungen ins Ausland ein. Der Erfolg neuer Mikrofinanzdienstleistungen sei garantiert. Dies sichere schon die Größe des Marktes. Zudem könnten sich die Finanzhäuser auf hervorragende Rückzahlungsraten verlassen: Statistisch gesehen zahlten neun von zehn Kunden die oft wöchentlich anfallenden Raten. Außerdem lägen die Zinsen mit durchschnittlich 40 Prozent weit über dem westlichen Standard.
<http://www.grameen-info.org>
<http://www.triasngo.be/index.html> ◀

Wüstenbildung nicht unumkehrbar

Bonn: Nur ein kleiner Teil der von Desertifikation betroffenen Landflächen hat irreversible Schäden. Gut 95 Prozent der verödeten Gebiete sind regenerierbar. Darin waren sich die Naturwissenschaftler des deutschen Netzwerks DesertNet auf einer Fachtagung in Bonn einig. Rund 95 Prozent der von Umweltschäden betroffenen Landflächen seien regenerierbar. Voraussetzung dafür aber sei, dass Naturwissenschaft und Politik an einem Strang ziehen und gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen. Weltweit werden jährlich rund sechs Milliarden Hektar Land durch Desertifikation unbrauchbar.
www.desertnet.de
www.biota-africa.de/1024/start.htm ◀

Maniok goes South

Mbabani: Die traditionell in Westafrika angepflanzte Maniokwurzel soll jetzt auch im Süden des Kontinents heimisch werden. Die Panafrikanische Cassava-Initiative der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) und das Internationale Institut für Tropische Landwirtschaft setzen sich hierfür ein. Die nährstoffreiche Feldfrucht ist das zweitwichtigste Nahrungsmittel in Afrika; nur Mais wird häufiger gegessen. Dennoch gibt es viele Regionen, in denen die Frucht kaum bekannt ist, obwohl sie von allen Grundnahrungsmitteln in Afrika die billigste Quelle für Kalorien ist. Maniok ist außerdem einfach zu züchten und außerordentlich robust. Die schmackhafte Wurzel überlebt Wassermangel, ausgelaugten Boden und wechselhafte Klimabedingungen. Einige Länder haben bereits Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben, um herauszufinden, wie Maniok am besten in ihr Land eingeführt werden kann. Mosambik und Malawi schlossen ihre Forschungen bereits ab. Nigeria, Tansania und Uganda sind noch dabei. Sambia soll bald folgen. Die Cassava-Initiative wird von der amerikanischen Kellogg-Stiftung finanziert.
<http://www.nepad.org> ◀

China stärkt Afrika-Handel

Johannesburg: Afrika ist für China nicht zuletzt dank seiner reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen ein interessanter Wirtschaftspartnerschafts- und Handelspartner geworden. Im Institut für Sicherheitsstudien schilderte Liu Guijin, Chinas Botschafter in Südafrika, den eindrucksvollen Zuwachs des bilateralen Handelsvolumens von zehn Milliarden Dollar im Jahre 2000 auf 18,55 Milliarden Dollar 2003. Nach Regierungsangaben investierten die 674 chinesischen Unternehmen in Afrika insgesamt 1,5 Milliarden Dollar. Seit 1956 entstanden in Afrika mit chinesischer Hilfe mehr als 800 Entwicklungsprojekte in Landwirtschaft und Fischerei sowie in der Textil- und Energiewirtschaft sowie in den Sektoren Wasser, Strom und Infrastruktur. Derzeit leisten 35 Teams von zusammen 880 chinesischen Ärzten in 34 afrikanischen Ländern Hilfe.
<http://www.iafrica.com>
<http://en.ce.cn> ◀

Staatenunion nach EU-Vorbild

Santiago: Die künftige Südamerikanische Gemeinschaft setzt nach dem Vorbild der Europäischen Union auf den Faktor Wirtschaft. So wie die EU ihre Anfänge in der Kohle- und Stahlunion fand, sollen dem amerikanischen Subkontinent Energie- und Straßenbauprojekte den nötigen Integrationschub geben. „Die Montanunion der 50er Jahre war die Geburtsstunde der EU. Wir setzen auf Infrastruktur in den Sektoren Straßenbau und Energie“, sagte Fernando Reyes Matta, der frühere chilenische Botschafter in Neuseeland, anlässlich des Treffens der zwölf südamerikanischen Staatschefs im südperuanischen Cuzco. Die neue Gemeinschaft verbindet bestehende Handelsblöcke: den gemeinsamen Markt des Südens MERCOSUR und die Andengemeinschaft CAN mit Chile, Guyana und Surinam.
www.guia-mercosur.com
<http://www.comunidadandina.org> ◀



Startseite: Alles auf einen Blick: Der Relaunch des barrierefreien Internetauftritts von www.gtz.de soll im Mai dieses Jahres abgeschlossen sein.



Jobs und Karriere: Der Stellenmarkt gibt Antwort auf die Frage, welche beruflichen Chancen die Technische Zusammenarbeit bietet.

Alles hängt am roten Faden

Vor acht Jahren stieg die GTZ ins World Wide Web ein. Seitdem hat sich viel getan im Internet. Zeit also für einen Relaunch von Design, Struktur und Navigation. Seit Dezember ist die GTZ mit ihrem neuen Internetauftritt online.

Was tun James Norton bei der Weltbank in Washington, Theresa Bertone bei der Europäischen Kommission in Brüssel und Emma Park bei der Asian Development Bank in Manila, wenn sie sich über die GTZ informieren wollen? „Sicher nicht in Eschborn anrufen und eine Broschüre bestellen“, sagt Volker Franzen, der Leiter Unternehmenskommunikation der GTZ. Wer Kontakt zur GTZ sucht, geht zusammen mit täglich rund 4400 Besuchern auf die Internetseiten des Unternehmens.

Seit Ende vergangenen Jahres ist die GTZ mit einem neu strukturierten und neu gestalteten Auftritt online. Das Kernangebot wird in den kommenden Wochen kontinuierlich ausgebaut. Die meisten Länder- und 40 Themenangebote sind bereits fertig; auf Deutsch und Englisch. Im Netz stehen außerdem die unternehmenspolitischen Informationen und der heimliche Star des GTZ-Internetauftritts: der Stellenmarkt. Neu hinzugekommen ist

das Leistungsangebot. Hier erfährt der Besucher, was die GTZ ihren Partnern und potenziellen Kunden bietet.

Homogener Relaunch

Als gtz.de vor acht Jahren online ging, war das Unternehmen eines der ersten in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, das sich an das neue Medium wagte. Seite für Seite wuchs das GTZ-Net: kreativ, bunt – und wenig systematisch. „Unsere Seiten sprachen den Leser sehr unterschiedlich an; die Farben, die Navigation und der Einsatz von grafischen Elementen wichen stark voneinander ab“, sagt Michael Wahl, der Leiter des Relaunchprojekts. Die 170 einzelnen Websites sind nun passé. Der Auftritt stellt ein homogenes Unternehmen dar.

Das neue Design findet sich auf allen Seiten wieder. Rot ist seine Leitfarbe; auch für Text und Bild. Das GTZ-Logo auf weißem Grund und die Hausschrift Arial

sind feste Bestandteile des Corporate Designs. Der neue Auftritt berücksichtigt ferner den Aspekt der Barrierefreiheit: Sehbehinderte können sich die Seiten von einem Lesegerät auslesen lassen. Außerdem soll jede Internetseite von jedem System – auch mit schlechter technischer Ausstattung – gelesen werden können. Die einzelnen Seiten sind sehr klein und deshalb schnell herunterzuladen. Der ruhige Seitenaufbau gibt den Inhalten einen professionellen Rahmen. Die Grundfarbe vermittelt Aktivität. Große Bilder rücken die Arbeit der GTZ ins Zentrum.

Drei Navigationszonen

Die Benutzerführung und die Struktur sind ebenfalls neu geordnet. Drei Navigationszonen schaffen Übersicht. Ganz oben auf jeder Seite bietet die Service- und Meta-Navigation unter anderem Links zum Stellenmarkt, zu Presse und Publikationen. In der horizontalen Hauptnavigation



Aktuell: Hier finden die User stets die neuesten Nachrichten aus der Arbeit der GTZ und die wichtigsten Termine zur Entwicklungszusammenarbeit.

präsentiert die GTZ sich als weltweit operierendes Unternehmen mit ihrem Leistungsangebot. Wer einen der Punkte anklickt, gelangt in die zweite Ebene. Dort bietet die individuelle Seitennavigation in mehreren Menüpunkten detaillierte Informationen zu den einzelnen Oberbegriffen. Diese Grundstruktur zieht sich durch alle Seiten. Die Eingangsseite unter der Navigation ist dreispaltig. Auf der linken Seite werden unter dem Schlagwort Top-Themen Inhalte mit Unternehmensbezug präsentiert, in der Mitte berichtet das Internet aus der Praxis und rechts findet der Nutzer unter Aktuell die wichtigsten Termine. Alle Inhaltsseiten sind grau unterlegt.

„Der Web-Auftritt ist das wichtigste Medium, das wir nach außen haben“, sagt GTZ-Geschäftsführer Wolfgang Schmitt. Seine Bedeutung werde sogar noch zunehmen. Die Zielgruppe für den Internetauftritt der GTZ sei sehr heterogen. „Sie beginnt bei Leuten, die sich für Arbeitsmöglichkeiten bei der GTZ interessieren, schließt Leute aus Bildungseinrichtungen ein und geht bis hin zu Personen aus der Politik. Wer sich heute informiert hat, mag morgen vielleicht einen Dienstleistungsbedarf haben“, sagt Schmitt. Die Produkte und Dienstleistungen der GTZ sind deshalb stärker auf den neuen Websites präsent. ◀

Kleine Webstatistik

- ▶ Täglich klicken 4400 Besucher gtz.de an und rufen 10 000 Sites auf. In einem halben Jahr summiert sich die Zahl auf 800 000 Besucher und zwei Millionen aufgerufene Sites.
- ▶ Halbjährlich laden die Besucher rund zweieinhalb Millionen Dateien herunter.
- ▶ Die meisten Zugriffe gelten der Homepage, dem Jahresthema und den Länderseiten.
- ▶ Die höchsten Zugriffszahlen gibt es donnerstags, die niedrigsten samstags.

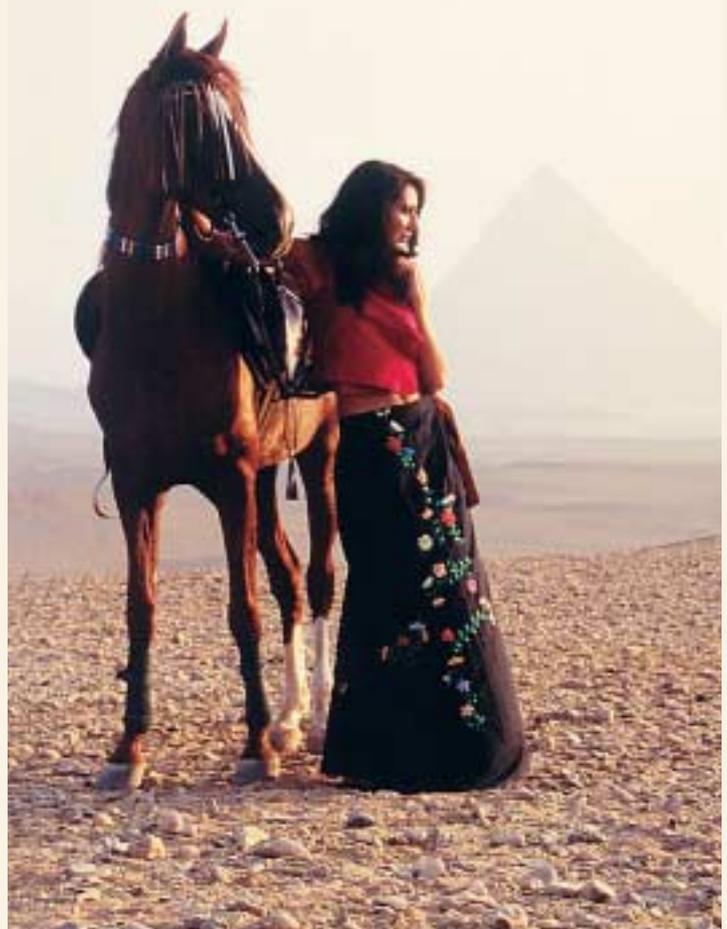
PERSONEN

Mode im Dialog

Susanne Kümper arbeitet seit fünf Jahren an der renommierten Helwan University in Kairo. Dort hat sie den ersten Studiengang für Modedesign in Ägypten aufgebaut. Die 37-jährige Designerin unterrichtet angehende ägyptische Kolleginnen und Kollegen in Illustration und Kreativtraining.

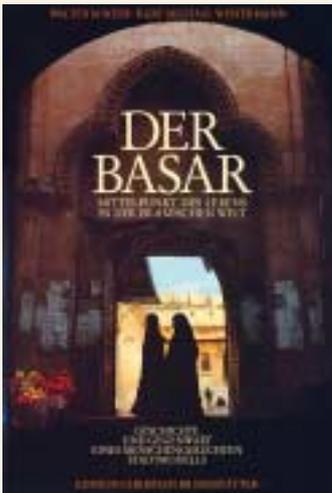
Die Tätigkeit der vom Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) vermittelten Professorin beweist: Das Spannungsfeld zwischen Islam und dem Westen kann schöpferische Kräfte freisetzen. Die Kreationen werden islamischen Traditionen gerecht – wie etwa der Verschleierung – und entsprechen zugleich westlichen Modetrends. Gemeinsam mit Beduinenfrauen aus Tälern im Süden der Sinai-Halbinsel entwickelten die Studentinnen handbestickte Ethno-Mode, die kulturelles Erbe aufgreift und durch hohe Qualität besticht.

Kreationen des Fachbereichs Bekleidung und Modedesign der Helwan University Kairo und deren Macher stellt Susanne Kümper im Bildband Cairo Fashion Design vor. Jedes Buch ist individuell gestaltet: mit einem von Beduinenfrauen handbestickten und mit Perlen verzierten Umschlag. Die 350 Farbbildungen und erläuternden Texte veranschaulichen, wie sich Mode als Medium des Dialogs zwischen dem Islam und dem Westen einsetzen lässt. Finanziert wurde das Buchprojekt aus Mitteln des Auswärtigen Amtes und Zuschüssen von CIM. ▶



Mode aus Ägypten: Traditionsbewusst und trendy.
Foto | Daina Moussa

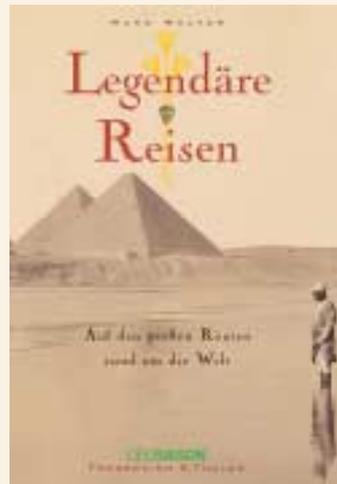
Literatur



Der Basar. Geschichte und Gegenwart.
Weiss/Westermann;
Edition Brandstätter, Wien.

S Das prächtig bebilderte und mit reichhaltiger Textinformation ausgestattete Buch lädt ein zu einer Reise in die Basare der alten Metropolen des Orients. Es enthält eine faszinierende Stadtkultur, verschweigt aber auch nicht die Gefahren, denen sie durch den Einbruch der Gegenwart ausgesetzt ist. Die Autoren schildern ein komplexes, in Jahrhunderten gewachsenes Sozial- und Raumgefüge – eine Stadt in der Stadt. Architektonische Besonderheiten werden ebenso erläutert wie die Rituale des Alltags. ➔

■ Mit dem Orient Express nach Konstantinopel, mit der Pacific Line nach Panama oder in das Ritz in Paris. Schon diese Namen beschwören sie wieder herauf: die Zeit der Schrankkoffer und der Diners im Speisewagen. Dieses opulente Buch lässt die goldene Zeit des Reisens und ihre legendären Routen rund um die Welt noch einmal lebendig werden: von Monte Carlo bis Valparaiso, von Wien bis Singapur. Die Süddeutsche Zeitung schreibt: „Ein prächtigeres Buch hat man selten gesehen.“ ➔



Legendäre Reisen.
Marc Walter; Frederking & Thaler,
München



Knigge fürs Ausland.
H. Fichtinger und G. Sterzenbach,
Rudolf Haufe Verlag, Freiburg

■ Wer als Entwicklungspartner die kulturellen Besonderheiten seines Gastlandes nicht kennt, kann schnell unsicher werden. Dies um so mehr, je fremder die Kultur ist; etwa in arabischen Ländern oder in Asien. Wie können Missverständnisse vermieden werden, was muss der Akteur im Gespräch beachten, und wie erreicht er seine Ziele? Je größer das Wissen über ein Land ist, desto sicherer und sympathischer lässt sich erfolgreich auftreten.

Der neue Haufe Taschenguide „Knigge fürs Ausland“ macht

sensibel für typische Probleme in der internationalen Zusammenarbeit: etwa den Umgang mit der Zeit oder unterschiedliche Kommunikationsstile, wie dem für Deutsche ungewohnten indirekten Stil der Menschen in asiatischen Ländern. Der Taschenführer zeigt, welche sozialen Fertigkeiten im Ausland weiterhelfen und welche Regeln beachtet werden sollten: im direkten Kontakt, am Telefon, per E-Mail, beim Internetauftritt sowie in Printprodukten oder auf der Visitenkarte. Kurzweilige Tests ermöglichen es, das Wissen über einzelne Länder und über sich selbst zu überprüfen. Der Leser kann einschätzen, wie er kommuniziert, wie er sich in der Gruppe verhält oder besser verhalten sollte. Praktische Tipps und Checklisten runden den kleinen handlichen Helfer ab und bieten das nötige Rüstzeug für mehr persönliche und berufliche Stil-Kompetenz. ➔

Fachliteratur



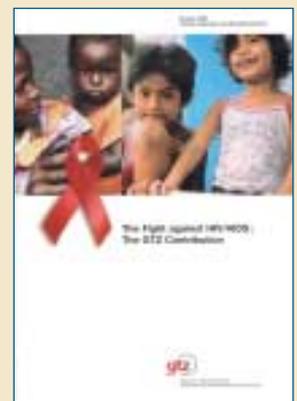
Soziale Krankenversicherung.
Das GTZ-Sektorprojekt zu diesem Thema schildert die Erfahrungen der deutschen Entwicklungsarbeit an praktischen Beispielen aus Afrika, Lateinamerika und Asien. *Deutsch und Englisch.*



Natürliche Ressourcen und Governance.
Eine praxisbetonte, über Sektorgrenzen hinausgehende Handreichung der GTZ-Abteilung für Umwelt und Infrastruktur zur Projektarbeit. *Deutsch und Englisch.*



Betriebliche Organisation und Finanzierung.
Dritter Teil einer Reihe für Projektmitarbeiter, Entscheider und NGOs auf den Gebieten Wohnungsversorgung, Stadtentwicklung, Abfall- und Abwasserentsorgung. GTZ Berlin: Mai 2005 *Deutsch.*



The Fight against HIV/Aids.
Eine Themenmappe über Erfahrungen, Networking und innovative Konzepte im Kampf gegen die Immunschwächekrankheit. *Englisch, Französisch, Spanisch und Portugiesisch.*

Buch-Akzente

- ▶ Detlef Junker u.a. (Hg.): Lateinamerika am Ende des 20. Jahrhunderts. C.H. Beck 1994
- ▶ Dieter Ruloff: Wie Kriege beginnen. Ursachen und Formen. C.H. Beck 2004.
- ▶ Rolf Hofmeier/Andreas Mehler (Hg.): Kleines Afrika-Lexikon. Politik, Wirtschaft, Kultur. C.H. Beck 2004.
- ▶ Jens Holst: Gesundheitswesen in Chile. Selektion und Ausgrenzung. Verlag für Akademische Schriften (VAS) 2004
- ▶ Michael Schugk: Interkulturelle Kommunikation. Kulturbedingte Unterschiede in Verkauf und Werbung. Verlag Vahlen 2004.
- ▶ Hanne Seelmann-Holzmann: Global Players brauchen Kulturkompetenz. So sichern Sie Ihre Wettbewerbsvorteile im Asiengeschäft. BW Verlag 2004.
- ▶ Franz Ansprenger: Geschichte Afrikas. C.H. Beck 2002.
- ▶ Franz Ansprenger: Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert. C.H. Beck 1999.
- ▶ Christoph Marx: Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart. UTB 2004.
- ▶ Thich Nhat Hanh: Wie Siddhartha zu Buddha wurde. Eine Einführung in den Buddhismus. dtv 2004.
- ▶ Anna Würth: Dialog mit dem Islam als Konfliktprävention. Zur Menschenrechtspolitik gegenüber islamisch geprägten Staaten. Deutsches Institut für Menschenrechte 2003
- ▶ Ulrich Janßen und Ulla Steuernagel: Die Kinder-Uni. Forscher erklären die Rätsel der Welt. DVA 2004.



- ▶ Alle Broschüren, außer dem Handbuch *The District Health System*, erhalten Sie kostenlos bei: karin.soldan@gtz.de

The District Health System.
Das Handbuch für Praktiker in öffentlichen Gesundheitssystemen erscheint in zweiter Auflage. Schriftenreihe der GTZ, Nr. 276. Englisch und Französisch. Universum Verlag, Wiesbaden.

Vorschau

Auf dem Weg zu den Millenniums-Entwicklungszielen

Der Millenniumsgipfel im September 2000 hat ehrgeizige Ziele formuliert. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen wollen etwa das Recht auf Entwicklung und Bildung verwirklichen, die extreme Armut beseitigen, HIV/Aids und Malaria bekämpfen und allen Menschen den Zugang zu sauberem Trinkwasser verschaffen. Die Unterzeichnerstaaten, darunter auch Deutschland, verpflichteten sich, ihre nationale Politik so zu gestalten, dass sie zum Erreichen dieser Ziele beiträgt. Die UN-Hauptversammlung in New York wird im September eine Zwischenbilanz ziehen und fragen: Wie weit sind die Millennium Development Goals (MDG) umgesetzt?

Die GTZ, die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung tätig ist, leistet ihren Beitrag dazu, die MDGs zu erfüllen. Wie dies geschieht, zeigt die nächste Ausgabe von Akzente an ausgewählten



Projektbeispielen aus Benin, Indonesien und Kambodscha, wo Technische Zusammenarbeit Kleinst- und Kleinunternehmen fördert, die Armut mindert, die Selbstverwaltung stärkt und die gesundheitliche Versorgung verbessert. Außerdem schildert das GTZ-Entwicklungsmagazin die überregionale Erfolgsstory um den Common Code for the Coffee Community.

Die Palette der ausgewählten Projekte verdeutlicht, weshalb das Entwicklungsministerium von einer Interdependenz der Millenniums-Entwicklungsziele spricht. Die MDGs, die wesentliche Entwicklungsergebnisse in der Armutsbekämpfung sowie beim Schutz der Umwelt definieren, lassen sich nicht unabhängig von den Zielen anderer Handlungsfelder verwirklichen. Ohne Frieden und Sicherheit, ohne Demokratie und Good Governance, ohne gleiche, gesicherte Rechte aller Bürger auf politische Beteiligung und auf den Zugang zu Ressourcen, Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen ist eine menschenwürdige Entwicklung nicht zu erreichen. ◀

akzente

Begriffswelt der GTZ

Kennen Sie das Prinzip des geringsten Eingriffs? Sagt Ihnen Mainstreaming etwas? Oder hätten Sie vielleicht gerne genauer gewusst, was ein Schwellenland ist? Dann klicken Sie doch mal auf der funkelnagelneuen Homepage von www.gtz.de auf den Link Publikationen. Dort finden Sie Einlass in die **Begriffswelt der GTZ**. Das Glossar bringt Definitionen und Erklärungen zu Begriffen, die für Technische Zusammenarbeit besonders wichtig sind. Die Begriffesammlung richtet sich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GTZ, an die Partnerfachkräfte, an Personen, die mit Entwicklungszusammenarbeit zu tun haben, sowie an interessierte Laien. Die Begriffswelt von A wie Auftragsform bis Z wie Zielgruppe gibt es – auch zum Download – in fünf Sprachen: in Deutsch, Englisch, Spanisch, Französisch und Portugiesisch.

Auftrags-
form
Entwicklungs-
land
Mainstreaming
Fachverbund
Ownership
Schwellenland
Offene
Technische
Zusammenarb
Zielgruppe



Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Dag-Hammarskjöld-Weg 1– 5
Postfach 51 80
65726 Eschborn
Telefon 0 61 96 79-0
Telefax 0 61 96 79-11 15
Internet: <http://www.gtz.de>

